

Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiter selbst sein!



Der neoliberale Sonnenkönig Teure Imagekampagne statt Bekämpfung der Arbeitslosigkeit



Bundeskanzler Schröder wollte bekanntlich einst das weitere Schicksal seiner Regierung von durchschlagenden Erfolgen bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit abhängig machen. Doch die Massenentlassungen gingen weiter. Heute, bei offiziell 4.184.000 Arbeitslosen (tatsächlich dürfte die Zahl bei sieben Millionen liegen), will er nicht mehr daran erinnert werden. Da bleibt nur noch Schönreden, um die katastrophale Lage am Arbeitsmarkt zu überspielen. Wozu hat man denn auch immer mehr Sprücheklopfer an der Spitze der New-SPD, die sich mit neuen abstrusen Modellen brüsten und ihre Inhaltsschwäche mit anglizistischen Begriffen zu übertünchen versuchen.

Neben Wirtschaftsminister Clement hatte sich der forsche Landessozialminister Florian Gerster auf diesem Gebiet besonders hervorgetan. „Unrühmlich“, meinten zwar die einen, die man wegen ihres Festhaltens an ihrer sozialen Einstellung der gängigen BRD-Sprachregelung entsprechend die Blockierer nennt. Gerade dafür geschaffen, die Bundesanstalt für Arbeit (BA) im neoliberalen Geist umzukrempeln und die Arbeitslosenzahlen durch Statistiktricks und Druck auf die Arbeitslosen scheinbar zu senken, war die Meinung nicht nur der SPD-geführten Regierung, sondern auch vieler Sozialstaatsgegner im konservativen Lager. Sie hatten nichts dagegen, den jovialen Jagoda (CDU), der sich eine Blöße gegeben hatte, durch den arroganten Umkrempeler Gerster zu ersetzen. Ungeachtet der vielfältigen Aufgaben, die der BA im Laufe der Zeit zusätzlich aufgetragen worden waren (u.a. Kindergeldauszahlung), trompetete Gerster noch vor Beginn

seiner Amtstätigkeit, die Hälfte der 90.000 Mitarbeiter sei überflüssig. Wahrscheinlich hatte er zu diesem Zeitpunkt wenig Ahnung, welche Aufgaben dort tatsächlich zu bewältigen waren. Es geht nicht darum, bürokratische Zustände oder Leerlauf zu verteidigen oder sich effektiven Methoden der Arbeitsvermittlung entgegenzustellen. Doch mit der kostenträchtigen Umbenennung der BA und der Arbeitsämter in „Agenturen“, der Arbeitslosen in „Kunden“ und der Sachbearbeiter in „Fallmanager“, wird kein Arbeitsloser mehr vermittelt, wenn die Stellen fehlen. Inzwischen hat Besserwisser Gerster sein Vorhaben, die Hälfte seiner Beamten und Angestellten zu feuern aufgeben müssen. Kein Wunder, daß 90 % seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihrem Chef feindselig gegenüberstehen und die Motivation im Eimer ist. Gerster hat auch erkennen lassen, daß ihm die innere Entscheidungsstruktur der BA nicht paßt – ein gefundenes Fressen für die Rechtskräfte. Der „Feudalherr“ (Nürnberger Nachrichten) sieht im Selbstverwaltungsorgan, das mit Gewerkschaftsvertretern, Unternehmervertretern und Politikern der öffentlichen Hand besetzt ist, eine Einschränkung seiner Selbstherrlichkeit. Vor allem die stellvertretende Vorsitzende des DGB, Engelen-Kefer, war dagegen aufgestanden. Auch durch seine teilweise Inkompetenz

Fortsetzung Seite 3

Inhalt

- Der neoliberale Sonnenkönig	Seite 1
- In eigener Sache	Seite 2
- Beobachtungen vom Verdi Bundeskongreß	Seite 5
- Siemens Hofmannstraße	Seite 7
- Probleme des Klassenkampfes	Seite 9
- Unsere Jahreskonferenz 2003	Seite 10
- Eine neue Linkspartei?	Seite 13
- Gewerkschaften am Scheideweg	Seite 17
- Die Klassenoffensive des Sozialabbaus	Seite 24
- Bericht aus England	Seite 29
- Rechter Sieg mit kleinen Macken	Seite 30
- Die Deutsche Linke und die chilenische Erfahrung	Seite 36
- Eine Legende wird 80	Seite 39

In eigener Sache

Unsere Jahreskonferenz (JK) Ende Oktober hat bestätigt, daß wir im bisherigen Umfang weiter arbeiten können. Die Zeitschrift **Arbeiterstimme** wird auch 2004 wie gewohnt zum Quartalsende erscheinen. Wir berichten über die Konferenz und die Lage der Gruppe. Die vier auf der Tagung gehaltenen Referate drucken wir anschließend, leicht verändert, ab. Ebenso einen Bericht über die Situation in Großbritannien, den uns unser Freund aus England sandte, der diesmal nicht teilnehmen konnte.

Die Entwicklung auf der Linken und in den Gewerkschaften liegt uns, wie immer, besonders am Herzen. Die zwiespältige, letztlich aber doch ungute Entwicklung der PDS, wie sie sich auch auf ihrem Parteitag in Chemnitz darstellte, haben wir ebenfalls in dieser Nummer dargestellt.

Die Rechtsentwicklung in der PDS hat die Debatte um die Gründung einer neuen Linkspartei verstärkt. Wir haben deshalb auf der JK dazu Stellung bezogen. In mehreren Beiträgen haben wir uns die Zukunft der Gewerkschaften zum Thema gemacht, besonders die Ereignisse bei der IGM. Die Auseinandersetzungen bei Siemens-Hofmannstraße in München haben sich zugespitzt; ein Bericht hierzu liegt vor. Ein Delegierter des kürzlich abgehaltenen Bundeskongresses von ver.di zeigt auf, wie wenig ermutigend die politische und gewerkschaftliche Entwicklung bei der größten deutschen Gewerkschaft ist.

Wir haben noch einen Nachtrag zum 30. Jahrestag des Putsches in Chile, wobei wir die Reaktionen der deutschen Linken diesbezüglich aufs Korn nehmen.

Es ist nun 80 Jahre her, daß der Mehrheitssozialdemokrat Ebert die Arbeiterregierungen in Sachsen und Thüringen auseinanderjagen ließ. Im selben Jahr, 1923, fand auch der sogenannte Hamburger Aufstand der KPD statt, dessen Scheitern immer wieder zu falschen Anschuldigungen durch KPD- und SED-„Historiker“ gegenüber dem damaligen KPD-Vorsitzenden und späteren KPO-Führer Brandler führte. (Siehe dazu unsere Thalheimer Broschüre: „1923, eine verpasste Revolution?“ 1.50 €) Auch heute noch werden in Teilen der linken Presse die damaligen Ereignisse verfälschend als „deutsche Oktoberlegende“ dargestellt. Ein Artikel in der Zeitschrift „Sozialismus“ stellt die Tatsachen richtig. Wir bedanken uns für die Nachdruckgenehmigung.

Kurz vor Redaktionsschluß platzte dann noch die Affäre Bundesanstalt für Arbeit ins Haus, wobei besonders der von der Schröder-Regierung geförderte neoliberale „Ausputzer“ Gerster berechtigterweise ins Visier geriet. Zu dessen skandalöser Dreistigkeit konnten auch wir nicht schweigen.

Übrigens: Ein Teil der bürgerlichen Medien hat die große Demonstration am 1. 11. in Berlin mit etwa 100 000 Teilnehmern so gut wie totgeschwiegen. Die „Nürnberger Nachrichten“ z.B. brachten darüber, zudem an einem anderen Text anschließend, nur einen Absatz von ca. 4x4 cm. „Gelenkte Demokratie“? Nicht nur im Lande Putins werden die Medien manipuliert.

Aus Platzmangel mußten wir auf den Abdruck einiger Artikel und Rezensionen verzichten. Soweit sie noch aktuell sind, werden wir dies in der nächsten Ausgabe nachholen. Und trotzdem wurde leider auch diese Ausgabe in weiten Teilen zu einer Bleiwüste.

Die Fotos zu dem Artikel „Gewerkschaften am Scheideweg“ sind am 1. 11. auf der Großdemo in Berlin aufgenommen worden. Wir danken der Kollegin, die sie uns zur Verfügung gestellt hat.

Im letzten Heft, Nr. 141, gab es leider einige technische Fehler. So war auf Seite 13 („Peters ...) ein sinnentstellender Druckfehler. Im ersten Satz muß es heißen: „... ist nicht schon links, wer sich den famosen Erneuerern **nicht** anschließt ...“. Im PDS-Artikel wurde eine redaktionelle Änderung nicht berücksichtigt. In überarbeiteter Fassung war der Vergleich mit Bismarck und Hitler nicht mehr enthalten (**Arsti** 141 S.19).

Wir danken allen Abozahlern und Spendern, daß sie uns wieder unterstützt haben. Mit dem neuen Jahr wird nun wieder das Abo für 2004 fällig. Wir rechnen mit eurer Solidarität.



1. November 2003, Berlin

Impressum:

Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Thomas Gradl, Bucherstraße 20, 90408 Nürnberg; Druck: Eigen-druck im Selbstverlag

**Verleger, Zuschriften: Thomas Gradl, Postfach 910307, 90261 Nürnberg
arbeiterstimme@gmx.de**

Bankverbindung

**Hans Steiger
Postbank München
BLZ 700 100 80
Konto: 665924-808**

Die Arbeiterstimme erscheint viermal im Jahr. Abonnement und Geschenkabonnement kosten 13.- € (einschließlich Versandkosten). Über Förderabonnements (ab 20.- € aufwärts) sind wir sehr erfreut. Den Betrag bitten wir, jeweils am Jahresanfang zu überweisen. Rechnungserstellung erfolgt aus Kostengründen in der Regel nicht, sondern nur auf Wunsch. Die Abonnements können zum Jahresende gekündigt werden. Falls die Bezahlung des Abonnements eine Belastung darstellt (z.B. aus sozialen Gründen), schicken wir die Arbeiterstimme auch kostenlos zu. An Tausch-Abos mit an-

deren Zeitschriften sind wir interessiert, bitte schickt uns ein Probeexemplar. Die inhaltliche Mitarbeit bei der Arbeiterstimme ist erwünscht: Die Redaktion behält sich aber das Recht vor, Artikel abzulehnen, zu ändern oder zu kürzen. Helft mit, die Arbeiterstimme zu verbreiten! Schickt uns Adressen von politisch interessierten Menschen, denen wir die Arbeiterstimme probeweise zuschicken können.

Nachdruck nur mit Einverständnis der Redaktion (außer bei politisch nahestehenden Organisationen) und gegen Zusendung von Belegexemplaren.



Der neoliberale Sonnenkönig

Teure Imagekampagne statt Bekämpfung der Arbeitslosigkeit



schuf er sich seine Feinde selbst. Seine großsprecherische Ankündigung, die BA könne künftig ohne Bundeszuschuß auskommen, erwies sich umgehend als heiße Luft. Gerster brüstet sich als Mann der Kürzungen und Einsparungen, auch wenn es gegen sozial Schwache geht. So tritt er für schmerzhaftes Kürzungen gegenüber Langzeitarbeitslosen ein und für die Streichung von Weiterbildungsmaßnahmen für Tausende von Arbeitslosen. Gerster ist ein glühender Vertreter der Agenda 2010 und der Hartzgesetze. (Hartz wollte mit seinen Plänen die Arbeitslosigkeit – schwuppdiwupp – halbieren) Es wird sogar behauptet, daß ihm das Urheberrecht auf letztere zustehe. Mit der Schröder New-SPD und den grünen Neoliberalen ist er sich jedenfalls einig, daß es darauf ankomme, die Arbeitslosen möglichst laut als Drückeberger und Arbeitsverweigerer zu denunzieren. So lenkt man am besten ab von der eigenen Unfähigkeit und von den wirklichen Ursachen der Arbeitslosigkeit, die im kapitalistischen System liegen und Ausdruck ökonomischer Krisen sind, die stets der Konjunktur folgen.

Gersters Selbstherrlichkeit und Unberechenbarkeit sind zwar den Regierenden in Berlin unangenehm, z.B. wenn er in Interviews durchblicken läßt, daß die Kanzler-Agenda-2010 eigentlich seine Idee gewesen sei. Andererseits paßt er genau in die neoliberale Zielrichtung der Schröder und Clement, die ihn deshalb auch zu halten versuchen. Hat er einmal die Drecksarbeit geleistet, wird man weiter sehen.

Praktische Erfolge in der Zurückdämmung der Arbeitslosigkeit lassen, trotz aller Umstellungen in der Arbeitsverwaltung auf sich warten. Auch mit Schimpfen auf die Betroffenen, die Arbeitslosen, läßt sich die Öffentlichkeit auf Dauer nicht beruhigen. Um das Ansehen der BA in Nürnberg aufzupolieren, muß Public Relations her, das große Vorbild USA macht es doch schon lange vor. Der Wirtschafts- und Arbeitsminister

selbst war es, der Gerster nahelegte gegen das schlechte Image der BA eine aufwendige Werbekampagne zu starten. Diese schiefe Logik kommt in Wirklichkeit einem Betrug an den Beitragszahlern und Arbeitslosen gleich. Sie ist nichts anderes als Regierungspropaganda. Denn das Geld wird ja nicht zur Verbesserung der Lage der Arbeitslosen ausgegeben, zur besseren Arbeitsvermittlung oder Unterstützung, was allein das Ansehen der BA heben könnte. Die Werbekampagne soll ja im Gegenteil zu einem besseren Image der Beitragsverwalter beitragen!

Den Gewerkschaftsvertretern in der BA platzte der Kragen: Die stellvertretende DGB-Vorsitzende Engelen-Kefer empörte sich, „daß die Ausgaben der BA für Marketing drastisch steigen, während die Mittel für die Arbeitsmarktpolitik drastisch zurückgefahren werden“. Man braucht nur an die Massenarbeitslosigkeit in den Neuen Bundesländern zu erinnern und daran welcher soziale Abstieg den Langzeitarbeitslosen bei Verwirklichung der Agenda 2010 durch die rosa-olivgrüne Regierung zugemutet wird, um einen solchen Vorgang als Skandal zu bezeichnen.

Der Agenda gemäß wird dann die Arbeitslosenhilfe für Familien mit Kindern ab sieben Jahren niedriger ausfallen als der jetzige Sozialhilfesatz. Das war selbst der „Grünen Jugend“ zuviel.

Das Millionending

Im Zuge der Gerster-Affäre wurde nun bekannt, daß die Leitung der BA für „Öffentlichkeitsarbeit“ in diesem Jahr 25 Millionen Euro und für 2004 42 Millionen Euro vorgesehen hat. Den Kritikern entgegnete Gerster kühl, die Summen seien „vergleichsweise niedrig“. Neoliberale Presseschreiber pflichteten ihm bei, indem sie an Milliardensummen erinnerten, welche durch die Hände der BA fließen würden. Ein schlechter Witz, denn die BA ist kein Wirtschaftskonzern, der mit PR-Mitteln den Verkauf seiner Waren fördern

müsste. Doch über diese Art der Geldverschwendung, die seit langem bekannt ist, sehen seine Kritiker von rechts großzügig hinweg, widerspricht dies doch nicht ihrem marktwirtschaftlichen Geist, wo alles zur Ware wird.

Ernster wird es mit dem Vorwurf von Korruption und Rechtsbruch. Gerster hatte im Zuge seiner PR-Kampagne einen Auftrag an die Berliner Firma WMP vergeben. An der Spitze dieser Firma haben sich die ehemaligen Bild-Zeitungs-Redakteure breitgemacht. WMP sollte ein Konzept entwickeln, „um die Kommunikationsabläufe umzustrukturieren“. Dafür sollte das Unternehmen in diesem Jahr ein Honorar von 500.000 Euro erhalten und im nächsten Jahr 800.000 Euro. Gerster vergab diesen 1,3 Millionen € Auftrag an den ehemaligen Bertelsmann-Manager Schiphorst, ohne der vorgeschriebenen Ausschreibungsverpflichtung nachzukommen. Der sozialdemokratische Bürokrat muß dies glatt übersehen haben – welch ein „Zufall“. Es kommt noch besser: Im Aufsichtsrat dieser Firma Eurocom sitzen eine ganze Anzahl Politiker der verschiedenen Parteien, wie Genscher (mit 40.000 € Aufwandsentschädigung), Rexroth und Rainer Wend von der SPD – oh „Zufall über Zufall“. Wend ist bezeichnenderweise Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Wirtschaft und Arbeit (!). Er sah sich nun genötigt, sein WMP-Aufsichtsratsmandat niederzulegen. Auch SPD-MdB Peter Dankert sitzt im Aufsichtsrat, wie auch der Schill-Kandidat Ulrich Marseille. Unter dem Druck der Ereignisse hat sich nun die Firma WMP einverstanden erklärt, den Vertrag mit der BA von sich aus zu annullieren, nicht ohne doch noch 500.000 € einzusäckeln. Gerster hatte mit der Art der Auftragserteilung den Verwaltungsrat der BA wieder mal übergangen – auch dies ein „Zufall“? WMP-Manager Manfred Schiphorst steht, was die Dreistigkeit angeht, seinem Auftraggeber Gerster in nichts nach. Zur versuchten Entschul-

digung der rechtswidrigen Auftragserteilung meinte er, sich naiv gebend, im kritisierten Millionenbetrag seien ja auch 100.000 € Mehrwertsteuer enthalten.

Der Wirtschaftsausschuß des Bundestages forderte Gerster auf, sich dort zu verantworten. Seine Antwort war an Frechheit und Selbstherrlichkeit kaum noch zu überbieten: Er komme dem freiwillig nach, denn er könne auch die Auskunft verweigern, da es nicht um Steuern, sondern um Beiträge (!) gehe. Als Ausrede für die unvorschriftsmäßige Vergabe, die eine glatte Bevorzugung der Firma WMP darstellte, schob Gerster „Dringlichkeit“ vor; so, als hätte es sich nicht um eine umstrittene Werbekampagne gehandelt, sondern um unaufschiebbare Brandschutzmaßnahmen in der BA. Gerster behandelte den Vertrag mit der Werbefirma wie ein Staatsgeheimnis und gewährte nur zögernd Einblick. „Großmannssucht“ und „Selbstüberschätzung“ kreidete der „Spiegel“ dem Vorstandschef an. Von sich selbst spricht er so: „Ich will einräumen, daß in Stil und Inhalt der Florian Gerster nicht immer hilfreich ist, aber für eine Sanierungsaufgabe ist er der richtige Mann“. Man kann nicht glauben, daß dieser Mann einmal Psychologie studiert hat.

Ob wahr oder treffend erfunden: Unter den BA-Angestellten kursiert das Gerücht, wenn Chef Gerster den Aufzug benutzen will, dann hätten sich alle darin befindlichen zu entfernen.

Verschwendungssucht und Sozialstaatsabbau

Die BA hat für 2003 einen Etat von ca. 53 Milliarden Euro. Dabei ist herauszustellen, daß fast nur noch die Hälfte der Summe, also 27 Milliarden Euro, für Lohnersatzleistungen, vor allem Arbeitslosengeld, aufgewendet wird. Fast fünf Milliarden Euro frisst allein die Verwaltung, das Personal und Sonstiges. Etwa 21 Milliarden Euro kosteten Umschulungen, Fortbildungen und Arbeits-Beschaffungs-Maßnahmen (ABM). Letztere wurden in diesem Jahr um eine Milliarde Euro gekürzt. Im kommenden Jahr sollen weitere 1,37 Milliarden Euro davon eingespart werden. Gerster dazu in der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“: „Wenn wir Arbeit schaffen wollen, müssen wir den Sozialstaat

an den richtigen Stellen zurückschneiden.“ Damit liegt Gerster voll auf dem Kurs von Schröders New-SPD und das ist auch der Grund, warum die Berliner Regierung seinen Eskapaden soviel nachsieht.

Doch Florian Gerster und der Spitze der BA ist trotz der von ihnen selbst vielbeschworenen Finanzkrise so gar nicht zum Sparen zumute. Den Dienst angetreten hat der forsche Florian erst, als dem Präsidentenamt eine hundertprozentige Gehaltserhöhung zugebilligt worden war. (Mit den maßlosen 4% Forderungen der Metaller gibt sich ein solches Genie natürlich nicht zufrieden!) Der Mann war Berlin dies wert und so konnte es weitergehen. Die bisher schon repräsentative Vorstandsetage genügt dem hohen Herrn nicht mehr, sie musste aufwendig luxuriös umgebaut werden. Für die „Bild-Zeitung“ war der Mann ein gefundenes Fressen zur Erhöhung der Auflagenzahlen: Der überhöhte Repräsentationsfonds wurde angegriffen, wie auch die Zahl seiner Dienstwagen und der Spesenetat. („Skandal-Gerster“) Auch die Zahl der fünf Beraterverträge und die Kostenüberschreitungen von mehreren Milliarden kamen ins Kreuzfeuer. Der Spesenetat habe sich durch die Errichtung von „Botschaften“ (?) der BA in Brüssel und Berlin gegenüber der Jagoda-Ära um 76 % erhöht. Der neue „virtuelle Arbeitsmarkt“, der Anfang Dezember seinen Pannenstart hatte, sollte 63 Millionen Euro kosten. Nun spricht man schon von 77 Millionen Euro.

Laut „Spiegel“ sind die Kosten für Unternehmens- und EDV-Berater bei der Nürnberger Behörde explodiert. Die Kosten für die Informationstechnik sind steil angestiegen. „Sie klettern von rund 235 Millionen Euro in diesem auf 435 Millionen Euro im nächsten Jahr.“ Aber Gerster belastet mehr das Außenbild seiner Anstalt - Verzeihung - „Bundesagentur“ - als deren Ergebnis. „Es wird eine völlig neue Bundesagentur für Arbeit geben und das müssen wir den Kunden und Arbeitgebern näher bringen.“ Was wohl die Langzeitarbeitslosen in Halle und Schwerin davon halten werden? Anfang Dezember musste Gerster 4.184.000 Millionen Arbeitslose melden, 158.700 mehr als vor einem Jahr. Und das nach der „Statistikbereinigung“ infolge neuer Berech-

nungsmethoden. Danach sind in dieser Zahl über eine Million vorher registrierter Arbeitslose nicht mehr enthalten, da sie sich „vom Arbeitsmarkt zurückgezogen hätten“. Es handelt sich dabei um ältere Arbeitslose, die die Arbeitssuche wegen Aussichtslosigkeit aufgegeben haben.

Nun ist Gerster wegen der angeblichen Bestellung von 900 BMW-Dienstwagen im Wert von 22 Millionen € erneut in die Kritik geraten. Das wird von der Behörde abgestritten, es handle sich nur um einen Leasingvertrag und nicht um 900 sondern nur um 300 Autos, die in diesem Jahr und um weitere 300 Fahrzeuge die im nächsten Jahr ausgetauscht würden.

Auffallend ist die Zurückhaltung der Gewerkschaften zu den skandalösen Vorgängen. Selbst DGB-Vize Engelen-Kefer, die sich anfangs empört hatte, gibt sich nun überraschend nachsichtig; „Der Vorgang steht in keinem Verhältnis zu den schwierigen Verhältnissen, die im Hause anstehen.“ Der Grund für die Milde mag ein doppelter sein. Denn die Hetzkampagne von rechts gegen die BA richtet sich nicht nur gegen die dortigen Missstände. Vor allem die Union sieht nun eine bessere Möglichkeit, die ganze Institution BA in Frage zu stellen oder zumindest deren soziale Maßnahmen wie ABM abzuwürgen, was besonders in den neuen Bundesländern katastrophale Auswirkungen hätte. Bei den Gewerkschaftsspitzen mag es noch etwas anderes sein. Wie können z.B. die ver.di-Gewerkschaftsführer die Maßlosigkeit und Raffgier eines Gerster angreifen, wenn sie sich selbst an den Mitgliederbeiträgen bereichern? Beim Zusammenschluß der Dienstleistungsgewerkschaften hatten ihre Spitzen nichts besseres zu tun, als ihre eigenen Gehälter maßlos zu erhöhen. Dabei war die Finanzkrise der neuen Organisation ver.di schon absehbar. Jetzt muten sie ihren 5000 Mitarbeitern zu, für dreieinhalb Jahre mit einer Lohnkürzung von 5 % einverstanden zu sein. Leider konnte nicht berichtet werden, daß bei dieser Beschlussfassung auf dem ver.di-Kongress den Vorstandsmitgliedern dabei die Schamröte ins Gesicht gestiegen wäre. ...

Für aktive Gewerkschaftsmitglieder gäbe es viel auszumisten in diesem Deutschland!

Riesentanker im Nebel ohne GPS!

Beobachtungen vom Verdi Bundeskongreß in Berlin (19. bis 25. Oktober 2003)

Die Gewerkschaft verdi hielt vom Sonntag, den 19. Oktober bis Samstag, den 25. Oktober 2003 im Berliner ICC Ihren ersten ordentlichen

Gewerkschaftstag ab. Wir berichten über einige Aspekte des Kongresses.



ver.di

Im Rahmen der Debatte brachte ein Kollege die gegenwärtig laufenden sozialen Kahlschläge auf den Punkt: Egal ob Arbeitszeitverlängerung in der Woche, im Jahr oder im ganzen Leben (Rentenalter), Kürzung der Sozialleistungen, Zuzahlungen, Zerstörungen von Tarifvertragsbindungen usw. - alles sei schlicht Lohnraub. Er erhielt Zustimmung!

So klar diese Botschaft – so unklar die Haltung der Delegierten. Zwar erhielt jeder Redner gegen Sozialabbau etc. brav Beifall – aber wenn es um die Entwicklung einer klaren Strategie der Gewerkschaft ging, zeigte sich absolute Orientierungslosigkeit und Ratlosigkeit. Der Bewußtseinsstand der 900 anwesenden (von 1004 gewählten!) Delegierten lies Erschreckendes erkennen: Von Klassenbewußtsein kann nicht einmal ansatzweise die Rede sein – allenfalls Reste von Klasseninstinkt.

Sobald ein Antrag oder ein Diskussionsbeitrag konkrete Schritte forderte, war die Unsicherheit deutlich zu spüren und man tendierte zur Ablehnung, da man diese konkreten Vorschläge nicht in eine verwirklichtbare anzustrebende, oder glaubwürdige Perspektive einordnen konnte. Das liegt sicher auch daran, dass die meisten keinerlei Perspektive haben: „eine andere Welt ist möglich“ ist nicht Bewußtseinslage.

Die Demontage jahrzehntelang erkämpfter/erreichter Standards als gezielt geplante und ausgeführte Zerstörung des gesamten „Sozialstaats“ – als Klassenkampf von oben eben – wird nicht als solche erkannt. Noch weniger wird die Rolle und Aufgaben der dabei handelnden Personen in Form des Bundeskanzlers und seiner Regierung, der Rolle der „Opposition“, der Presse etc. durchschaut. Die vermeintliche Notwendigkeit des „Sparens“, der von Schröder und Konsorten dargestellten

Alternativlosigkeit wird gefühlsmäßig irgendwie geteilt.

Insbesondere die Rolle und den Charakter des SPD wird nach wie vor mit großen Illusionen verknüpft. Weit verbreitet war noch zu spüren, wie tief die Funktionäre mit der SPD verbunden sind. Zwar gab es Delegierte, die offen zugaben, daß sie aus der SPD ausgetreten seien oder zumindest alle Funktionen niedergelegt hätten, aber man traf viel mehr Delegierte, die weiterhin in der SPD aktiv sind und dazu – wenn auch mit sich selbst beruhigenden Vorbehalten – stehen. Sie haben noch unglaubliche Hoffnungen auf einen Kurswechsel der Partei und hinterlassen den Eindruck, als würden sie glauben, die Parteiführung mache nur einen – von dieser nicht erkannten – „Fehler“. (Ob der SPD Parteitag Mitte November in Bochum Ihre Illusionen als solche zerstört hat?) Die überschwängliche Begrüßung eines „Abweicher“ SPD-MdB (dieser hatte zwei Tage vorher noch den Hartz Gesetzen zugestimmt, nachdem es einige kosmetische Korrekturen gab, die der Bundesrat mit Sicherheit wieder kassieren wird) zeigte diese Illusionen mehr als deutlich.

Festgehalten werden kann zwar auch eine beginnende Abnabelung eines Teils der Gewerkschaftsbewegung von der SPD, die allerdings zugleich ohne Perspektiven für eine Alternative ist. Eine Orientierung auf eine autonome – allein an den Mitgliederinteressen ausgerichtete – Politik und Arbeit ist für die übergroße Mehrheit unvorstellbar und außerhalb jeder angedachten Alternative. Die Denkschemata drehen sich um Partei, Parlamentarismus und Wahlen.

Die PDS wird überwiegend aus antikommunistischen(!) Ressentiments abgelehnt – nicht weil diese den gleichen Weg einschlägt wie die SPD!

Beredtes Beispiel dafür war der

Umgang mit den zahlreich eingeladenen Politikern als Redner. Kam es beim Auftritt von Berlins Bürgermeister Wowereit (der den Tarifvertrag für die Berliner Beschäftigten gekündigt und mit Zustimmung verdis verschlechtert hatte) nur zu wenigen Zwischenrufen so wurde Joschka Fischer als Vizekanzler doch mit einigen heftigen Zurufen und dem Ruf „Sozialverbrecher“ konfrontiert. (Übrigens kam Bundeskanzler Schröder angeblich deswegen nicht, weil sein Auftritt bei der IG Metall die Tage vorher nicht besonders harmonisch verlief.) Wer allerdings Fischer kennt, weiß, dass ihn das gerade zu seiner bekannten selbstherrlichen Darstellungsweise herausforderte: Er käme selber aus einer Arbeiterfamilie und wisse wie das sei etc., aber die Notwendigkeit für die Politik der Bundesregierung bestehe unbedingt und würde von der CDU/CSU/FDP noch viel schlimmer betrieben werden. Das Muster ist immer das gleiche: keine Alternative nach links, nur eine noch viel schlimmere nach rechts gäbe es.

Die Worte Fischers waren für einige Delegierte doch unerträglich (nebenbei rechtfertigte er nochmals den Krieg gegen Jugoslawien als Einsatz für die Menschenrechte) und so kam es zu weiteren Zwischenrufen. Nun wurden diese aber von Delegierten angemacht und um Ruhe gebeten, da dies der „Anstand“ erfordere und man mit „Gästen“ nicht so umgehen könne. Und Fischer bekam auch Beifall von einem Teil der Delegierten!!!

Die Frage, wie man mit den vom Vorstand – ohne Debatte und Billigung des Gewerkschaftstages – eingeladenen Politikern umgehen sollte, beschäftigte zunehmend die Delegierten. Dabei machte man noch immer Unterschiede zwischen Merkel (Vorschlag „totschweigen“) und

Müntefering (reden lassen). Das Spektrum reichte von „wir brauchen den Dialog mit den Politikern u.ä.“ (Wobei von Dialog bei den Standardreden der Politiker nicht im entferntesten die Rede sein konnte) bis zu „alle rausgehen“. Weit überwiegend zeigte sich auch hier mangelndes Selbstbewußtsein und Illusion über die Funktionsweise von Politik und in dessen Folge auch Ratlosigkeit auch in dieser Frage. Im Ergebnis hörte man sich das Gerede der Politiker (Bütikofer, Merkel, Müntefering, Bisky) brav an, machte keine Zwischenrufe mehr und war mit der Transparentaktion der Gewerkschaftsjugend zufrieden. Viel Zeit wurde damit vertan und fehlte bei der inhaltlichen Diskussion und trug zur Diskussionsmüdigkeit der Delegierten gegen Ende des Kongresses bei.

Die ausführliche Darstellung dieser Vorgänge sollte die Stimmungslage und das Bewußtsein des Kongresses klar machen, da sie doch sehr viel dazu aussagen!

Eine weitere bezeichnende Sache waren die Wahlen zum Geschäftsführenden Hauptvorstand und Gewerkschaftsrat (dem ca. hundertköpfigen wichtigsten Organ zwischen den Gewerkschaftstagen). Die im Vorfeld in üblicher Gewerkschaftskungelei ausgemachten Vorschläge sah die Wiederkandidatur der bisherigen Vorstandmitglieder vor.

Dafür war eine schön bebilderte Broschüre mit den Daten (keinen inhaltlichen Vorstellungen!) der Kandidaten vorbereitet worden – eine mündliche Vorstellung war nicht vorgesehen. Zwar richteten einige Delegierte konkrete Fragen an die Kandidaten – doch diese zogen es vor zu schweigen. Der Kongreß nahm dies hin, man hatte fast den Eindruck, das dies niemanden auffiel. Es gab keinerlei Gegenkandidaten oder offene Kritik.

Das Ergebnis bestätigte die Vorstandsmitglieder in Ihrer Verhaltensweise, denn alle wurden bis auf eine Ausnahme wiedergewählt. Lediglich die für Gesundheitspolitik und das Personal zuständige Beate Eggert wurde knapp nicht gewählt. Dieser normale Vorgang führte zu schweren Irritationen allerorten (getrennte Nachtsitzung der Delegierten aus

den einzelnen Landesbezirken, des Fachbereichsvorstandes usw.). „So etwas könne man nicht machen“ waren einige der kursierenden Vorwürfe. Die Normalität von Wahlen wurde nur mühsam akzeptiert.

Die Vorsitzende des Gewerkschaftsrates Margrit Wendt wurde in der konstituierenden Sitzung dieses Gremiums einstimmig ! wiedergewählt, also auch von den Linken, soweit es welche geben sollte in diesem Kreis. Dieses Gremium hat sich in der Vergangenheit als willfähriger, verlängertes Arm des Vorstand gezeigt. U.a. war er es, der die riesigen Gehaltserhöhungen des Vorstand beschloss, was vor einem Jahr noch zu einem gewissen Unmut in der Basis führte. Auf dem Gewerkschaftstag war dies kein Thema mehr – trotz der seitdem sich immer offener zeigenden Finanzmisere.

Überhaupt waren die Finanzen nur ein Randthema, mit denen man sich lieber nicht beschäftigte. Die Matrixorganisation und Budgetierungsfragen sind in allen Gewerkschaftsgremien seit Gründung Thema ohne Ende und die daraus resultierende Ermattung zu diesen Fragen ist allerdings allzu verständlich.

Zum inhaltlichen Verlauf des Kongresses hier nur noch einige Anmerkungen über Besonderheiten, die in der Berichterstattung der Medien keine besondere Rolle spielten.

Der schriftlich vorher den Delegierten zugesandte Geschäftsbericht (dazu die Vorsitzende des Gewerkschaftsrates Margrit Wendt „der Geschäftsbericht ist ansprechend gestaltet und gut lesbar“) wurde überwiegend von Vertretern der verdi-Linken zum Anlass für Diskussionsbeiträge genommen. Nach einer ca. zweistündigen Ansammlung von Reden der Delegierte nahm der Vorsitzende Bsirske in 45 Minuten zusammenfassend zu den Beiträgen Stellung – ohne inhaltliche Zugeständnisse und mit viel Geschick in Unverbindlichkeit verbleibend. Er ersparte sich den geforderten Aufruf zur zentralen Demo am 1. November in Berlin und warb für betriebliche und örtliche Aktionen. Das vielfach kritisierte Mitgliedsorgan „publik“ solle besser werden, sei aber doch im großen und ganzen in Ordnung. Noch ein paar Worte zur unsozialen Politik der Bundesregierung und de-

ren Verrat an ihren Wahlprogrammen und damit war der Geschäftsbericht abgehandelt. Weitere Diskussionen gab es nicht.

Wenn sich hier die verdi-Linke nichts anderes ausdenkt, wird sie auch künftig wieder ins Leere laufen. Dies gilt für die Inhalte als auch die Personen. Wenn im Vorstand keine Linken vertreten sind, wird aus allen Beschlüssen, die eine fortschrittliche, aktionsorientierte Politik fordern, nichts werden. Die Möglichkeiten, des Vorstand, diese Beschlüsse tot laufen zu lassen, zu verbiegen und zu ignorieren sind riesig und werden auch so von diesem wahrgenommen.

Der Kongress lehnte einen Antrag des Bundeserwerblosen Ausschusses für einen gesetzlichen Mindestlohn (1500 Euro) mit großer Mehrheit ab, konnte sich nicht zu einer klaren Ablehnung eines Bündnisses für Arbeit durchringen (die Konferenzregie war hier sehr geschickt und bedürfte einer kritischeren Begleitung der verdi-Linken) und verurteilte nochmals den Irakkrieg als völkerrechtswidrig und forderte die Ablösung des Besatzungsregimes durch freie Wahlen. In der schier unüberschaubaren Menge der Anträge waren auch einige politisch fortschrittliche und deren Darstellung würde hier den Rahmen sprengen.

Es wird Aufgabe der Linken sein, daraus konkrete Handlungen und Aktionen abzuleiten und in praktische Arbeit umzusetzen. Angesichts der geschilderten Bedingungen ist dies eine nicht leicht zu bewältigende Aufgabe. Mit den bisher gewählten losen und unverbindlichen Arbeitsweise der kritischen Kräfte wird dies aber nicht zu schaffen sein.

Als Konsequenz daraus trafen sich am Rande des Kongresses Vertreter der Linken und vereinbarten eine bessere Koordination und Information. Das Bedürfnis dafür schien vorhanden und es bleibt zu hoffen, dass daraus eine konkrete Handlung wird.

Weitere Informationen dazu sind im Internet unter www.labournet.de zu finden. Diese Internetseite sei sowieso allen Linken empfohlen. Man kann sie sich auch in einen fast täglich erscheinenden Rundbrief per email kostenlos zusenden lassen – eine der besten Informationsquellen über die aktuellen Kämpfe!

Siemens Hofmannstraße

Widerstand und Reaktionen des Konzerns

Nach dem Einbruch des Geschäfts bei Informations- und Kommunikationsnetzen (ICN) reagierte die Siemens AG am Standort München Hofmannstraße mit Massenentlassungen. Der Betriebsrat und die Belegschaft setzten sich zur Wehr. Der Organisationsgrad in der IG

Metall stieg sprunghaft um rund 800 neue Mitglieder. Wir haben die Auseinandersetzung seit Sommer 2002 verfolgt und kommentiert, weil unseres Wissens ein derart breiter Widerstand in einem reinen Angestelltenbetrieb in Deutschland bisher einmalig und daher exemplarisch ist.

Widerstand

Die Kündigungsschutzprozesse (zur Zeit rund 500) laufen. Die IG Metall bezahlt ihren Mitgliedern Rechtsanwälte ohne Rücksicht auf Karenzzeiten. In bisher allen Urteilen der 1. Instanz erhielten die Kläger/innen Recht: Diese Kündigungen sind unwirksam. Siemens ging in Berufung.

Die betriebseigene Beschäftigungsgesellschaft (beB) konnte bisher rund die Hälfte der ihr zugewiesenen Kolleginnen und Kollegen in neue Arbeitsverhältnisse vermitteln. Davon wiederum 50 % auf Stellen außerhalb des Konzerns. Die in der beB „geparkten“ Belegschaftsmitglieder bleiben zumindest bis zur Auflösung der Gesellschaft (August 2004) Beschäftigte der Siemens AG, was vor allem für die Betriebsrente wichtig ist.

Auflösung des Standorts

Der Standort München Hofmannstraße wird zerschlagen. Das geht einher mit einem der größten Grundstücksgeschäfte in München. Der südliche Teil des Standorts wird zu einem noblen Wohn- und Geschäftsviertel (Isar Süd) umgestaltet. Der Konzern realisiert damit bedeutende Spekulationsgewinne aus den in München rasant gestiegenen Bodenpreisen.

Etwa 1400 Beschäftigte aus ICN werden einem anderen Münchner Standort (Perlach) zugeschlagen (ohne IGM-Mehrheit im Betriebsrat) und dorthin versetzt, obwohl im alten Standort Hofmannstraße Gebäude leerstehen. „Mitarbeiter“, die erhöhten Kündigungsschutz haben (Behinderte und über 55-jährige), werden in einer gesonderten Organisationseinheit zusammengefaßt, die ebenfalls aus dem bisherigen Stand-



ort ausgegliedert wird. Der Geschäftsbereich SBS (Gebäudetechnik) wird als selbständige Gesellschaft ausgegliedert und voraussichtlich verkauft oder mit anderen Firmen fusioniert.

Es werden vermehrt qualifizierte Arbeitsgebiete nach Billiglohnländern (Indien, Osteuropa) verlagert. Zur Zeit beträgt deren Anteil an der Software-Entwicklung rund 5 %. Zielvorstellung des Konzerns sind 30%. Den neuen Namen: Globale Wertschöpfungsketten – wird man sich nicht nur bei Siemens Hofmannstraße merken müssen.

Arbeitsplatzabbau bei einem anderen Geschäftsgebiet (Mobilfunk) soll ohne Kündigungen mit gut ausgestatteten Aufhebungsverträgen durchgezogen werden.

Der Geschäftsbereich ICN beginnt sich etwas zu erholen. Für 2004 werden wieder Gewinne erwartet. Zusätzliche Arbeitsplätze werden nicht durch Aufhebung von Kündigungen oder aus der Beschäftigungsgesellschaft besetzt. Es werden junge Leute „vom Markt“ eingestellt. Das kommt billiger und der Konzern wahr sein Gesicht. Auch dafür sind die Ausgliederungen notwendig, da die IGM-Mehrheit im Betriebsrat Hofmannstraße solchen Einstellun-

gen nicht zustimmen würde.

Eine Siemens-eigene Leiharbeitsfirma wird gegründet. Diese soll im wesentlichen Arbeitskräfte im Niedriglohnbereich auf höchstens 18 Monate befristet einstellen. Darauf wird der Betriebsrat Hofmannstraße keinen Einfluß mehr haben.

Schikanen und Angriffe des Konzerns

Zahllose Schikanen gegen Kolleginnen und Kollegen sind alltäglich geworden. Ein Beispiel: Eine

Anzeige

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE
BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT

express

In der akt. Ausgabe (10/03) u.a.:

- ◆ »Es ist die Forderung, dass allen ihre Existenz gesichert sei« (Hegel), ein Kommentar von Thomas Gehrig zum Konzept »Sozialpolitik als Infrastruktur«
- ◆ AG links-netz: »Scheiter-Haufen«, Auszüge eines Konzepts zu Sozialpolitik als Infrastruktur
- ◆ »Erheblicher Reformschaden«, Frank Jäger zur Reform des Sozialhilferechts
- ◆ Hugo Claus: »Zwischen Organisations- und sozialer Frage«, zum ver.di-Bundeskongress
- ◆ Hans Köbrich: »Der Kampf geht weiter«, inner- und außerhalb der IG Metall
- ◆ »Revolutions per minute (RPM)«, Beiträge zur diesjährigen »troublemaker«-Labor-Notes-Konferenz
- ◆ Kirsten Huckenbeck: »Eine ungeheure Welt der Waren«, ver.di über WTO, Welthandel und Wettbewerbsbeschränkungen, Teil I

- Ich möchte ein Probeexemplar
- Ich möchte die nächsten 4 akt. Ausgaben für 10 Euro (gg. Vk.)

PF 10 20 62- 63020 OFFENBACH
Tel. (069) 88 50 06 - Fax (069) 82 11 16
Email: express-afp@t-online.de

Kollegin wurde nach 33-jähriger Betriebszugehörigkeit gekündigt. Sie reichte keine Klage ein sondern unterschrieb einen Aufhebungsvertrag. Danach nahm sie sich das Leben. Eine andere Kollegin wird von der Betriebsleitung verdächtigt, den Selbstmord und die Hintergründe im gewerkschaftsnahen Internet-Netzwerk der Belegschaft (NCI) veröffentlicht zu haben. Diese Kollegin wurde fristlos gekündigt. Sie legte Kündigungsschutzklage ein. Die IGM gibt Rechtsschutz.

Vor den Betriebsversammlungen am 26. und 27. 11. 03 klebte die „Arbeitsgemeinschaft Unabhängiger Betriebsangehöriger“ (AUB) in den Straßen um das Werksgelände Plakate mit Parolen wie: „Fieber ist das Letzte, was wir uns jetzt leisten können. IG-Metall und DKP stoppen“, unter anderem. Das bezieht sich auf Heribert Fieber (Betriebsratsvorsitzender) und seinen Stellvertreter Leonhard Maier (beide IGM). Die AUB ist eine von der Gewerkschaft, nicht aber von der Konzernleitung unabhängige Organisation, die im ganzen Siemens-Konzern gegen die IGM konkurriert.

Der Schuß ging nach hinten los. Auf der Betriebsversammlung am 27. 11. erklärte eine Betriebsrätin der AUB ihren Austritt aus der AUB als



Protest gegen die Angriffe auf den Kollegen Fieber. Inzwischen folgten weitere AUB-Mitglieder ihrem Beispiel. Die Rede des Sprechers der Betriebsleitung zur weiteren Entwicklung des Standorts Hofmannstraße quittierte die Belegschaft mit einem Pfeifkonzert.

Strategien und Erfahrungen

Der Betriebsrat München Hofmannstraße vermied von Anfang an, eine Stellvertreter-Rolle einzunehmen. Die betroffenen Betriebsangehörigen wurden über Abstimmungen in alle Entscheidungen einbezogen. Das traf für die mehrheitliche Zustimmung der Kolleginnen und Kollegen zu einer Verkürzung der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich ebenso zu wie für alle weiteren Entwicklungen. Die Belegschaft machte ihre positiven wie

negativen Erfahrungen. Die Kolleginnen und Kollegen lernen, daß sie für ihre Zukunft selbst verantwortlich sind. Ein Abwälzen der Verantwortung auf den Betriebsrat (oder die Gewerkschaft) war nicht möglich, doch dieser trug die Entscheidungen der Belegschaft mit und vertrat sie gegen die Betriebsleitung und in der Öffentlichkeit.

Die IG Metall zog bei dieser ungewohnten Strategie mit.

Ziel des Betriebsrats und der IGM-Vertrauensleute war die Erhaltung möglichst vieler Arbeitsplätze. Ein „günstiger“ Sozialplan, den Betriebsräte häufig als das Verdienst ihres Ver-

handlungsgeschicks darstellen, trat gegenüber diesem Hauptziel zurück. Im Bereich Mobile (siehe oben) wurde allerdings in Übereinstimmung mit der Mehrheit der Beschäftigten ein Sozialplan abgeschlossen.

Die Belegschaft im Bereich ICN steht nach wie vor gegen die Pläne des Konzerns. Nur wenige der im letzten Jahr in die IGM Eingetretenen haben die Gewerkschaft verlassen. Das

Vertrauen in die „Siemens-Familie“, in Sozialpartnerschaft und Fairness des „Arbeitgebers“ ist gründlich zerstört. Bis zu einem Klassenbewußtsein als „Klasse für sich“ ist bei diesen zum großen Teil übertariflich bezahlten Angestellten sicher noch ein weites Stück Weg. Aber ein Anfang ist vielleicht gemacht. Die Unterstützung aus der Bevölkerung der umliegenden Stadtteile (Kirchengemeinden, das alternative Radio Lora u. a.) besteht weiter.

Die Zerschlagung des Standorts Hofmannstraße allerdings können weder Belegschaft noch Betriebsrat verhindern. Die Betriebsleitung versucht offensichtlich Neuwahlen zum Betriebsrat zu erzwingen, indem sie die Belegschaft des Standorts durch die oben genannten Verlagerungen und durch Entlassungen um mehr als die Hälfte verringert. Hier treffen für den Konzern ökonomische und politische Interessen zusammen: Die Einsparmaßnahmen zu Lasten der Belegschaft können – wenn auch in erheblich geringerem Maße als geplant – durchgesetzt und widerständige IG Metall-Betriebsräte abgewählt werden. Auch eine leichtere Durchsetzung der ausgesprochenen und künftig geplanten Kündigungen mag sich die Betriebsleitung versprechen. Das wäre auch ein Disziplinierungserfolg gegen die IGM. In diesem Zusammenhang ist auch die erwähnte Plakataktion der AUB zu sehen. Zur Zeit allerdings sehen die IGM-Kolleginnen und Kollegen gute Chancen sich zu behaupten.

Auf einige andere Betriebe sind Auswirkungen zu beobachten. Bei MAN München zog der Betriebsrat einen bereits ausgehandelten Sozialplan zurück. Auch in Siemens-Standorten in Berlin wird das Beispiel Hofmannstraße aufmerksam verfolgt.

Stand: 3. 12. 03

Anzeige

SoZ Sozialistische Hefte
für Theorie und Praxis

Sonderhefte der SoZ – Sozialistische Zeitung · 52 Seiten · 5 EUR

Nr. 5 (Dezember 2003):
Neuer Antikapitalismus in Europa?



François Versamman analysiert die Rückkehr der radikalen Linken in Europa

Hennig Böke porträtiert Italiens Rifondazione Comunisti

Bernhard Schmid über die radikale Linke in Frankreich vor den Wahlen 2004

Alex Collinicos diskutiert die Krise der Sozialdemokratie und die Möglichkeiten einer sozialistischen Neugruppierung

Klaus Dräger fragt nach den programmatischen Grundlagen einer neuen europäischen Linken

Außerdem: **Perry Anderson** über **Eric Hobsbawm**

Nr. 4 (Juli 2003):
Marxismus und Kritische Theorie

Göran Therborn reflektiert die Aktualität der Frankfurter Schule

Christoph Jänke über Krahl und Hafer als Kritiker der Frankfurter Schule

Geopal Balakrishnan verfolgt die Wandlungen von Jürgen Habermas

Manuel Kellner erweitert die kritische Theorie um Stephen Jay Gould

Daniel Bensaid kritisiert John Holloway

Bestellung an (gegen Vorkasse)
SoZ-Verlag · Dasselstr. 75–77 · 50674 Köln · Fon (02 21) 9 23 11 96
Fax (02 21) 9 23 11 97 · redaktion@soz-plus.de · www.soz-plus.de

Probleme des Klassenkampfes

Zur Debatte in der IG Metall um Schwerpunkt und Richtung ihrer Politik



Das von der IG Metall-Spitze angeordnete abrupte Ende der erfolgreichen Streikbewegung für die Einführung der 35-Stunden-Woche in der ostdeutschen Metall- und Elektroindustrie Ende Juni machte interne Differenzen über die Grundausrichtung ihres gesamten Politikkonzepts deutlich. Wie ist differenzierte Tarifpolitik zukünftig im Rahmen verschlechterter sozialstaatlicher Standards im Hinblick auf eine nur durch Mitgliederstärke durchsetzungsfähige Gewerkschaft zu betreiben? Kurz vor Ausbruch des verbandsinternen Ekklats Ende Juni thematisierte ein Diskusstreffen von IG Metall-Funktionären in Berlin Pichelsee diese drängenden Probleme. Organisationspolitisch heißt das für den zukünftigen Zweiten Vorsitzenden, Bertold Huber: „Der IG Metall gelingt es immer weniger, im Beruf ‘gefestigte’ Beschäftigte für eine Mitgliedschaft zu gewinnen. Wir sind vielmehr im Gegenteil hier mit einer steigenden Austrittsbereitschaft konfrontiert. Dies gilt insbesondere für die Gruppen der so genannten Rationalisierungsgewinner, Facharbeiter und Angestellte. Sie sehen in der IG Metall die Interessenvertretung für Schutzbedürftige und weniger die Gestaltungskraft, die ihre berufsfachlichen Interessen stützt. Diese Gruppe zu gewinnen und bei ihr Bindekraft zu entwickeln, ist **die** strategisch wichtige Aufgabe für die IG Metall.“

Deswegen muß sich die IG Metall in Ausrichtung und Auftritt auf diese soziale „Mitte“ der Beschäftigten zu bewegen, um interessenpolitisch erfolgreich wirksam zu bleiben. Huber: „Die Arbeitswirklichkeit zu gestalten, ist eine säkulare Aufgabe der Gewerkschaft, ist ihre Kernaufgabe.“

Unter welchen Arbeitsbedingungen und in welchem Zeitmaß Arbeitskraft verausgabt wird, weicht nicht nur nach Branche, sondern dort nach Arbeitsauftrag und Arbeitsergebnis stark voneinander ab. Produktvielfalt widerspiegelt gesellschaftliche Arbeitsteilung nur oberflächlich. Innerbetrieblicher Arbeitsteilung entsprechen vielfältige Tarifregelungen nach Qualifikation und Belastung der Beschäftigten. Dem trägt differenzierte Tarifpolitik Rechnung. Sie ist aber nicht mit ertragsabhängiger Lohnpolitik zu verwechseln, die das Unternehmensziel Profit den Beschäftigten schmackhafter machen soll und das Konkurrenzdenken unter den Belegschaften fördert. Helga Schwitzer/Hannover bekräftigte den Grundsatz, „daß stärkere auch schwächere und nicht so hoch organisierte Belegschaften mitziehen müssen, (...) um z.B. ein möglichst hohes Entgeltniveau durchzusetzen und zu erkämpfen.“ Tarifforderungen sind immer gesamtwirtschaftlich zu begründen und müssen vermeiden, Großbetriebe mit großzügigerem Kapitaleinsatz von Klein- und Mittelbetrieben im Flächentarifvertrag abzukoppeln. Unter Verweis auf hohe Produktivitätszuwächse in der Metallwirtschaft behauptete jedoch Jörg Hofmann/Stuttgart: „Der Flächentarifvertrag als Mindestnorm gibt uns hier zahlreiche Gestaltungsoptionen nach oben. Tarifpolitische

Konzepte, die alleine die Abweichung nach unten als mögliche tarifliche Differenzierung im Flächentarif ansehen, sind kontraproduktiv.“

Die Konkurrenz um knappe Arbeitsplätze wird durch die Reduktion bisheriger sozialstaatlicher Leistungen und Schutzrechte nicht gemildert, sondern verschärft. Die Neue Sozialdemokratie forciert den Umbau vom marktkorrigierenden „Interventionsstaat“ zum „aktivierenden Wettbewerbsstaat“, der überflüssige Arbeitskräfte zu mehr Marktgängigkeit, sprich Annahme jeder Arbeit zwingen will. Aus dieser Erkenntnis fordert Hans-Jürgen Urban einen anderen Entwicklungspfad, um die Finanzierungsprobleme des Staates in fiskal- und sozialpolitischer Hinsicht zugunsten der abhängig Beschäftigten durch weniger Abgabenbelastung zu lösen. Er orientiert aber nicht auf eine Erhöhung der Erwerbsquote von vollzeitbeschäftigten Lohnabhängigen, was Unterstützungsleistungen senken und Beitragszuflüsse ansteigen lassen würde, sondern favorisiert allgemeine Erwerbstätigenversicherungen, um neue Beitragsquellen zu erschließen. Ist ersteres nur mit dem offensiven Kampf um einen vorerst neuen Normalarbeitstag von sechs Stunden erreichbar, bleibt Urbans Konzept umso fragwürdiger, da es defensiv mittelfristig die fortschrittliche Lösung zunehmender gesellschaftlicher Produktivität außer acht läßt und umgeht. Ohne Arbeitszeitverkürzung schrumpft die Finanzierungsbasis der Vollzeitverdiener immer mehr. Mit der Erwartung „die legitimationsabhängigen Parteien können, bei Strafe ihres politischen Untergangs, auf Dauer nicht gegen gesellschaftliche Mehrheiten regieren“, verkennt Urban die reale Tendenz der Mediendemokratie, genau dies bei einem hohen Anteil politisch verdrossener Nichtwähler erreichen zu können. Kommt es nicht darauf an, „da in den Arenen der politischen Entscheidung keine linke Kraft mehr vorhanden ist“, eben diese historisch neu zu formieren?

Für Bodo Zeuner gibt es keinen Zweifel „bei der jetzt von der SPD beschlossenen Agenda 2010, (...) daß es sich um eine mit der Rhetorik der 'neuen Mitte' arbeitenden Politik handelt, die die Mitte der Gesellschaft angreift und spaltet und deshalb dem Inhalt nach rechte Politik ist.“ Mitte meint hier eine sozialstrukturelle Verortung in der Gesellschaft, die weder unten noch zu weit oben ihren Platz hat.

Durch solche Politik neu aufgeworfenen Problemen des Klassenkampfes illusionslos zu begegnen, dazu kann die Lektüre dieses faktenreichen wie lebendigen Tagungsberichts sicherlich beitragen. Er ist aber auch als Hinführung zu dem einzig erfolgversprechenden Politikansatz zu lesen, positive Gesellschaftsveränderung mit breitem gesellschaftlichen Rückhalt aus den Arbeits- und Lebensbedingungen der lohnabhängig Arbeitenden zu entwickeln und gibt dazu wichtige Hinweise. Michael Vesters Forschungsergebnisse zu den sozialen Milieus der alltäglichen Lebensführung, den den modernisierten Bildungsstandards und Lebensstilen, können durchaus optimistisch stimmen: „Tatsächlich waren Solidarität und Kampfbereitschaft niemals 'natürliche Eigenschaften'. Sie sind vielmehr immer erst aus Lernprozessen in sozialen Konflikten entstanden.“

Joachim Beerhorst/Jens-Jean Berger (Hrsg.)

Die IG Metall auf dem Weg in die Mitte?

Mit Beiträgen von Jörg Hofmann, Berthold Huber, Klaus Lang, Helga Schwitzer, Hans-Jürgen Urban, Michael Vester, Bodo Zeuner, Klaus Zwickel

VSA-Verlag Hamburg 2003, 174

Seiten, EUR 12,80

Unsere Jahreskonferenz 2003

Am 24./25. Oktober fand die diesjährige Jahreskonferenz der Gruppe Arbeiterstimme wie schon seit vielen Jahren in Nürnberg statt. Im Vorfeld hatte es Terminschwierigkeiten mit unserem Tagungsort gegeben, so daß wir den Jahreskonferenz-Termin relativ kurzfristig um eine Woche nach hinten verschieben mußten. Aus diesem Grund war es einigen Genossen, wie z.B. unserem Freund aus England, nicht möglich gewesen, den neuen Termin in ihrem Zeitplan unterzubringen. Trotzdem war der Kreis der Teilnehmer so groß wie in den letzten Jahren. Erstmals seit langem nahmen auch Vertreter der

Gruppe Arbeiterpolitik an unserer Jahreskonferenz teil. Auch ein Genosse aus der DKP war anwesend.

Ohne diese Tatsachen überbewerten zu wollen, dürften diese Teilnahmen doch als erste Schritte in Richtung eines vorsichtigen Annäherungsprozesses interpretiert werden.

Zu Beginn der Konferenz stand diesmal wieder ein Referat zur Lage der Gruppe, das auch eine Analyse der Situation für linke Gruppen beinhaltete. Aus diesem Referat werden wir einige wichtige Passagen abdrucken, wobei wir um Verständnis bitten, daß wir Interna aus der Gruppe nichtöffentlich abhandeln wollen.

Zur Lage der Gruppe

Auch wenn wir uns wiederholen, so können wir nicht darauf verzichten erneut hervorzuheben, daß der Zustand einer marxistischen Organisation, wie sie auch unsere kleine Gruppe darstellt, nicht allein vom Können und Wollen ihrer Akteure abhängt und von ihren politischen Aussagen und Analysen. Die Lage unserer Gruppe, wie die anderer sozialistischer Organisationen, wird zutiefst bestimmt vom politischen Geschehen im eigenen Land und in der Welt. Gerade das Kräfteverhältnis im Weltklassenkampf war stets für sozialistische Parteien und Gruppen von großer Bedeutung. Nach dem Untergang der Realsozialistischen Länder ist es mit diesem Kräfteverhältnis nicht nur schlecht, sondern miserabel bestellt.

Selbst die nichtkommunistische Arbeiterbewegung und die antikommunistischen Gewerkschaften sehen sich nun nahezu ohnmächtig einer Übermacht des Kapitals gegenüber. Der Preis der Ware Arbeitskraft sank dramatisch, ange-

sichts einer Reservearmee von Millionen Arbeitslosen und der Strukturkrisen des Kapitalismus. So können sich die zunehmenden Widersprüche des Kapitalismus und die wachsende soziale Kluft nicht zu der Entstehung einer neuen Klassenbewegung verdichten. Ohne das Aufkommen einer solchen Bewegung und daraus hervorgehender Klassenkämpfe bleibt sozialistischen Kernen der Lebenssaft abgeschnitten. Das läßt sich im Wesentlichen auch nicht durch Willenskraft und Aktivität verhindern. Insofern sind alle sozialistischen Kräfte in unserem Land – und darüber hinaus – auf absehbare Zeit Auszehrungsprozessen unterworfen.

Protestbewegungen, die sich nicht gegen die Klassenherrschaft und das System an sich richten, sind meist Einpunktbewegungen, die, mit oder ohne Erfolg, kommen und gehen, da sie den gesellschaftlichen Gesamtzusammenhang zu wenig berühren. Wir haben das soeben wieder mit der großen Friedensbewegung erlebt. Man kann solche Bewegungen nicht ummodellieren, auch nicht die Globalisierungskritiker, sofern sie nicht schon von Haus aus im Lager des Antikapitalismus stehen. Gerade in den letzten Jahren hat der Imperialismus uns wieder eine Reihe neuer Kriege beschert, an denen sich



Deutschland direkt oder indirekt beteiligt hat: den Jugoslawienkrieg, den Afghanistankrieg und den Irakkrieg. Auch im letzten Konflikt steht die Berliner Regierung zumindest politisch längst auf der Seite der US-Aggressoren. Aber sowohl die Kriege, als auch die Finanzkrise und die Serie sozialen Abbaus und sozialer Umverteilungen zu Gunsten des Kapitals haben nicht vermocht, jenen ernsthaften Widerstand hervorzurufen, der sich politisch in Form eines Aufschwungs der Linkskräfte niedergeschlagen hätte. Die Medienmacht der Mächtigen ist nahezu absolut und die konservative Grundströmung der Mehrzahl der Lohnabhängigen, die noch in relativ gut bezahlter Arbeit steht, hält an. Obwohl sich ökonomisch wie politisch die objektiven Verhältnisse grundsätzlich verändert haben, kann bei dem bestehenden sozialen Standard noch keine relevante soziale und politische Bewegung entstehen.

Von zwei Seiten her sind deshalb kommunistische Gruppen und Parteien in den Industriestaaten in der Zange: Ohne eine Bewegung an der Basis kann es für sie keinen Zuwachs und keinen Aufschwung geben. Dazu kommt der biologische Abgangsprozeß durch Alterung und Ausscheiden ehemaliger Kader. Die Schrumpfung ist also vorläufig nicht aufzuhalten. Auch unsere Gruppe ist, was den Wegfall der älteren Generationen angeht, an einem Endpunkt angekommen. Von den Genossinnen und Genossen mit noch eigener KPO-Biographie und der Tradition der ersten Nachkriegszeit ist niemand mehr übrig geblieben. Von den Gründungsmitgliedern der Gruppe ist außer mir keiner mehr vorhanden oder aktiv. In den letzten Jahren mußten wir leider den Verlust von Pauline, Fritz, Hilde und Inge hinnehmen.

Wir haben keine Möglichkeit gefunden, den Verlust der Älteren durch den Zugang Jüngerer zu kompensieren.

Auch allgemein ist ein Schwund des Gruppeneinflusses zu verzeichnen. Die Zahl der Abonnenten ging weiter zurück, die wenigen Neuzugänge können das nicht ausgleichen. Es gibt Resonanz auf die Zeitung, doch viel zu wenig. Wahrscheinlich scheuen sich auch manche, aus bekannten Gründen, uns anzuschreiben. Die Nürnberger Redakti-

on hat innerhalb der Gruppe Entlastungen erfahren, was erst die Weiterarbeit im bisherigen Sinne ermöglicht hat: So hat ein Genosse die Adressenverwaltung schon vor einiger Zeit übernommen. Den Zeitungsumbruch haben Genossinnen und Genossen aus München übernommen.

Obwohl in dieser Hinsicht entlastet, steht die Nürnberger Redaktion nach wie vor unter äußerster Anspannung. Manches Notwendige bleibt liegen, anderes muß nach wie vor improvisiert werden. Dem oben genannten Münchner Kreis ist es auch zuzuschreiben, daß wir unsere Broschüre über den spanischen Bürgerkrieg und die POUM in erweiterter Form neu als Buch herausbringen konnten. Leider fehlt nun die Kraft, eine profihafte Werbung zu betreiben. Wir konnten einige Rezensionen veranlassen und eine Anzahl Bücher verkaufen, auch auf der Linken Literatur Messe im Januar. Doch nun stockt der Vertrieb. Auch der Verkauf von „Gegen den Strom“, des „Brandler Buches“ und der KPO-Broschüren stagniert. An der nächsten Linken Literatur Messe im November wollen wir uns wieder beteiligen.

Die Monatsdiskussionen mit zwei Münchner Genossen konnten wir regelmäßig fortführen. In Bremen ist nun eine neue Lage entstanden, da es die dortige Gruppe nicht mehr gibt.

Damit kommen wir zu der gegenwärtigen Hauptaufgabe der Gruppe, der Herausgabe unseres Organs *Arbeiterstimme*. Trotz aller Widrigkeiten konnten wir in der Berichtszeit die inhaltliche und technische Erstellung fristgerecht bewältigen; manchmal ein Wunder, so meine ich, was doch ein paar Leute bewegen können. Auch beim Versand hatten sich immer wieder Mitarbeiter/innen eingestellt, so daß wir, meinen üblichen Unkenrufe zum Trotz, stets kurz vor Schalterschluß die Zeitung abliefern konnten. So erschien die Arsti regelmäßig im Quartalsabstand, meist mit 40 Seiten. Die Auflage betrug jeweils 2.100 Stück. Inhaltlich war erfreulich, daß wir nur wenige Nachdrucke benötigten. Ich meine, daß wir, trotz gewisser Mängel, die bisherige Qualität halten konnten.

Der Rückgang der Abonnentenzahl machte sich auch in finanzieller Hinsicht bemerkbar. Genaueres ist dem Kassenbericht zu entnehmen. So viel sei vorweg gesagt: Wir haben in der Be-

richtszeit die notwendigen Kosten aufgebracht, wenn auch im vorigen Jahr nur mit dem bekannten Zuschuß. Wenn die Spendenbereitschaft des inneren und mittleren Kreises anhält und der Abo-Abgang nicht größere Ausmaße annimmt, werden wir auch weiterhin zurechtkommen. Für eine Arsti-Ausgabe ist mit Druck- und Portokosten von ca. 2.500 bis 3.000 € zu rechnen.

In der Verbindung mit anderen Gruppen hat sich nichts Neues ergeben, auch nicht zur Arpo. Diesbezüglichen regionalen und überregionalen Einladungen, die auch nicht sehr vielversprechend waren, sind wir aus Krätemangel nicht nachgekommen. Das Problem „Sammlung der Linken“ etc. wollen wir ja erst im nächsten Tagesordnungspunkt diskutieren. Im Mai hatten wir wieder zusammen mit den Gruppen International Landshut und Dorfen unser Seminar in Landshut. Ich glaube, daß dies immer für beide Seiten eine positive politische Sache war, auch was die persönlichen Beziehungen angeht. Wir sollten dieses Treffen unbedingt fortführen.

Als Gruppe sind wir nach wie vor zu klein, um uns als Ganzes und als relevantes Gewicht in die Linke, wie in die Basisarbeit, einzubringen. So sind es die Einzelnen, die weiterhin Gewerkschafts- und Betriebsarbeit leisten oder in progressiven Organisationen mitarbeiten. Die Lage hat sich also nicht wesentlich verändert seit unserem letzten Bericht. So bleibt zu hoffen, daß der „Eiserne Kreis“ weiterhin standhaft bleibt, obwohl der Druck von rechts von Jahr zu Jahr immer noch zunimmt. Wir sollten uns in Zukunft auch mehr in der Linken umstrittener Themen annehmen, auch um unser Profil herauszuarbeiten. Kritik und Vorschläge einzubringen, ist nun der folgenden Diskussion zugeordnet.

Die wichtigsten Ergebnisse der nachfolgenden Aussprache möchten wir unseren Leserinnen und Lesern nicht vorenthalten. So wollen wir die Monatsversammlungen in Zukunft zumindest einmal im Quartal in München abhalten. Davon versprechen wir uns einen erweiterten Teilnehmerkreis, sowie eine Entlastung unserer Münchner Genossen, die alle vier Wochen nach Nürnberg fahren.

Was die weitere Zusammenarbeit mit anderen linken Gruppen angeht, so wurde von einem Vertreter der AGI Dorfen und Landshut befürwortet die

gemeinsamen Treffen auf jeden Fall fortzusetzen. Der Genosse der DKP übermittelte uns die Grüße von R. St., der unserer Konferenz einen erfolgreichen Verlauf wünschte. Was die Verbesserung der Zusammenarbeit mit der Arpo angeht, so wurde der Vorschlag geäußert, doch gegenseitig vermehrt Artikel auszutauschen und auch abzdrukken. Ein Genosse hat sich vorgenommen, an den Redaktionskonferenzen der Arpo teilzunehmen.

Es ist immer recht unerquicklich, eine adäquate Zusammenfassung der Diskussionen zu Papier zu bringen, die alle Aspekte beleuchtet. Ausführlichere Beschreibungen nähmen einen sehr breiten Raum ein und könnten sie doch nicht in ihrer Gänze widergeben. Das wichtigste wurde benannt.

Im weiteren Verlauf der Jahreskonferenz standen auch wieder Neuwahlen von Redaktion und Kassier an. Nach der Entlastung der Genossinnen und Genossen, die diese Aufgaben in den letzten Jahren verrichtet hatten, fanden Neuwahlen statt, die erfolgreich durchgeführt wurden. Wir haben uns damit wieder ein organisatorisches Gerüst geschaffen, mit dem wir die anstehenden Aufgaben zumindest im bisherigen Rahmen erledigen können.

Nach Abschluß dieses ersten organisatorischen Teils der Konferenz widmeten wir uns nach einer kleinen Pause der zur Zeit in der Linken vehement diskutierte Frage der Gründung einer neuen linken, sozialistischen Partei, die diesen Namen auch wirklich verdient.

Als Einführung in diese Problematik trug ein Genosse ein Referat vor, das den Titel trägt: „Ist eine neue linke Sammlungspartei der Weg aus der Isolation?“ Dieses Referat wird im Anschluß an den Bericht zur Jahreskonferenz in leicht veränderter Form abgedruckt.

Nach einer längeren Diskussion, die wie immer solidarisch und konstruktiv geführt wurde, kristallisierte sich ein klarer Standpunkt der Gruppe zur Parteigründungsproblematik heraus, die sich mit den im Referat dargelegten Ausführungen, Analysen und Einschätzungen deckte.

Der nächste Punkt auf der Tagesordnung war den Gewerkschaften gewidmet. Ein Genosse, der genaueren Einblick in die Interna der Gewerk-

schaftspolitik und ihre Problematik hat, setzte sich mit dem weiteren Weg der Gewerkschaften auseinander. Das Referat, das den Titel trägt „Gewerkschaften am Scheideweg?“ wird an anderer Stelle in diesem Heft abgedruckt.

Eine intensive Diskussion über den Vortrag und das weite Feld der Gewerkschaftsbewegung beendete den offiziellen Teil dieses Samstags. Den inoffiziellen Teil verlegten wir in an einen anderen Ort, der eher dem Einzugsgebiet der NGG zuzuordnen ist.

Der Sonntag begann fast pünktlich mit einem Referat zum Thema Umverteilung von unten nach oben. Das Referat trug die Überschrift: „Die Klassenoffensive des sozialen Abbaus“. Auch diesen Vortrag drucken wir in leicht veränderter und aktualisierter Form ab.

Der Bericht aus England musste dieses Jahr leider entfallen, da unser Genosse wegen der schon erwähnten Termenschwierigkeiten nicht an der Konferenz teilnehmen konnte. Er hatte uns seinen Bericht per Brief zukommen lassen, doch dieser hatte uns nicht mehr rechtzeitig erreicht. Wir drucken aber die Übersetzung im Anschluß ab.

Am Ende unserer Konferenz haben wir, wie jedes Jahr, ein kleines Zeichen internationaler Solidarität gesetzt. Vor einigen Jahren war die Sammlung für die kämpfenden britischen Docker bestimmt, die letzten Jahre aber meistens für die Unterstützung des vom Imperialismus bedrängten Kuba.

Über die politische Entwicklung auf Kuba gab es innerhalb der Linken in letzter Zeit heftige Auseinandersetzungen. Auch wir halten manches scharfe Vorgehen der kubanischen Regierung für überzogen und eventuell sogar kontraproduktiv. Für das Ansehen Kubas in der Welt ist es sicherlich schädlich. Besonders die Todesstrafen gegen die drei Entführer einer Fähre haben uns bestürzt. Andererseits, der konfrontative Hintergrund ist nicht zu übersehen: die Sicherheitslage Kubas und die wirtschaftliche Entwicklung sind durch die zunehmende Aggressivität der USA noch mehr bedroht als in den vergangenen Jahren. Der „Kampf auf Leben und Tod“ ist keine Phrase mehr. Die Erfahrungen der Geschichte und der Gegenwart zeigen, der

Imperialismus geht über Berge von Leichen, um seine schmutzigen Ziele zu erreichen. Auch die Europäische Union, mitsamt der BRD, ist nun auf die USA-Boykottlinie eingeschwenkt. Die propagandistische Hetze gegen Kuba wird nun auch in Deutschland immer schmutziger.

In dieser Situation geht es um die Existenz des revolutionären Kuba. Unter diesem Aspekt haben zweitrangige Meinungsunterschiede zurückzustehen. Die deutschen Linken sollte sich schämen, unter diesem Vorwand ihre Solidarität mit der kubanischen Revolution aufzukündigen!!!

Auch um diesbezüglich ein Zeichen zu setzen, wurde die Solidaritätssammlung wieder für Projekte in Kuba durchgeführt. Die Sammlung erbrachte 400 €.

Linke Nachrichten

Im Jahr 2002 haben 189 644 Personen in Deutschland den Kriegsdienst verweigert. Anfang Oktober tagte der 14. Bundeskongreß der Deutschen Friedensgesellschaft (DFG-VK). Nahezu 100 Delegierte aus 40 Gruppen diskutierten um einen Weg aus der Krise der Organisation zu suchen. Diese ist auf 4000 Mitglieder geschrumpft, wobei viele nicht mehr aktiv sind. Die Zeitschrift Civil Courage erscheint jedoch noch regelmäßig.

Der mit der DKP-Führung im Clinch liegende „Förderverein Rotfuchs“ gibt an 560 Mitglieder in seinen Reihen zu haben. Die gleichnamige Zeitschrift soll nach eigenen Angaben 8000 Leser erreichen.

Die in der Schweiz erscheinende linke Zeitung WOZ hat nun eine Auflage von wöchentlich zwischen 12 000 und 14 000 Exemplaren. Sie soll immerhin 100 000 LeserInnen erreichen. Das jährliche Defizit wird mit 100 000 Franken angegeben.

Nachdem ein Gericht das Vermögen der KPÖ-Handelsfirma „Novum“ dem deutschen Staat zusprach, ist der KPÖ die finanzielle Grundlage ihrer politischen Arbeit entzogen worden. Die Wochenzeitung „Volksstimme“ musste eingestellt werden. Die Mitarbeiter des Parteiapparates wurden entlassen. (Wie wärs, wenn man sich wieder auf die eigenen Füße stellt?)

Eine neue Linkspartei?

Ist eine linke Sammlungs-Partei der Weg aus der Isolation der revolutionären Linken?

Was ist sinnvoll und machbar?



H. Vogeler, Hand mit roter Fahne

Die alte Klassenkonsenspolitik ist zu Ende

Die BRD ist - ähnlich anderen kapitalistischen Ländern - in einer Phase wirtschaftlicher Stagnation, die die Strukturkrisen umso schärfer hervortreten läßt. Ein gigantischer Schuldenberg des Bundes, der Länder und Gemeinden engt den Handlungsspielraum der Regierungen radikal ein. Aufgrund der Steuerpolitik zugunsten der Reichen und der Konzerne treibt die Finanzkrise neuen Höhepunkten entgegen. Die Krisen der Sozialsysteme und das Anschwellen der Arbeitslosigkeit hängen engstens miteinander zusammen. Der alten Konsenspolitik zwischen den Klassen ist die materielle Grundlage entzogen. Die Schwäche der entpolitisierten Arbeiterklasse nutzt das Kapital zum aggressiven Angriff. Die entsprechende Offensive treibt die herrschende Klasse immer weiter voran. Die ihr hörigen Parteien haben verstanden und sind alle auf die neoliberale Linie eingeschwenkt. Reallohnkürzungen, Arbeitszeitverlängerung, Sozialabbau und Entrechtung stehen nun auf einem Programm ohne Ende. Der Klassenkampf von oben ist in vollem Gange, kaum ein Tag ohne neue, dreiste Forderungen. Da wird bereits das Verbot von Warnstreiks gefordert und die Aushebelung des Tarifsystems als nächstes Ziel genannt. Doch - wo bleibt die Gegenwehr?

Die Lohn- und Gehaltsabhängigen machen in unserem Land 85 Prozent der Berufstätigen aus. Doch diese große Mehrheit steht dem schädlichen Treiben der Kapitalistenklasse und ihrer Paladine nahezu hilflos gegenüber.

Der Niedergang der deutschen Arbeiterbewegung hat ihre objektive Ursache in den Veränderungen der letzten fünfzig Jahre. Der Aufstieg des

Kapitalismus nach dem verheerenden zweiten Weltkrieg war phänomenal und war auf eine fortlaufende und gewaltige Erhöhung der Produktivität zurückzuführen, auf eine technologische Revolution ohne Gleichen. Eine tiefgreifende Veränderung des subjektiven Faktors - der Arbeiterklasse - war das Ergebnis. Die rasante Entwicklung der Produktivkräfte wälzte die Sozialstrukturen um, mit der Folge einer Differenzierung und Aufspaltung der Arbeitswelt. Die Zahl der Produktionsarbeiter und -arbeiterinnen sank drastisch. Der soziale Aufstieg der Lohnarbeiter in dieser Konjunkturperiode führte zu einer erheblichen Verbesserung des Lebensstandards. Damit wurde das Klassenbewußtsein weitgehend vernichtet. An seine Stelle trat kleinbürgerliches Bewußtsein und konservatives Verhalten. Auch der Arbeiter hatte nun etwas zu verlieren. Mit dem Abtritt der noch in Traditionen verwurzelten alten Generationen schwand auch das Geschichtsbewußtsein. Dem Einfluß der im Besitz des Großkapitals befindlichen bürgerlichen Medien war damit Tor und Tür geöffnet. Heute stehen die breiten Massen unter dem ungeheuren Druck einer Reservearmee von fast fünf Millionen Arbeitslosen und unter der Drohung der Unternehmer, ihre Betriebe in ärmere Länder mit Dumpinglöhnen zu verlegen. **Die Angst um den Arbeitsplatz überlagert alles andere.** Der Wert der Ware Arbeitskraft befindet sich im Sinkflug und lähmt den Widerstand. Egoismus, Individualismus und Konsumdenken verdrängen solidarisches Handeln. Das Entstehen sozialer Bewegungen wird so erschwert. Die von der herrschenden Klasse bestimmten Medien sorgen für Konformität und für die Diskreditierung jeglicher Alternativansätze.

Der beschriebene miserable politische Zustand der arbeitenden Klasse macht es der herrschenden Klasse leicht, ihre Offensive des Um-

Der Untergang der real sozialistischen Länder hat nicht nur die politische und soziale Konkurrenz zum Kapitalismus, die machtpolitischen Alternativen zu diesem Ausbeutersystem verschwinden lassen; auch die Notwendigkeit politischer Rücksichtnahme auf die soziale Befindlichkeit der breiten Volksmassen ist damit entfallen. Die „kommunistische Gefahr“ scheint nicht mehr relevant zu sein. Der Weg wurde frei für eine - in diesem Ausmaß nie gekannte - kapitalistische Durchdringung der Welt, für eine Globalisierung, die fast alle nationalen und regionalen, sozialen und wirtschaftlichen Begrenzungen sprengt. Der Markt, der Profit ermöglicht, wird zum Götzen erklärt. Eine noch gnadenlosere Weltmarktkonkurrenz vernichtet reihenweise Produktionsstätten, vor allem in der weniger entwickelten Welt. Die Zentralisation des Kapitals nimmt sprunghafte Formen an. Absatzkrise Rationalisierung und Deregulierung stoßen Millionen in die Arbeitslosigkeit. Die USA zwingt die Welt unter ihre Vorherrschaft, die sie nun auch mittels Kriegen untermauert und ausweitet. Mit den Kosten werden die Alliierten belastet, einschließlich Deutschlands.

verteilens von unten nach oben vehement voranzutreiben. Die Gewerkschaften sind in einer Krise, auch ideell. Der DGB wurde zu einem Koloß auf tönernen Füßen, wie wir das schon vor zehn Jahren befürchtet hatten. So ist der gewerkschaftliche und politische Widerstand nur schwach oder – wie im Fall der Antikriegsdemonstrationen – nur punktuell vorhanden. Höchstens Zweckmäßigkeitsgründe oder Wahlrücksichten lassen die Herrschenden vorerst von noch rigorosere Sozialabbau absehen. Die Gewerkschaften als ursprüngliche Interessenswahrnehmer der Lohnabhängigen sind längst in das System integriert und in das Denken in neoliberalen Sachzwängen. Von „Gegenmacht“ ist in den Spitzen, und nicht nur dort, nichts zu spüren. Trotz mancher Auflehnung gegen die SPD-Politik überwiegt immer noch die Bindung an die SPD, wird die Schröder-Regierung als kleineres Übel betrachtet. Es sind aber nicht nur die Funktionäre, die so denken. In der weitgehend entpolitisierten Mitgliedschaft sieht es oft noch schlimmer aus. Gerade hat die Mehrzahl der Arbeiter und Gewerkschaftsmitglieder in Bayern CSU gewählt. Der Rückgang der Streit- und Streikwilligkeit ist ein Spiegel für die Schwäche der Arbeiterbewegung, was nicht zuletzt zu der schweren Niederlage der IGM in Ostdeutschland beigetragen hat.

Eines der Ergebnisse der Streikniederlage und des Richtungsstreits in der IGM ist, daß nun auch die Peters-Richtung den Rechten entgegenkommt. Wenn nur 1 - 2% der DGB-Mitglieder für den Protest gegen die Agenda 2010 zu mobilisieren waren, dann zeigt das die politische Schwäche, auch an der Basis, überdeutlich. Auch können die Gewerkschaften kein Parteiersatz sein. Alle Bundestag-Parteien gehen gegenwärtig noch weiter nach rechts. Mit der Übernahme der Thesen der Herzog-Kopfgeld-Kommission macht die CDU einen gewaltigen reaktionären Ruck. Eigentlich müßte das eine Spaltung der „Volkspartei“ zur Folge haben - hat sie aber nicht, was Bände spricht für den Zustand ihres „Arbeitnehmerflügels“. Es war Thema mehrerer Nummern der Arbeiterstimme wie gerade jene Parteien in Deutschland, die sich Linkspartei nennen und sich immer gewerkschaftsverbunden er-

klärten - SPD und PDS - jede auf ihre Weise sich weiter und weiter nach rechts bewegten. Daß sie sich damit selber überflüssig machen und ihr Wahlpotential untergraben, zeigen Umfragewerte bei denen die SPD bei 25% und die PDS bei 3% liegen. Wir haben das ausführlich geschildert und brauchen deshalb an dieser Stelle nicht mehr weiter darauf einzugehen. Austritte und Wählerflucht waren die Quittung für ihre widersprüchliche Politik. Im allgemeinen hat der linke Flügel in beiden Parteien immer wieder gekuscht und nicht vermocht sich loszulösen. Hauptsächlich wahrscheinlich deswegen, weil die Rebellen sonst nirgends eine Alternative zu erkennen vermögen.

Ist nun auf der Linken ein Platz frei geworden?

Auf Seiten der revolutionären Linken sind nun immer mehr Stimmen laut geworden, die glauben SPD und PDS hätten mit ihrem Abdriftungskurs nach rechts im Parteienspektrum auf der Linken einen Platz freigemacht und plädieren für die Neugründung einer Linkspartei. Dabei übersehen sie, daß der desolaten Zustand an der Basis, der die Rechtsentwicklung in der SPD und PDS ermöglicht und mit verursacht hat, für jedes Projekt einer linken Neugründung doch ebenso negativ prägend sein würde. Eine neue Linkspartei könnte nur im Gefolge anschwellender neuer sozialer Bewegungen entstehen, sonst bleibt sie eine Kopfgeburt, die scheitern bzw. dahinkrebsen würde. Es müßte ein Drang vorhanden sein, der aus den Betrieben kommt und aus gesellschaftlichen Basiszirkeln, sich zu einer neuen Partei zu vereinen. Davon ist leider nichts zu spüren. Manche Gründungsbeürworter haben dabei die Rifondazione Comunista vor Augen und ihre Verbindung mit der dortigen Antiglobalisierungsbewegung. Diese hat in Italien eine Stärke und eine Querverbindung mit aktiven Gewerkschaftern, die es in Deutschland in diesem Ausmaß nicht gibt. Attac hat in der BRD nur 12.000 Mitglieder. Die Bewegung ist jedoch nicht mehr im Aufschwung. Auch überwiegen in attac-Deutschland inzwischen die Globalisierungskritiker nicht die Globalisierungsgegner. „Eine bessere Welt ist möglich“ ist die

Hauptlosung von attac. Ist sie das wirklich im Korsett der kapitalistischen Gesetzmäßigkeiten? Für uns eher eine rhetorische Frage. Trotzdem bleibt attac für die Linke am relevantesten. Bezeichnend war das 1. Mai-Plakat des DGB in Nürnberg: „Globalisierung gerecht gestalten“. Ein Widerspruch in sich. Die Friedensbewegung ist mit den Irak Krieg groß geworden und nach vollendeten Tatsachen wieder zusammengefallen. Immerhin haben sich einige neue Kerne, wie in der Schülerbewegung, erhalten. Doch ob Antifa oder Friedensbewegung oder andere - gesamtgesellschaftliche Bewegungen von Relevanz sind sie nicht. Sie alle könnten ihren Teil beitragen, entstünden wieder Anfänge einer neuen sozialen Bewegung, einer Arbeiterbewegung. Warum diese auf absehbare Zeit nicht in Sicht ist, haben wir erörtert. Daß im Gegenteil die bestehenden linken Gruppen und Parteien weiter der Auszehrung unterliegen, muß unbedingt berücksichtigt werden. Und wie kann eine solche linke Sammlung, auch als Wahlpartei Erfolg haben, wenn nicht mal die sozialistischen Linken in der PDS es sinnvoll finden mitzumachen und auch linke Sozialdemokraten lieber resignieren, als sich nach links zu bewegen. Entscheidend ist eben, wie es das linke Vorstandsmitglied der IGM Schmidt-Henner formuliert hat, daß „Enttäuschungen und Resignation wie Mehltau über der arbeitenden Gesellschaft liegt.“ Ein uns nahestehender Genosse hatte angesichts der Misere in der PDS (doch 78% haben Bisky gewählt) gemeint, eine entsprechende Linkspartei oder „eine derartige Bewegung „ sei „dringend notwendig „. „Sie muß sobald als möglich zustandekommen.“ Auch wir sehen grundsätzlich die Notwendigkeit dafür, und daß es schön wäre, daß dies möglichst bald geschieht. Doch leider, ohne daß die Voraussetzungen dafür gereift sind, ist eine solche neue Linkspartei von vornherein auf Sand gebaut. Bewegungen kann man nicht künstlich schaffen. Wir haben es früher schon erlebt mit Neugründungen sozialistischer Parteien, denen die Basis fehlte: als bloße Sammlung linker Aktivisten mußten sie scheitern und haben nur mehr Resignation hinterlassen. (USPD, DS, JugoKP, usw.).

Ein Genosse aus Göttingen hat

ein „Projekt Arbeiterpartei „gegründet. Er möchte mit einer theoretisch achtbaren, aber aufgrund des gegenwärtigen Tiefststandes in der Arbeiterbewegung praktisch undurchführbaren Losung in den Kampf ziehen: „Leerlaufende Attacken oder Kampf um den Sechs-Stunden-Tag.“ Gerade der gescheiterte Streik um Arbeitszeitverkürzung in Ostdeutschland hat gezeigt, daß die Kraft und die Einsicht für eine solche Arbeitszeit-Forderung nicht vorhanden ist. Eine Gewerkschaftsliste zur Bundestagswahl hinter der im besten Fall einige tausend aktive Gewerkschafter stünden, muß von vornherein als aussichtslos gelten, um die 5%-Hürde zu überspringen. Wir haben noch die 0,2 - 0,4 % vor Augen, die solchen Versuchen bisher eigen waren.

Konkrete Bemühungen

Anfang des Jahres kam eine Einladung von Professor Dr. Fischer, bei der auch die Junge Welt die Hand im Spiel hatte. Es ging um die „Beratung von Chefredakteuren antiimperialistisch, sozialistisch und kommunistisch orientierter Zeitungen zur Verbesserung der Zusammenarbeit“ wir waren skeptisch und konnten der Einladung nach Berlin auch nicht nachkommen. Es bleibt abzuwarten, was daraus geworden ist.

Größeres Gewicht hat eine Einladung von Robert Steigerwald für Ende Januar 2004 nach Leverkusen. Dahinter stehen DKP- Kreise, die SOZ, die Marx-Engels-Stiftung, das marxistische Forum, der Marxismus Arbeitskreis Krusch, Klönne usw. Auch der Arbeiterkampf und die Arpo wurden eingeladen. Wir müssen dazu noch Stellung nehmen und herausfinden, was die Ziele und Inhalte dieses Treffens angeht. Auf jeden Fall müssen wir acht geben, ob nicht wieder einmal von Fehleinschätzungen ausgegangen wird. Was manche Teilnehmer angeht, sind wir vorgewarnt, spricht doch z.B. die SOZ vom „Sturm des sozialen Protestes in Europa „, vom „Generalstreik“. „Ein paar Protestkundgebungen“ reichen nicht. „Dann müssen wir eine andere Sprache reden: Streik“. Die UZ sprach im Juni von einer „zunehmend breiter werdenden Bewegung“, von einer „Zunahme von Protestaktionen und Aktivitäten“, von einer „sich formierenden Protestbewe-

gung“. Schön wärs...

Besonders im Mittelpunkt der Diskussion der verbliebenen revolutionären Linken in der BRD steht jedoch die „Europäische Antikapitalistische Linke“ (EAL). Dabei geht es vor allem um die Europawahl im Juni 2004, ob und wer sich beteiligt, in welcher Form, ob mit genauer Plattform oder als Bündnisse, Wahlblocks usw. Es soll, schreibt die SOZ, „der neoliberalen Politik eine Niederlage“ bereitet werden. (Vielleicht darfs auch etwas weniger sein als eine Niederlage?!) Auf einem Treffen in Frankfurt waren 35 Leute anwesend, vor allem Vertreter linker Gruppen. Die Auflistung betraf: DKP, isl = SOZ, SAV, RSB, Der Funke, Geraer Dialog (PDS), attac Würzburg, solid Köln, medico, Rosa-Luxemburg-Stiftung und eine Frauengruppe. Doch stellte sich heraus, dass die PDS sich an der Europawahl selbst beteiligen will, bei der DKP ist dies wahrscheinlich, die Debatten darüber halten an. Die Meinungen über die EAL waren sehr verschieden. Was die eventuelle Wahlbeteiligung angeht, scheinen „Warnungen vor einem Kräfteverschleiß mit bedeutungslosem Ergebnis“ berechtigt. Eine Einigung wurde nicht erzielt. Im Juni waren die europaweiten Mitgliedsorganisationen der EAL in Athen zusammengekommen. Folgende Mitgliedsorganisationen waren vertreten: Enhedslisten/DeRoed Groene (Dänemark), Socialist Alliance, Socialist Workers Party (England), Scottish Socialist Party (Schottland), Ligue Communiste Revolutionnaire (Frankreich), Bloco de Esquerda (Portugal), Espacio Alternativo (Spanischer Staat), Partido della Rifondazione Comunista (Italien), Solidarités (Schweiz), ÖDP (Türkei). Als Beobachter nahmen teil: Socialist Party (Irland), Socialist Party (England). Als Gäste waren vertreten: Synapsimos (Griechenland), Esquerra Unida i Alternativa (Katalonien), DKP (Deutschland). Entschuldigt hatten sich: Dèi Lenk (Luxemburg), Bewegung für den Sozialismus (Schweiz), Izquierda Unida (Spanischer Staat). (EAL 10.6.03 Athen).

Besonders Rifondazione Comunista dient als Vorbild und der Erfolg der Scottish Socialist Party, die kürzlich 7,5 % der Stimmen erhielt. Man kann nur warnen, anders geartete Verhältnisse auf Deutschland über-

tragen zu wollen. Abgesehen von der Frage der Machbarkeit, ob EAL oder die Gründung einer neuen deutschen Linkspartei, schon die Zielgruppen für eine solche Vereinigung müssten erst eingegrenzt werden. Soll es nur ein Zusammenschluß von revolutionären, sozialistischen und kommunistischen Kräften sein? Oder ist alles erwünscht, Reformisten wie Revolutionäre, soweit sie antikapitalistisch eingestellt sind? Und ist das in einer solchen Partei überhaupt gangbar; z.B. DKPler eventuell mit ultralinken MLPDlern zusammen? Oder denkt man an ein noch breiteres Spektrum, bis hin zu Lafontaine und kirchlichen attac-Kreisen? Jede linke Parteigründung muß zur Luftnummer werden, solange nicht aus den Betrieben und Gewerkschaften Basisbewegungen entstehen und diese die linken Gruppen nicht bedrängen, ihre Differenzen zurückzustellen im Kampf um aktuelle Zwischenziele. Ohne vorherige inhaltliche Klärungs- und Vereinheitlichungsprozesse würde ein solches heterogenes Gebilde bei den ersten Streitfragen wieder auseinanderbrechen. Wie kann man bei der desolaten Lage aller Linken in diesem Lande, die fast völlig isoliert sind, in einer sich immer mehr zersetzenden Gesellschaft, etwas Neues, etwas Höherstehendes aufbauen, während es in den Fugen der bisher bestehenden linken Kader bedrohlich kracht? Ist es nicht eher umgekehrt, dass die Wut über die Entwicklung in PDS und SPD viele nach dem Strohalm Parteigründung greifen lässt? Man kann ja die Ohnmacht und Verzweiflung verstehen, aus der solcher Voluntarismus entsteht. Da er aber weder richtig noch marxistisch ist, müssen wir uns solchem emotionalen Handeln entgegenstemmen, da die Gefahr besteht, dass als Ergebnis eines Scheiterns auch noch die letzten Bastionen marxistischer Kerne gefährdet werden.

Vorschläge

Was ist dann möglich unter diesen Umständen?

1. Wir sind schon immer für eine **bessere Zusammenarbeit** linker Gruppen eingetreten, was aber nur funktionieren kann, wenn beide Seiten sich politisch nahe stehen und kein taktisches Spiel treiben, den ande-

- ren zu übervorteilen.
2. Der Ausbau linksgewerkschaftlicher **Netzwerke** zur besseren Information und Abstimmung.
 3. Die Bildung **linker Wahlbündnisse**, sofern ernstliche Chancen bestehen, also bei Kommunalwahlen. Die Beteiligung an Landtags-, Bundestags- und Europawahlen sind wegen der Schwäche der Linken aussichtslos. Aktuell würde eine solche Kandidatur nur der PDS Konkurrenz machen, in der immerhin noch eine Anzahl Linker vorhanden ist. Andererseits wäre eine Alternative Kandidatur z.B. in Berlin angebracht, selbst wenn sie gegen die dort verlotterte PDS antreten müsste. Eine offene linke Liste ist dort bereits im Gespräch.
 4. Soweit regional überhaupt vorhanden, wäre die Gründung loser **Aktionsbündnisse** längst angebracht. Ihre Aufgabe wäre die Organisation von Demonstrationen und dafür entsprechende Mobilisierungen durchzuführen, unterdrückte Informationen öffentlich zu machen und untereinander solidarisch Beistand zu leisten. Es hat sich aber herausgestellt, dass bisher Demonstrationen gegen Kriege, gegen Faschistenaufmärsche, gegen Sozialabbau usw. meist ohne großen Strukturaufwand zustande kamen, wenn ein kleiner organisatorischer Kern da war, der die Aktionen vorbereitete. Doch eine gewisse organisatorische Verfestigung scheint angebracht.

Ein uns nahestehender Genosse aus Südbayern, der zur Zeit in Spanien lebt, hat jene Art von Zusammenschluß ins Spiel gebracht, wie sie die Izquierda Unida in Spanien darstellt. Er schreibt: „Hierbei geht es nicht um die Zusammenarbeit der kommunistischen Strömungen, sondern um Aktionseinheit- und Bündnispolitik in einem umfassenderen Sinn.“ Die beteiligten Organisationen müssen ihre Identität nicht aufgeben, kommen sich aber durch Zusammenarbeit politisch näher.

Die Organisationen die sich in der IU zusammengefunden haben sind: die PCE und zwei Abspaltungen, in Katalonien die PSUC, ein halbes Dutzend trotzkistischer Gruppen, Reste der ML, Anarchosyndikalisten, linke Grüne und linke regionale Nationalismen, besonders in Katalonien und im Baskenland. Nun machen

wohl besonders die regionalen Nationalismen mit ihrer ansehnlichen Anhängerschaft den Unterschied zu deutschen Verhältnissen aus. (Wobei wir deren Problematik als solche hier gar nicht anschnitten wollen.) Auch gibt es bei uns kaum Anarchisten und keine linken Grünen mehr. Nicht zu vergessen, in Spanien gibt es auch noch einen Rest proletarischen Milieus. Spanien hat nicht die historische Belastung, wie sie uns mit dem DDR/SED-Trauma nachhängt. Der Genosse schrieb „natürlich ist dies nicht auf Deutschland übertragbar,.. Das ist meines Erachtens ein wesentlicher Grund, da auch die Zahl und Militanz der Linken in Spanien größer ist als in der BRD, nicht zuletzt durch die regionalen Nationalismen, wobei gleich deren politische Fragwürdigkeit ins Spiel kommt. Der Genosse meint, die IU sei ein Beispiel dafür, „dass schon etwas gehen kann, wenn man daran arbeitet.“ Wird es hier in Deutschland auch so schnell keine vereinigte Linke geben, so sollte es doch möglich sein mittelfristig auf eine bessere Zusammenarbeit linker Organisationen hinzuwirken und Zug um Zug Aktionsbündnisse zu installieren. Die Gründung einer neuen Linkspartei ohne Basisfundament lehnen wir ab. Das ist die eine Seite. Die andere ist, daß es langfristiges Ziel der Gruppe Arbeiterstimme ist, durch unsere Vorarbeit beizutragen, daß eine kommunistische Partei – die diesen Namen verdient – in weiterer Zukunft wieder entstehen kann.

Die Aufgabe von Kommunisten und kommunistischen Gruppen in dieser schwierigen Zeit ohne Klassenbewegung haben wir immer wieder in Gruppen-Selbstverständnissen niedergelegt, so in entsprechenden Referaten 1993 und 1995. Eine kürzere Fassung ist außerdem nachzulesen im Anhang unseres Buches über den spanischen Bürgerkrieg. Ich möchte mich am Schluß deshalb auf kurze Auszüge aus den damaligen Referaten beschränken.

Wir schrieben 1993:

Vom jetzigen Stand aus ist jedenfalls ersichtlich, daß wir rauen Zeiten entgegengehen, auch, oder soll man sagen besonders in einem Deutschland, in dem der östliche Teil wohl einverleibt, aber nicht sozial integriert ist. Die Krisen und Widersprüche im Kapitalismus und auch die so-

ziale Kluft nehmen in einem Ausmaße zu, wie es vor zehn Jahren kaum jemand vorauszusagen gewagt hätte. Das früher praktizierte Abschieben der Krisenfolgen auf die „Dritte Welt“ und das Ausweichen in die Rüstungsproduktion und in die Staatsverschuldung sind bereits in der Vergangenheit so überzogen ausgereizt worden, daß solche „Auswege“ im wesentlichen versperrt bleiben. So sind in Zukunft auch in den Metropolen soziale Erschütterungen zu erwarten, die sich in politischen Eruptionen entladen könnten. Noch stehen wir in Deutschland erst in den Anfängen einer deutlichen politischen Krise. Diese politische Krise wird zunehmen, wenn sich die soziale Lage und die Finanzkrise weiter verschärfen, und damit auch die Radikalisierung. Wie stark diese nach links oder rechts geht, wird dann auf dem politischen Kampffeld durch subjektive Einflußmaßnahmen entschieden werden. Das könnte die Zeit sein, in der auch wieder radikale linke Alternativen mehr Gehör finden, nachdem die reformerischen Alternativversuche von Sozialdemokraten, Grünen usw. an den vorgegebenen kapitalistischen Krisenbedingungen gescheitert sind. Die Notwendigkeit und Berechtigung der Weiterarbeit kleiner marxistischer Gruppen liegt eben auch darin, dafür präsent zu sein und die Anziehungskraft der Rechtsradikalen auf sozial Betroffene zu schwächen und zu durchbrechen. Kann es gegenwärtig auch kein massenweites Echo auf die Propagierung sozialistischer Ziele geben, so ist sie trotzdem notwendig um Einzelne zu erreichen und innerhalb der gewordenen revolutionären Linken den Klärungsprozeß weiterzutreiben.

Zwischen der jetzigen Zeit einer nur vagen politischen Infragestellung und einer hoffentlich kommenden Periode tiefer Massenbewegungen liegt ein breiter Graben, der gegenwärtig unüberbrückbar ist. Marxisten sollten heute deshalb das Eine tun und das Andere nicht lassen. Das heißt, das Endziel weiter zu verfolgen und gleichzeitig sich den Tagesaufgaben zuzuwenden, wenn auch beides inhaltlich nur schwer miteinander verbindbar ist.

Wir müssen so ehrlich sein uns einzugestehen, daß bei der ungeheuren subjektiven Schwäche der Linken und bei der Anhäufung ganzer Pro-

blemminfelder in der bestehenden kapitalistischen Gesellschaft eine bis an die Wurzel gehende Alternative gar nicht mehr durchsetzbar erscheint. Das macht die Situation verfahren und treibt einen Teil der sozial oder politisch bereits Aufgewühlten in das Lager der „demokratischen“ Rechtsreaktionäre oder gleich zu den Rechtsradikalen. Von links aus gibt es eben nur eine wirkliche Alternative zur bestehenden Politik der staatstragenden Parteien, eine die für die Gegenwart so vermessen wie aussichtslos klingt: eine sozialistische Revolution. Und doch, wie sonst könnte es für unsere Enkel noch ein Leben in Erträglichkeit und Würde geben?

Jedoch, nur massenweises Wiedererwachen von Klassenbewußtsein und Militanz könnte heute die ungeheure Macht und Konzentration des Kapitals, dessen internationale Verflochtenheit und die Gesetzmäßigkeiten dieses Systems durchbrechen. Davon sind wir weit entfernt. Doch um für eine solche Situation bereit zu

sein, arbeiten wir als kommunistische Gruppe mit, den subjektiven Faktor in diesem Sinne zumindest zu erhalten und etwas zu stärken. Denn was heute unmöglich erscheint, muß es nicht in einer kommenden Zeit sozialer und gesellschaftlicher Verelendung sein. Wir sind zur Zeit zurückgeworfen auf eine Politik der puren Defensive. Und selbst dafür sind wir schwach, bei der Verteidigung sozialer Besitzstände, mit der Verhinderung aggressiver Vorstöße des Unternehmerlagers, mit der Abwehr des Abbaus kultureller und demokratischer Errungenschaften, mit dem Kampf gegen den Rassismus und dem Widerstand gegen die fortschreitende Monopolisierung der „öffentlichen Meinung“. In der Praxis heißt das, wir beteiligen uns am Widerstand, müssen aber gleichzeitig die völlige Unzulänglichkeit und Systemgebundenheit von Abwehrmaßnahmen im bürgerlichen Rahmen aufzeigen und ihnen die Perspektive absprechen. Auch wenn vorerst ohne großen Widerhall, gilt es die sozialis-

tische Umgestaltung immer wieder zu propagieren, für die, die dazu aufnahmebereit scheinen.

Ist auch die Linke in Deutschland nur noch ein Schatten früherer Geschichtsperioden, so ist auch der Kapitalismus nicht der strahlende Sieger und die bürgerliche Gesellschaft ist tief erschüttert. Die Zukunft ist ungewiss und kaum zu berechnen. Könnte es nicht sein, daß die Verhältnisse selbst der sozialistischen Idee wieder soweit entgegenkommen, daß unser Wirken einen fruchtbaren Sinn bekommt? Es hat in der Geschichte nicht immer nur eine Zeit der Windstille und des Gegenwindes gegeben. Helfen wir weiter ein bißchen mit, das Schiff für stürmische Fahrten zumindest vorzubereiten!

Ich möchte mit einem Spruch Karl Liebknechts schließen und hoffe dass er Recht behält:

„Die Gegenwart mag trügen,
die Zukunft bleibt uns treu.
Ob Hoffnungen verfliegen
Sie wachsen immer neu.“

Gewerkschaften am Scheideweg

Wie selten in ihrer Geschichte bläst den deutschen Gewerkschaften der Wind ins Gesicht. Fast kein Tag vergeht, wo nicht die bürgerlichen Medien, die Arbeitgeberverbände und Exponenten der bürgerlichen Parteien, inklusive der Sozialdemokratie, ihre Giftpfeile gegen die Gewerkschaften abschießen. Besonders im Fadenkreuz ihrer Feinde stehen dabei die beiden großen Gewerkschaften IG Metall und Ver.di. Die Vorwürfe, denen sie ausgesetzt sind, sind demagogisch. Sie werden als die Blockierer wichtiger Reformen gebrandmarkt, sie wären Betonköpfe, die sich in den Traditionen von gestern bewegen würden und das beste wäre, wenn sie in der Zukunft in der Bedeutungslosigkeit versinken würden. Dabei wird insbesondere der IG Metall ein linksradikales Image angedichtet, dem sie in der Vergangenheit nicht gerecht wurde und noch viel weniger heutzutage gerecht wird. Der Grund für die Offensive der Bourgeoisie zum



jetzigen Zeitpunkt ist in der krisenbehafteten Wirtschaftslage zu suchen, der Streikniederlage der IG Metall in Ostdeutschland und schließlich in der darauf folgenden internen Schlammschlacht der IG Metall. Nicht wegzudiskutieren ist heute, dass die Gewerkschaften dadurch bei

den Werkträgern erheblich an Ansehen verloren haben, was sich nicht zuletzt in dramatisch sinkenden Mitgliederzahlen ausdrückt. Beigetragen zu dieser Entwicklung und diese gefördert, hat der gesamte bürgerliche Propagandaapparat. Ihm wurde von den Gewerkschaften nur wenig wirksames entgegengesetzt, was zur Folge hat, dass weit hinein in die Klasse der Werkträgern, solange die Einzelnen nicht selbst betroffen sind, neoliberale Ideologie akzeptiert wird. So stellt das Meinungsforschungsinstitut Emnid fest, dass 70 Prozent der Deutschen Veränderungen wünschen, weil es dazu „keine ernsthaften Alternativen gibt“. Und laut Allensbach betrachtet die Bevölkerung Bundeskanzler Schröder und dessen Regierung klar als „Reformmotor Nummer eins“ weit vor allen anderen bürgerlichen Parteien. Das mag im Widerspruch zu den zurückliegenden Wahlen in Bayern stehen. Aber, wenn dort mehr als 60 Prozent der Arbeiter und 51 Prozent der Arbeitslosen die CSU

wählen, dann zeigt das zumindest, dass bürgerliche Vorschläge zur Krisenbewältigung anerkannt und von Werktätigen unterstützt werden. Ob es uns gefällt oder nicht, die neoliberalen Reaktionäre haben die ideologische Lufthoheit!

Aber man muss in dem Zusammenhang auch von der Verantwortung der Gewerkschaften sprechen, die maßgeblich mit dazu beigetragen haben, dass sich solches Denken bei den Werktätigen entwickeln konnte. Ein Delegierter drückte das auf dem zurückliegenden Gewerkschaftstag der IG Metall so aus: *„Beim letzten Gewerkschaftstag haben wir den Antrag beschlossen ‘Fortsetzung der Kampagne für Arbeit und soziale Gerechtigkeit’. Einstimmig. Ist das denn gemacht worden? Von einer Kampagne habe ich nichts gespürt. Und jetzt beschweren wir uns und sagen, da gibt es Leute, die betrachten uns als Blockierer. Die betrachten uns deshalb als Blockierer, weil unsere Linie nicht sichtbar ist, weil wir unsere eigenen Beschlüsse nicht eingehalten haben. Wenn man sich dreht und wendet, dann verliert man die Achtung derer; zu denen man gehört. Und man gewinnt nie die Achtung derer zu denen man gehören will. So geht es zur Zeit mit der SPD, da dürfen wir nicht mitmachen.“*

Immer in Treue zur SPD

Aber die Gewerkschaftsführungen machten mit und machen mit. Das war vorgestern und gestern so und es ist heute so. Die Partei macht den Kapitalisten jeden Liebesdienst und die Gewerkschaften akzeptieren, manchmal ein bisschen maulend, jede verbrochene Schweinerei. Liegt eine solche auf dem Tisch, dann gibt man sich erstaunt. So meinte der neue IGM-Vorsitzende Jürgen Peters auf dem zurückliegenden Gewerkschaftstag: *„2002 haben die Menschen in Deutschland Rot-Grün eine neue Chance gegeben. Über den Ausgang der Wahlen waren viele von uns erleichtert... Auf unsere Erleichterung folgte Ernüchterung, ja Enttäuschung. Und aus der Enttäuschung ist längst Unverständnis geworden.“*

Sarkastisch möchte man hier anmerken: Ja, so sind Sozialdemokraten halt und bei ihrer langen Leitung haben das die Vorstandsetagen nur noch nicht gemerkt.

Aber das wäre falsch. Sie wissen schon was läuft. Die Regierung

Kohl wurde mit massiver finanzieller Unterstützung des DGB, es flossen insgesamt 9 Millionen DM, abgelöst. Zum Dank stellte dann die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung nicht die versprochene soziale Gerechtigkeit her, was immer das auch sein mag, sondern führte den ersten großen Schlag gegen den Sozialstaat BRD. Mit der Reform der Rentenversicherung wurde mit der 100-jährigen Tradition der paritätischen Beitragsfinanzierung gebrochen. Besonders pikant ist in dem Zusammenhang, dass dieses Attentat auf den Sozialstaat der Arbeitsminister Walter Riester, vormals 2. Vorsitzender der IGM, vorbereitete. Mit seiner kapitalgedeckten freiwilligen



Zusatzversicherung sorgt er dafür, dass die Teilnehmer dieser Veranstaltung in der Zukunft rund 4 Prozent weniger Einkommen in der Tasche haben. Bei den Werktätigen, die nicht mitmachen (können), ist durch diese „Reform“ die Altersarmut vorprogrammiert. Die Versicherungswirtschaft jubelt, wurde doch mit dieser „Reform“ die gesetzliche Rentenversicherung den Verwertungsinteressen der Kapitalisten geöffnet. Ein erster Schritt, dem weitere folgen sollten. Es ist aus heutiger Sicht kaum vorstellbar, dass die Gewerkschaften ruhig geblieben wären, hätte eine konservative Regierung vergleichbares gemacht. Bei der SPD-Regierung blieben sie ruhig. Widerstand wurde nie ernsthaft erwogen. Es wurde halt wie üblich gemeckert und dabei blieb es, obwohl dieser Einschnitt in die Interessen der abhängig Beschäftigten Grund genug gewesen wäre, mit

der SPD zu brechen!

Die „moderne“ Politik der SPD

Aber es gibt heute erste Anzeichen der Zerrüttung des traditionellen Bündnisses zwischen Sozialdemokratie und Gewerkschaften. Nicht allen, aber doch zumindest einigen in der Gewerkschaftsführung dämmert es, dass die SPD dabei ist, mit ihrer Politik die gemeinsamen Wurzeln endgültig zu zerstören.

Der Weg der SPD ist spätestens seit dem Blair-Schröder-Papier vorgezeichnet. Mit diesem Papier tat die Sozialdemokratie kund, dass sie endgültig mit der alten Arbeiterbewegung nichts mehr zu tun haben will. Orientierungspunkt ist in Zukunft die nicht näher definierte „neue Mitte“, für die man eine moderne Politik machen will. Die Grenzen einer solchen „modernen Politik“ sind durch die vorgegebenen kapitalistischen Verhältnisse gesetzt. Modern ist, was das Kapital wünscht. Schröder drückte das 1994, als er wirtschaftspolitischer Sprecher seiner Partei war, so aus: *„es gibt keine sozialdemokratische oder konservative, sondern nur eine moderne Wirtschaftspolitik“*. Das heißt, dass auf eine eigenständige parteipolitische, programmatische Wirtschaftspolitik verzichtet wird. Ganz konkret sehen wir, was das heute bedeutet. Alle sogenannten Reformen haben die Schlechterstellung der eigenen Klientel der Sozialdemokratie zur Folge. Sie bewirken eine riesige Umverteilung von Unten nach Oben. Sie beseitigen die Schutzrechte der abhängig Beschäftigten und bieten den Kapitalisten neue Möglichkeiten der Kapitalverwertung. Das alles ist in den Augen Schröders und anderer „neuer“ Sozialdemokraten moderne Politik. In der Praxis heißt eine solche „moderne Politik“ aber die vollständige Unterwerfung unter die Interessen und Wünsche des Kapitals. Und sie verändert auch die Strukturen der traditionellen Politik. Sie akzeptiert den Vorrang der Ökonomie vor der Politik und schreibt diesen fest. Die Suche nach dem „sozialen Ausgleich“, in der Vergangenheit ein Pfeiler sozialdemokratischen Selbstverständnisses, ist heute obsolet.

Diese Politik entspricht in vielen ihrer Formen bereits heute den

Vorstellungen des ehemaligen BDI-Präsidenten Hans-Olaf Henkel und einer großen Kapitalfraktion, der fordert, die BRD wie einen Großkonzern zu führen und dazu auch die Verfassung zu ändern. Was vor wenigen Jahren noch als die Idee eines reaktionären Spinners abgetan wurde, scheint heute umgesetzt zu werden.

Bodo Zeuner, Politikwissenschaftler an der FU in Berlin, beschreibt in einer Publikation der IG Metall die Konsequenz eines solchen Handelns: „...dies wäre das Ende von Politik und Demokratie. Wahlen wären überflüssig. Das beste Management sollte von Headhunter-Agenturen, die beste Staatsstruktur von Unternehmensberatungsfirmen und die beste Investitionsstrategie vom Management, vielleicht nach Konsultation mit einem Parlament als gesamtgesellschaftlichem Betriebsrat, bestimmt werden.“

Lohnsenkung durch Sozialkahlschlag

Ist das ein überzeichnetes Bild? Wohl kaum! Wenn man die Politik der Kapitalisten in den Betrieben anschaut, zeichnen sich durchaus Parallelen ab. Wenn die Profite hochgedreht werden sollen oder nach ihrer Auffassung nicht ausreichend sind, greift man auch zuerst in die Taschen der Werktätigen. Da werden die Beschäftigten zu unbezahlter Mehrarbeit genötigt, von ihnen werden Lohnsenkungen erpresst oder das Urlaubs- und Weihnachtsgeld wird gekürzt.

Die Maßnahmen, die die Bundesregierung geplant und auch verabschiedet hat, unterscheiden sich nicht von denen die ein Kapitalist seiner Belegschaft auferlegt. Und sie werden auch nicht anders begründet. Das „Unternehmen“ BRD muss wettbewerbsfähiger werden. Die Kosten der Betriebe, insbesondere die Personalkosten, müssen deshalb sinken.

Schaut man dann z.B. die „Vorschläge der ‘Hartz-Kommission‘“ an, so sieht man, dass alle Maßnahmen darauf hinaus laufen, den Betrieben die Kosten für die Ware Arbeitskraft zu verbilligen. Die drastische Verschlechterung der Leistungen für Erwerbslose, erhöht auf diese den

Druck, jede Arbeit anzunehmen. Dadurch werden nicht nur die Kassen der AL-Versicherung entlastet und damit auch die Lohnnebenkosten gesenkt, sondern den Kapitalisten die Chance geboten, billigere Arbeitskräfte zu Dumpinglöhnen einzukaufen. In Zukunft muss ein Arbeitsloser jede ihm angebotene Arbeit, gleich zu welchem Preis, bei Strafe des Verlustes seines Versicherungsschutzes, annehmen.

Das Risiko von Krankheit geht in Zukunft nur noch die Werk-tätigen etwas an. Wird das Krankengeld heute noch durch die Krankenkassen paritätisch finanziert, tragen die abhängig Beschäftigten morgen die Finanzierung alleine.

Bei den Gesundheitskosten werden in Zukunft nicht etwa die Pharmakonzerne in ihrer Profitgier



eingeschränkt. Alleine die Versicherungsbeiträge werden verstärkt zur Kasse gebeten. Somit sollen die Krankenkassenbeiträge um mehr als 2 % sinken.

Massive Einschnitte bei der Altersversorgung sollen die Rentenversicherungsbeiträge stabil halten. Dafür müssen die Renten in Zukunft gesenkt werden. Auch der Vorschlag der Rürup-Kommission, das Renteneintrittsalter auf 67 hoch zu setzen, geht in diese Richtung. Dieser Vorschlag ist allerdings lediglich die Hilfskrücke um zusätzliche versicherungsmathematische Rentenabschläge, also Rentenkürzungen, bei einem früheren Ausscheiden zu begründen.

Die Strukturkrise des Kapitalismus

Diese Beispiele ließen sich leider noch lange fortsetzen. Und täglich kommen weitere Vorschläge zur Abschaffung von sozialen Errungen-

schaften hinzu. Ja, es scheint so, als befände sich die Bourgeoisie in einem regelrechten Rausch sich gegenseitig zu überbieten. Die Bundesregierung ist dabei ihr Handlanger. Sie tut zur Zeit alles um die Zerstörung des Sozialstaates voranzutreiben, bei gleichzeitiger Verharmlosung ihres Tuns. So wird argumentiert, die privaten Haushalte würden durch die „vorgezogene Steuerreform“ entlastet. Das stimmt aber nicht. Fakt ist, die steuerliche Entlastung bringt den kleinen und mittleren Einkommen nicht viel. Sie kompensiert nicht einmal die Kosten aus den auferlegten „Reformen“! Dagegen werden die Großverdiener und Kapitalisten mehr als großzügig entlastet. Kein Wunder also, dass sich der derzeitige BDI-Chef Rogowsky vorstellen kann bei der nächsten Wahl SPD zu wählen. Jetzt wissen wir also, was für die SPD die „neuen Mitte“ ist.

Die Politik der Bundesregierung ist beherrscht von der Ideologie des Neoliberalismus und gleichzeitig gespickt mit Illusionen. Sie glaubt, dass durch ihre Abbaumaßnahmen die Lohnnebenkosten deutlich sinken und dadurch der Konjunkturaufschwung beschleunigt und verstärkt wird. Ein anderes Konzept hat sie nicht. Schröder und der SPD bleibt deshalb nichts anderes übrig als zu glauben. Und die neoliberale Ideologie kennt in ihrer Primitivität nur das Gebot, die Kapitalisten zu bedienen. Aber: kein wirtschaftswissenschaftliches Institut sieht im kommenden Jahr eine deutliche Beschleunigung des Wirtschaftswachstums, sieht man einmal vom Orakel des „Sachverständigenrates“ ab. Gesamtwirtschaftlich ist es eher so, dass die Abbaumaßnahmen sich kontraproduktiv auf das wirtschaftliche Wachstum auswirken.

Das momentane Konjunkturproblem der BRD-Wirtschaft liegt an der fehlenden Inlandsnachfrage durch die privaten Haushalte. Eine Erscheinung die mit auf die neoliberale Politik der zurückliegenden Jahre zurückzuführen ist. Werden jetzt weitere Leistungen gekürzt, oder müssen Werk-tätige höhere Beiträge an die Sozialkassen oder private Versicherungen abführen, wird zusätzliche Kaufkraft dem Binnenmarkt

entzogen.

Doch die eigentliche Ursache für das Fehlen von rund 7 Mio. Arbeitsplätzen liegt nicht an der gegenwärtigen Überproduktionskrise, sondern in der Struktur des kapitalistischen Systems. Durch den technischen Fortschritt steigt die Produktivität in allen wichtigen Industriebranchen permanent an. Gleichzeitig bewegen sich die Kapitalisten auf weitgehend begrenzten Märkten, die, und das wirkt auf die Lage verschärfend, von abnehmender Massenkauflkraft gekennzeichnet sind. Die Folge davon ist, dass seit dem Beginn der siebziger Jahre die gesamtwirtschaftlichen Wachstumsraten der Produktion fast ununterbrochen unter denen der Produktivität lagen. Die Auswirkungen liegen auf der Hand. Wenn immer mehr in immer weniger Zeit produziert wird, dann sinkt das zur Verfügung stehende Arbeitsvolumen nur dann nicht, wenn die Produktion stärker steigt als die Produktivität. Aber wie schon gesagt, die Märkte sind weitgehend begrenzt. Die Produktion kann deshalb kaum ausgeweitet werden. Die Folge ist Beschäftigungsabbau und Massenarbeitslosigkeit in dem uns bekannten Maße.

Das einzige Mittel einer weiteren Zunahme der Massenarbeitslosigkeit in den Grenzen des kapitalistischen Systems entgegenzuwirken, ist eine wirklich drastische Verkürzung der Arbeitszeit. Dass dieses Mittel wirkt, hat die gesetzliche Einführung der 35-Stunden-Woche in Frankreich gezeigt. Sie hat bewirkt, dass mindestens 300.000 neue Arbeitsplätze entstanden sind. Auch in der BRD hat sie eine vergleichbare Wirkung gehabt. Aber eine weitere und vor allem wirksame Arbeitszeitverkürzung ist von den Gewerkschaften zur Zeit nicht durchsetzbar. Das gilt um so mehr, nachdem die IG Metall im Osten eine so herbe Niederlage hinnehmen musste. Und die Bundesregierung erwägt natürlich nicht einmal in Ansätzen, auf gesetzgeberischem Wege eine solche Maßnahme ein zu leiten. Damit ist die weitere beschäftigungspolitische Ka-

tastrophe programmiert. Die Betriebe planen jährliche Produktivitätssteigerungen durch Rationalisierung in Produktion und Verwaltung. Diese liegen im Minimum bei 5 Prozent, oftmals bei 10 Prozent und in den Spitzen bei bis zu 18 Prozent. Werden diese so umgesetzt, und das wird sich nicht verhindern lassen, wird die Arbeitslosigkeit auf weitere Höhepunkte getrieben.

Und da setzt „Wichtel“ Schröder und seine Koalition alleine auf wirtschaftliches Wachstum durch Senkung der „fürchterlichen“ Lohnnebenkosten. Diese sind im Vergleich zu den Kosteneinsparungen durch Rationalisierung geradezu „peanuts“.

Im Übrigen sind in Industriebetrieben heute selbst die gesamten



Lohnkosten nicht mehr der dominierende Kostenfaktor. Der Anteil der Lohnkosten an den Gesamtkosten liegt zwischen 10 und maximal 20 Prozent. In der IT-Industrie ist es sogar noch weniger. Dort liegt dieser Anteil gerade mal noch bei 5 Prozent.

Trotzdem reiten Regierung, Opposition, die Kapitalisten und ihre Medien ständig auf den zu hohen Lohnkosten herum. Dabei wird besonders der Begriff „Lohnnebenkosten“ von der Bourgeoisie als Kampfbegriff gegen die abhängig Beschäftigten verwendet. Ihnen soll dadurch glaubhaft gemacht werden, dass der Preis ihrer Arbeitskraft zu hoch ist, und Abbaumaßnahmen und Einschränkungen ihrer Ansprüche deshalb unumgänglich sind. In Wirklichkeit sind die Lohnnebenkosten nichts anderes als gewöhnliche Lohnkosten, die der Kapitalist, neben seinen anderen Kosten, beim Verkauf

seiner Waren, zusätzlich eines meist nicht geringen Profits, vom Käufer wieder reinholt. Der Arbeiter und Angestellte dagegen bekommt seine Sozialversicherungsbeiträge von seinem Entgelt abgezogen, das dadurch entsprechend geringer ausfällt. Dass aber die deutschen Kapitalisten ihre Beschäftigten, trotz der angeblich zu hohen Lohn- und Lohnnebenkosten, noch immer profitabel ausbeuten können zeigt ihre eigene Statistik. Danach sind die Nettogewinne der Produktionsunternehmen in den letzten 10 Jahren um über 70 Prozent gestiegen. Die Bruttogewinne hingegen „nur“ um rund 51 Prozent. Netto steigt stärker als Brutto. Das geht nur durch gewaltige Steuergeschenke, die den Kapitalisten durch die Regierung gemacht wurden.

Die durch die Zerschlagung des Sozialstaates niedrigeren Abgaben an die Sozialkassen werden von den Kapitalisten natürlich gerne mitgenommen. Warum sie aber deshalb in Zukunft mehr Menschen beschäftigen sollen, bleibt ein Geheimnis, das nur Sozialdemokraten und andere Neoliberale lüften können.

Die Zerschlagung des Sozialstaates und die Einschränkung von Rechten der Werkstätigen hat deshalb objektiv eine andere Funktion. Zum einen wollen die Kapitalisten bei der Neoliberalisierung, mit ihren Klassenkumpanen in anderen Ländern wie den USA und GB gleichziehen, um dadurch konkurrenzfähiger zu werden. Zum anderen halten sie jetzt die Zeit für reif, einen grundsätzlichen Umbau der gesellschaftlichen und sozialen Strukturen in der BRD durchzusetzen und den gewerkschaftlichen Einfluss in der Politik und den Betrieben aufzurollen und einzudämmen und damit das letzte Bollwerk gegen den Umbau zu eliminieren. Und die SPD spielt dabei - wie so oft in ihrer Geschichte - den Büttel.

Gewerkschaften am Scheideweg

Für die Gewerkschaften ist die momentane Konfrontation von einer neuen Qualität. Sie stehen heute ohne

jeden Bündnispartner da. Die SPD hat sich von den Traditionen der Arbeiterbewegung offenbar endgültig verabschiedet. Sie hat das freiwillig gemacht und ausdrücklich gewollt. Die Gewerkschaften können eine solche Politik niemals akzeptieren oder ihr gar folgen. Das käme einem Selbstmord der eigenen Organisationen gleich. Gewerkschaften sind Klassenorganisationen und können nur als solche überleben. Sie stehen deshalb am Scheideweg. Welche Konsequenzen sollen sie jetzt aus der quälenden Situation ziehen?

Als im März des Jahres Schröder in einer Regierungserklärung mit seiner Agenda 2010 die Werktätigen in der BRD bedrohte, kündigten die Gewerkschaften energischen Widerstand an. Der DGB, und es schien als ständen alle Einzelgewerkschaften geschlossen hinter ihm, ließ keinen Zweifel daran, dass diese Agenda 2010, ohne „wenn und aber“ von ihm abgelehnt wird. Vor den Sommerferien am 24. Mai sollte dezentral in verschiedenen Städten ein bundesweiter Aktionstag mit Demos gegen den Sozialkahl-schlag statt finden. Dafür wurde in den Betrieben auch mobi-



lisiert. Die DGB-Führung hoffte auf Teilnehmerzahlen von mehreren Hunderttausend. Es kamen aber nur rund 100.000 Demonstranten. Die Ursache lag wohl an der Stimmungsmache der Medien gegen die Blockierer in den Gewerkschaften, die „notwendige Reformen“ verhindern wollten, aber auch daran, dass zu dem Zeitpunkt die anfängliche Geschlossenheit der Einzelgewerkschaften nicht mehr vorhanden war. Während Zwickel und Bsirske noch Anfang Mai ein Treffen mit Schröder plätzen ließen, weil dieser in Sachen Agenda nicht mit sich reden lassen wollte, signalisierte kurz darauf ein Trio unter der Führung der Chemiegewerkschaft Gesprächsbereitschaft. Diese Politik des „Sowohl-als-auch“ trug zu allem anderen bei, als zur Mobilisierung der Massen gegen den Sozialabbau. Das bereits bestehende Misstrauen der Mitgliedschaft gegen die

Gewerkschaftsführungen wurde dadurch nur verstärkt. Bei vielen KollegInnen bestand die Auffassung, dass es „die da oben“ mit dem Widerstand gegen eine SPD-Regierung doch nicht ernst meinen würden. Schließlich wurde Schröder ja von den Gewerkschaften bei den letzten Wahlen ausdrücklich unterstützt.

Zwickel interpretierte damals die Passivität der Mitgliedschaft so, dass die Arbeitnehmerschaft zu großen Teilen die Notwendigkeit von solchen Reformen akzeptieren würde. Der DGB und die anderen Einzelgewerkschaften beurteilten die Lage wohl ähnlich. Auf jeden Fall wurde ab diesem Zeitpunkt der Widerstand gegen die Agenda auf die Rhetorik beschränkt. Der DGB-Chef Sommer kündigte abschließend allerdings noch einen heißen Herbst an.

Gewerkschaften im Visier der Kapitalisten...

Seitdem ist viel passiert. Die IG Metall verlor ihren Streik im Osten. Anschließend beherrschte die Schlammschlacht die Medien. Die Stimmung in den Mitgliedschaften der Gewerkschaften erreichte einen Tiefpunkt. Die Mitgliederzahlen sanken und sinken weiter.

Die Kapitalisten nutzten die Zeit. Sie sehen sich einer Gewerkschaftsbewegung gegenüber, die in der Nachkriegsgeschichte noch nie so schwach war wie heute. Sie satteln deshalb mit ihren Forderungen auf. Längst geht es ihnen nicht mehr nur um die Beseitigung des Sozialstaats. Jetzt wollen sie die Gewerkschaften selbst treffen. Sie wollen sie fesseln und damit handlungsunfähig machen. So fordert Arbeitgeberpräsident Hundt inzwischen das gesetzliche

Verbot von Warnstreiks. Nach Hundt sollen Warnstreiks erst dann stattfinden dürfen, wenn vorher zwingend ein Schlichtungsverfahren zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern versucht wurde. Hundt greift mit seinem Vorschlag in die reaktionäre Mottenkiste. In den 20er und 30er Jahren gab es die Zwangsschlichtung, die den Gewerkschaften Fesseln anlegte und die Durchsetzung von Forderungen fast unmöglich machte.

Für ein Streikverbot nach des Wünschen des Hundt ist allerdings die Zeit noch nicht reif. Vorher arbeitet die Bourgeoisie und ihre Helfer auf einer anderen Baustelle. Vorher wollen sie die Gewerkschaften mit der Einschränkung der Tarifautonomie treffen. Gelingt ein solcher Coup, ginge es für die Gewerkschaften ans „Eingemachte“.

Die Forderung nach dieser Einschränkung durch die Kapitalisten besteht schon lange. Im Zusammenhang mit dem „Bündnis für Arbeit“ kam aus ihrer Ecke der Vorschlag nach betrieblichen Bündnissen. Der Heizungsbauer Viessmann machte dabei den Vorreiter. Er vereinbarte mit dem Betriebsrat seines Betrie-

bes in Brandenburg eine Verlängerung der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich bei gleichzeitiger Zusage, dafür die Arbeitsplätze nicht nach Polen zu verlagern. Von Viessmann wurde die Rechtsmeinung vertreten, es sei für die Arbeitnehmer günstiger

„Gewerkschafter sind Selbsterhaltungstriebler“. Das hat Marcus Schneider, Vorsitzender des „Bundesverbandes Junger Unternehmer“ auf einer Konferenz seiner Organisation in Hannover erklärt. Er persönlich hätte auch nichts gegen ein Verbot der Gewerkschaften, die ohnehin überflüssig seien.

aus: „DGB einblick“

länger zu arbeiten, als den Arbeitsplatz zu verlieren. Die Vereinbarung war ein glatter Verstoß gegen bestehende Gesetze. Nach dem Betriebs-VG §77.3 ist es verboten Betriebsvereinbarungen abzuschließen, die Dinge regeln, die in Tarifverträgen stehen oder üblicherweise durch Tarifverträge geregelt werden. Geöffnet wird diese Regel allerdings durch das Tarifvertragsgesetz. Das lässt solche Betriebsvereinbarungen zu, wenn sie für die „Arbeitnehmer günstiger“ als der vorhandene Tarifvertrag sind. Günstiger waren in der Vergangenheit immer die Leistungen, die über den tarifvertraglichen Leistungen lagen. In einem langen Rechtsstreit entschied das Bundesarbeitsgericht gegen Viessmann. Es bestätigte das sogenannte Günstigkeitsprinzip in der alten Definition.

Die Rechtslage ist deshalb nur durch eine Änderung der entsprechenden Arbeitsgesetze möglich. Und das wird jetzt versucht. Die CDU/CSU und die FDP, angespornt durch die Streikniederlage im Osten, sind zur Zeit dabei einen Gesetzesentwurf einzubringen, mit dem das Tarifvertragsrecht und die Betriebsverfassung geändert werden soll. Danach soll von Tarifverträgen nach unten abgewichen werden können, wenn dem der Betriebsrat oder 60 Prozent der Belegschaft zustimmt. Die FDP will sogar die Belegschaft alleine entscheiden lassen. Das Ganze wird mit der Einführung von „mehr Demokratie“ und der großen Kompetenz der Beschäftigten begründet. „Die ‘Mitarbeiter’ hätten meist mehr Einsicht in wirtschaftliche Notwendigkeiten, als die dogmatischen Funktionäre“, verhöhnen die Kapitalisten ihre Belegschaften.

Wenn ein Kapitalist von mehr Demokratie im Betrieb schwafelt, wird es meist gefährlich für die Werktätigen. Klar ist, dass wenn das Tarifvertragsrecht in Zukunft das Durchlöchern von Tarifverträgen zulässt, es ohne Halt zum Dammbuch bei den Flächentarifverträgen kommt. Kein Betriebsrat und keine Belegschaft würde einem schmutzigen Erpressungsversuch mit dem Namen „be-

triebliches Bündnis für Arbeit“ standhalten. Wenn die Frage lautet: „Arbeitsplatz oder weniger Lohn“, ist die Antwort klar. Das haben die Erfahrungen der Gewerkschaften in Ostdeutschland gezeigt.

Die Folge eines solch tiefen Eingriffs wäre, dass dann in der ganzen Republik eine Spirale des Lohnabbaus in Gang käme. Eine historische Zäsur und ein triumphaler Sieg der Bourgeoisie!

...und der SPD

Obwohl die Oppositionsparteien den Gesetzentwurf einbringen, besteht bei den Gewerkschaften die Befürchtung, dass die Schröderregierung mitmacht. Offensichtlich gibt es Anzeichen dafür, dass die Regierung für Zugeständnisse der Oppositionsparteien bei der Agenda 2010, die



Tarifautonomie verhökert. Genährt wird die Befürchtung noch durch Schröders Regierungserklärung vom März d. J. Damals entdeckte er, dass die Tarifverträge nicht flexibel genug seien und für betriebliche Bündnisse geöffnet werden müssten. Das sei die Aufgabe der Tarifvertragsparteien. Kämen diese seiner Aufforderung nicht nach, müsse der Gesetzgeber handeln. Für Schröder wäre es deshalb keine Hürde, diese Schweinerei mitzutragen, wenn ihm die Opposition entgegenkommt.

Für die Gewerkschaften wäre die Zerstörung der Tarifautonomie ein Super-GAU. Sollten Tarifverträge in der Zukunft nicht mehr Mindestnormen für die Werktätigen sein, würde die Existenz der Organisationen durchaus in Frage gestellt. Wenn Gewerkschaften für die Werktätigen keinen Schutz mehr im Arbeitsleben darstellen, verlieren sie ihre Funkti-

on in der heutigen Form.

Deshalb schrillen jetzt auch alle Alarmglocken. Es ist allerdings nicht sichtbar, dass man sich auf einen geschlossenen Abwehrkampf einrichtet. Natürlich gibt es wie immer viel Rhetorik. Von Widerstand ist die Rede. Doch ereilt den unbefangenen Betrachter der Verdacht, dass nur mit gebremstem Schaum mobilisiert wird. Das zeigt sich jetzt bei der anstehenden bundesweiten Demo gegen den Sozialkahltschlag in Berlin am 1. November. Der DGB hat zwar beschlossen daran teilzunehmen, doch gibt es bis heute keinen Aufruf seitens des DGB-Bundesvorstands. Ausdrücklich beschlossen ist, keine finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen. Das bleibt den einzelnen Organisationsgliederungen überlassen. So haben wir jetzt die Situation, dass einzel-

ne Landesverbände und örtliche Gliederungen der Einzelgewerkschaften aufrufen und Transportkapazitäten zur Verfügung stellen, andere dagegen nicht. Es ist eine völlig konfuse Situation. Anstatt die Kräfte zu bündeln, verzettelt man sich. Aber vielleicht ist das auch gewollt. Die Vermutung liegt durchaus nahe. Auffällig sind die Meinungsäußerungen aus den Zentra-

len der Einzelgewerkschaften schon. Diese hören sich heute völlig anders an als noch vor wenigen Monaten. So schreibt die TAZ am 16. Oktober, im Zusammenhang mit dem mehr als unterkühlten Empfang Schröders auf dem Gewerkschaftstag der IG Metall in Hannover: „Doch bei allem Unmut in den mittleren Rängen der IG Metall - die Gewerkschaftsspitze droht der Bundesregierung keineswegs einen heißen Herbst an. Schließlich waren schon die Proteste gegen die Agenda im Mai weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Ein Antrag des IG Metallvorstandes zur Agenda, ... ,verlangt vor allem ein ‘mittelfristig ausgerichtetes Konzept’ zur Sozialpolitik. In dem Konzept wird eine ‘kurzfristige Kampagne’, die ‘noch auf die Entscheidungen in Bundestag und Bundesrat’ reagieren soll, nur am Ende kurz erwähnt“.

Der Anpassungskurs der

Gewerkschaften

Sie rudern also zurück. Zum einen haben sie nicht genug Vertrauen in die Mobilisierungsfähigkeit der Mitgliedschaft, zum anderen wollen sie das Tischtuch mit der Sozialdemokratie nicht zerschneiden. Trotzdem will man der verhängnisvollen Entwicklung entgegenwirken. Und das liest sich dann im Geschäftsbericht des Jürgen Peters auf dem IGM-Gewerkschaftstag so: „Im ständigen Dialog mit der Bundesregierung, politischen Akteuren und Arbeitgebern will die IG Metall ihre Reformvorschläge zur Wirtschafts- und Sozialpolitik der Bundesregierung durchsetzen“. Von der Einbeziehung der Mitgliedschaft, dem entscheidenden Faktor, war nichts zu hören. Es ist deshalb bereits jetzt schon klar was mit dieser „Taktik“ durchgesetzt wird.

Am tollsten steht aber wieder einmal die IG BCE da. Ihr Konzept ist die bedingungslose Unterwerfung unter die Interessen der Bourgeoisie. Ihre jüngst verabschiedete „Ludwigshafener Erklärung“ „liest sich“, so die TAZ, „wie ein umfassender Forderungskatalog der Arbeitgeber“. Die Erklärung ist neben der Chemiegewerkschaft unterschrieben von den Arbeitgeber- und Branchenverbänden sowie der BASF. Gefordert wird,

„eine offene und liberale Wirtschaftsordnung“. Die Arbeitskosten müssten international wettbewerbsfähig bleiben und soziale Leistungen sich auf wirklich Bedürftige beschränken. Schließlich werden für den Erhalt der Sozialsysteme mehr Elemente der Eigenvorsorge gefordert. Die „Erklärung“ ist Originalton Bundesregierung. Was einen nicht zu wundern braucht, schließlich sind IG BCE-Schmoldt und SPD-Schröder seit Jahren intime Vertraute. Tiefer kann eine Gewerkschaftsführung eigentlich nicht sinken. Ja, sie ist mit diesem Pamphlet zur gelben Gewerkschaft mutiert. Gleichzeitig veranstaltet die IG BCE eine Imagekampagne, in der sie betont, dass sie bereit sei in den Tarifverträgen Öffnungsklauseln zu vereinbaren. Die TAZ schreibt: „Die Konzessionen sind im Zusammenhang mit der Debatte um die Tarifautonomie zu sehen. Hubertus Schmoldt will damit erreichen,

dass die Bundesregierung im Gegenzug die Tarifautonomie unangetastet lässt“.

Wenn es bei den anderen Gewerkschaftsführungen auch nicht so sichtbar wird wie bei der Chemie. Dies scheint die Linie zu sein, mit der man die Tarifautonomie erhalten will. Man ist zu Konzessionen bereit. Wenn Berthold Huber auf dem IGM-Gewerkschaftstag vor einer „Konfrontation warnt“, wenn Peters den Dialog predigt, dann läuft das wie bei Schmoldt auf Konzessionen hinaus. „Wir machen jetzt das Maul nicht gar so weit auf, und Gerhard wird es uns gegenüber nicht zum Super-Gau kommen lassen“, das ist wohl die Denke an den Gewerkschaftsspitzen und nichts anderes als Anpassung an die Gegebenheiten.

Ein verderblicher Weg

Ob es hier sogar schon konkrete Verabredungen gibt oder nicht ist



im Grunde gleichgültig. In jedem Falle ist das der falsche, ein verderblicher Weg. Die Gewerkschaftsfeinde werden durch die Anpassung an die bestehenden Verhältnisse und die Unterwerfung vor den Interessen des Kapitals in ihren Bestrebungen nicht entmutigt. Im Gegenteil. Sie legen das Verhalten aus, als das was es ist: Als Schwäche und Kapitulation. Sie werden dadurch sogar noch angespornt, in ihren Forderungen noch unverschämter zu werden. Das wird sich bereits in der nächsten Lohn- und Gehalts-Tarifrunde in wenigen Monaten zeigen. Die Kapitalisten werden solange weiter gegen die Gewerkschaften arbeiten, bis sie ihr Ziel erreicht haben. Bedeutungslos und handzahn sollen sie werden wie heute schon die IG BCE.

Wer dem Kampf ausweicht, vermeidet ihn nicht. Aber er hat, wenn schließlich eine neue Bundesregie-

rung die Einschnitte noch vertieft, schlechtere Ausgangsbedingungen zur Gegenwehr. Durch die Anpassungspolitik und die Wirkung des sozialen Kahlschlags werden die Mitgliederbestände verstärkt weiter nach unten gehen. Eine Spirale der Schwächung nach unten ohne gleichen setzt ein.

Es geht auch anders

Dabei ginge es durchaus auch anders. Die IG Metall Stuttgart hat das gezeigt. Dort legten Anfang Oktober in den wichtigen Großbetrieben 10tausende aus Protest gegen die Zerstörung der Tarifverträge die Arbeit nieder. Es zeigte sich dort, dass sich die Mitgliedschaft mobilisieren lässt, wenn es eine Führung ernsthaft will. Das Stuttgarter Beispiel ist der einzige Weg wie man neoliberale Angriffe des Kapitals und seiner Regierung zurückweisen kann. Auf die Streiks

haben die Unternehmer äußerst hektisch und aufgebracht reagiert. Zum einen haben sie bewirkt, dass die Stuttgarter Aktionen durch die Medien nur wenig verbreitet und dadurch bekannt wurden. Zum Anderen wurde mit Konsequenzen für die IG Metall gedroht. Das wären verbotene politische Streiks und könnten deshalb Regressansprüche

zur Folge haben. Das Verhalten der Kapitalisten zeigt, dass man sie getroffen hat, dass es die Sprache ist, die sie verstehen. Die Frage ist, warum sie dann nicht lauter gesprochen wird

Wenn die Führungen der Gewerkschaften in der Frage Erhalt der Tarifautonomie und Sozialkahlschlag nicht zum Jagen getragen werden, geschieht wahrscheinlich nichts. Der Weg in die Ohnmacht und Armut vieler Werktätiger ist dann programmiert. Es braucht deshalb Kräfte, die aus örtlichen und betrieblichen Gliederungen heraus den nötigen Druck machen um die Gewerkschaftsführung zum Handeln gegen das Kapital und vor allem gegen die Schröderregierung zu bringen. Ob diese Kräfte vorhanden sind, ist ungewiss. Es bleibt aber im Moment nur die Hoffnung, dass sich solche finden werden. Außer dieser Hoffnung gibt es in diesen Zeiten nichts!

Die Klassenoffensive des globalen Sozialabbaus

Der Sozialabbau in Deutschland – ebenso wie in anderen Industriestaaten – beschleunigt sich von Jahr zu Jahr. Seit den 70er-Jahren setzen „Reformen“ bei einzelnen Zweigen der gesetzlichen Sozialversicherung ein. Jeder dieser Zweige wurde in Öffentlichkeit und Politik einzeln behandelt. Mittlerweile kann man von einem generellen und sich zunehmend beschleunigenden Abbau an allen Fronten sprechen.

Steuern

Beginnen wir mit der Steuerreform zum 1. 1. 2001. Steuern gehören zwar im allgemeinen Sprachgebrauch nicht zum Sozialsystem. Die weitgehende Entlastung der Konzerne von der Körperschaftsteuer, die Möglichkeit von Rückforderungen aus dem „gespaltenen Körperschaftsteuersatz“ auch gegenüber den Gemeinden brachten Bund- und Länderhaushalte weiter ins Defizit und viele Gemeinden an den Rand der Zahlungsunfähigkeit, da der heruntermanipulierte Gewinn von Kapitalgesellschaften auch Bemessungsgrundlage der Gewerbesteuer ist. Es sind zwar „nur“ bereits bezahlte Steuern zurückgezahlt worden, doch Gemeinde-, Landes- und Bundeshäushalte, die dieses Geld bereits vor Jahren ausgaben, treibt das noch tiefer in Defizite.

Der Staat muß sparen. Er spart u. a. an den Zuschüssen z. B. zur Rentenversicherung zu deren „versicherungs-fremden Leistungen“. Die Gemeinden müssen ihre Ausgaben kürzen – vorzugsweise wird auch hier bei den „kleinen Leuten“ gespart. Insofern gehört die Steuerreform, die kleinen Steuerzahlern kleine, Großverdienern große Steuerentlastung bescherte (Grafik 1), indirekt zum Sozialabbau. Mit der 2. Stufe der Steuerreform wird das fortgesetzt.

Sozialversicherungen

Die „Jahrhundertreform“ Riesters bei den Renten, durch die diese wieder einmal sicher gemacht worden waren, steht schon wieder zur Disposition. Wenigstens dauerte dies noch rd. 2 Jahre (eh ein ziemlich kurzes Jahrhundert); doch die Gesundheits„reform“ Fischer/Seehofer war noch nicht mal im Bundestag beschlossen, da wurde schon ihre Unzulänglichkeit fest- und weitere Kürzungen in Aussicht gestellt (vgl. *Arsti* Nr. 139, S. 26 ff.).

Die Agenda 2010 kürzt die Bezugsdauer für Arbeitslosengeld und vor allem die bisherige Arbeitslosenhilfe. Die Zusammenlegung mit Sozialhilfe – an und für sich logisch – wird zum Hebel zur praktischen Aufhebung jeder Zumutbarkeit, damit zur Erweiterung des Leiharbeitssektors sowie der unfreiwilligen Teilzeit-

arbeit – also des Niedriglohnssektors (Grafik 3) und damit zu verschärfter Konkurrenz der prekären gegen Normalarbeitsplätze. Ob sich die Konzessionen der Bundesregierung an die Kritiker in ihren Bundestagsfraktionen tatsächlich mildernd auswirken bzw. ob nach der Beratung im Vermittlungsausschuß und der Zustimmung im Bundesrat mehr als nur Kosmetik übrig bleibt, wird sich zeigen.

Die Rentner/innen werden ab 2004 mit einer Nullrunde, real also mit einer Rentenkürzung bedacht, die durch die Aufhebung der Parität bei den Beiträgen zur Pflegeversicherung noch verschärft wird (Grafik 4, S. 26).

Die Pflegeversicherung wird voraussichtlich zum nächsten „Reformfall“ werden. Bis auf die Unfallversicherung der Berufsgenossenschaften werden damit alle sozialen Leistungen gekürzt und sind weiter im freien Fall.

Wechselwirkungen

Die Einzelbetrachtung jedes Zweigs des Sozial- und Steuersystems verharmlost noch die Folgen für Lohnabhängige und Geringverdiener. Zwischen den Versicherungsarten bestehen Wechselwirkungen. Die Zunahme des Niedriglohnbereichs durch Hartz IV z. B. verringert die Einnahmen der Renten- Arbeitslosen- und Krankenversicherungen, verstärkt deren Defizite und trägt damit zu weiterem „Reform“bedarf bei. Gleichzeitig sinkt die Zahl derjenigen, die sich zum Ausgleich der geringeren Sozialrente in der Zukunft private Vorsorge leisten können. Altersarmut und höherer Finanzbedarf der Gemeinden für ergänzende Sozialhilfe im Alter ist damit programmiert.

Nicht allein in Deutschland werden Lohnkosten – u. a. auf dem Weg der Kürzung von Sozialleistungen – reduziert. In fast allen entwickelten Industrieländern greift der Lohnklau auch auf diesem Wege zu. Die Methoden und das Ausmaß sind entsprechend den historisch bedingt

Steuerbelastung derzeit		Entlastung ab 2001		Entlastung ab 2005				
Einkommensteuersatz	22,9%	19,9%	15,9%					
Optimalsteuersatz	51,0%	46,5%	42,9%					
Grundfreibetrag	13 489 Mark	14 093 Mark	15 011 Mark					
Angaben in Mark								
bei einem zu verändernden Einkommen von	Singles	Verheiratete	Singles	Verheiratete	Singles	Entlastung in %	Verheiratete	Entlastung in %
15 000 Mark ▶	352	0	-161	0	-352	100%	0	
20 000 Mark ▶	1609	0	-285	0	-740	46,3%	0	
30 000 Mark ▶	4298	704	-487	-322	-1121	26,1%	-704	100%
40 000 Mark ▶	7264	3209	-672	-579	-1455	20,0%	-1480	46,3%
60 000 Mark ▶	14016	8596	-991	-974	-2241	16,0%	-2242	26,1%
80 000 Mark ▶	21 819	14 528	-1239	-1344	-3141	14,4%	-2910	20,0%
100 000 Mark ▶	30 690	20 994	-1418	-1680	-4174	13,6%	-3643	17,4%
120 000 Mark ▶	40 618	28 032	-1710	-1982	-5707	14,1%	-4482	16,0%
150 000 Mark ▶	55 903	39 514	-2460	-2366	-8392	15,0%	-5785	14,6%
200 000 Mark ▶	81 495	61 380	-3710	-2836	-12 894	15,8%	-8348	13,6%

Grafik 1

unterschiedlichen nationalen Strukturen verschieden; der Effekt ist gleich.

Insofern ergänzt und verstärkt der Sozialabbau das Stagnieren bzw. die Senkung der Reallöhne.

Natürlich war es seit je das Bestreben des Kapitals, die Lohnkosten niedrig und damit den Mehrwert hoch zu halten. Doch nur in ökonomischen und politischen Krisenzeiten (etwa während der Weltwirtschaftskrise Ende der 20er/Anfang der 30er Jahre) wurde dies mit vergleichbarer Konsequenz und derartigem Aufwand an Propaganda durchgesetzt. Bei allen Unterschieden zu den 30er Jahren des 20. Jahrhunderts in ökonomischer und vor allem politischer Hinsicht drängen sich in der Rigorosität des Lohn- und Sozialabbaus Vergleiche auf.

Die Senkung der „Lohnnebenkosten“ – also Schutz und Steigerung der Profitrate haben fast den Rang pseudoreligiöser Gebote erreicht.

Krise der Sozialsysteme

Bei aller Vielfalt der Begründungen und Ausreden für die absolute Notwendigkeit der jeweils anstehenden „Reform“ lassen sich doch zwei Argumentationslinien unterscheiden.

Die erste befaßt sich mit den Defiziten des jeweiligen Zweigs der Sozialversicherung. Diese sind in der Tat – wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß – nicht zu bestreiten. Da die Einnahmen der Sozialversicherung prozentual von der Lohnhöhe abhängen, wirken sich die sinkende Lohnquote, die Konjunkturschwäche und die hohe Arbeitslosigkeit unmittelbar auf die Einnahmen der Versicherungsträger aus. Die Ausgaben steigen in erster Linie durch die steigende Lebenserwartung (Renten) und die steigenden, unkontrollierten Kosten für Medikamente und Apparatemedizin, also die steigenden Umsätze und Profite der Pharma- und Apparateindustrie für die Kranken- und Pflegeversicherung (vgl. *Arsti* Nr. 139, S. 26 ff.).

Daß der höhere und voraussichtlich noch weiter steigende Anteil von alten oder aus sonstigen Grün-

den erwerbsunfähigen Menschen naturnotwendig zu einer Umgestaltung der Rentenversicherung zwänge ist allerdings Aberglaube. Rentenzahlungen werden aus dem gesellschaftlichen Mehrprodukt (also aus lebendiger Arbeit) finanziert. Steigende Produktivität erhöht die Möglichkeit derartige Zahlungen zu leisten. Auch die Erträge aus der so gelobten kapitalgedeckten Rente (Riester-Rente) resultieren aus lebendiger Arbeit. Durch den veränderten Altersaufbau der Gesellschaft ist die individuelle Bindung der Beiträge an die Löhne überholt – nicht jedoch die Arbeit als Quelle solcher Transferzahlungen.

Hohe strukturelle Arbeitslosigkeit, verstärkt durch zyklische Überakkumulationskrisen treiben die Arbeitslosenversicherung ins Defizit



Grafik 3

und verstärken die Anforderungen an die staatlichen Haushalte für die bisherige Arbeitslosenhilfe bzw. künftig an das Arbeitslosengeld 2.

Eine Sanierung dieser defizitären Versicherungen ist zweifellos notwendig. Die politische Frage ist, **wer** zur Kasse gezwungen wird. Einige theoretische Möglichkeiten außer der z. Zt. ausschließlich praktizierten Umverteilung von unten nach oben wären:

1. Eine (vielleicht nur zeitlich begrenzte) stärkere Anhebung der prozentualen Beiträge würde die Unternehmer durch steigende „Arbeitgeber“beiträge mit belasten, auch wenn die Parität vor allem bei Renten- und Krankenversicherung schon arg ausgehöhlt ist.

2. Zugriff auf Rationalisierungsgewinne der Unternehmen, die für das Sinken der Lohnquote und die

Arbeitslosigkeit mit ursächlich sind, würden – ob nun Maschinensteuer oder Wertschöpfungsabgabe genannt – die Unternehmer zur Finanzierung der Defizite heranziehen, die steigende Produktivität der Arbeit also zugunsten der Versicherten berücksichtigen.

3. Ausgleich über größere Staatszuschüsse, also über Steuereinnahmen. Aus den bisherigen Steuereinnahmen seit der „Reform 2001“ ist das nicht zu schaffen. Die Mindereinnahmen werden auf jährlich rd. 30 Milliarden € geschätzt. Steuererhöhungen? Dies wäre bei den bestehenden Machtverhältnissen von vornherein fragwürdig. Wenn der erhöhte Finanzbedarf der öffentlichen Haushalte über Erhöhung der Massensteuern, vor allem der Um-

satzsteuer, gedeckt würde, wäre nichts gewonnen. Diese Steuern belasten überwiegend die Arbeiterklasse (einschließlich der ohnehin geschröpften Arbeitslosen, Rentnern, Sozialhilfebeziehern). Erhöhte Unternehmenssteuern könnten, falls durchsetzbar, einen Ausgleich schaffen.

4. Bürgerversicherung könnte durch quantitative Ausweitung des Kreises der Beitragszahler und vor allem durch Einbeziehung aller Einkommensarten (vor allem Kapital- und Mieterträge) Verbesserungen auf der Einnahmeseite bringen. Bei den herrschenden Machtverhältnissen ist aber unwahrscheinlich, daß eine solche Ausgestaltung durchgesetzt werden kann. Kopfprämienysteme belasten ausschließlich die Lohnabhängigen. Der Ausgleich für Geringverdiener über staatliche Zuschüsse steht bei den derzeitigen Haushaltsdefiziten auf tönernen Füßen.

Doch diese Auswege, soweit sie Kapital und Oberschichten einbeziehen, sind tabuisiert.

Zur Begründung des Sozialabbaus:

Eine zwar nicht bewiesene aber von der veröffentlichten Meinung einmütig behauptete Prämisse jeder Konjunktur- oder Sozialpolitik ist, daß die Lohnnebenkosten (die ja nichts anderes als Lohn sind) gesenkt

werden müssen.

Versprochen wird eine Belebung der Konjunktur, also zunehmende arbeitsplatzschaffende Investitionen der Unternehmer (Erweiterungsinvestitionen), dadurch eine deutliche Senkung der Arbeitslosigkeit über saisonale Schwankungen und statistische Tricks hinaus. Dadurch würden dann auch für die Lohnabhängigen bessere Zeiten kommen. Die Hoffnung auf eine solche Entwicklung ist auch in der Arbeiterklasse verbreitet. Sie trägt zur Passivität der durch Sozialabbau Betroffenen bei. Die Stimmung, für die Behebung einer lang andauernden strukturellen und z. Zt. auch konjunkturellen Krise, auch Unbeweglichkeit, Erstarrung, Reformstau usw. genannt, für den „Ruck“ der durch Deutschland gehen solle, Opfer bringen zu müssen, wird fast einstimmig in allen Medien und mit nur graduellen Unterschieden von den Parteien geschürt. Das bleibt nicht ohne Wirkung. Wenn schon nicht ungeteilte Zustimmung zu den Reformen, so erzeugt diese Stimmung zumindest Verunsicherung und Passivität bei der Mehrheit der Lohnabhängigen. Die über Erwarten große Beteiligung an der Demonstration am 1. 11. in Berlin ist zwar ein ermutigendes Zeichen für den stärker gewordenen Willen zum Widerstand besonders in den Betrieben und Gewerkschaften, doch es war eben immer noch eine Minderheit. Vor allem fehlt es aber an politischer Organisation um die Interessen der Arbeiterklasse zur Geltung zu bringen.

Die Hoffnung, daß ein Konjunkturaufschwung Besserung für die Lohnabhängigen, d. h. deutliche und anhaltende Verringerung der Arbeitslosigkeit bringen würde, ist leider unbegründet (vgl. Grafik 5 und 6).

Dies gilt selbst dann, wenn ab 2004 ein leichter Anstieg des Wirtschaftswachstums eintreten sollte. Senkung der Lohnkosten mag über die Steigerung der Mehrwertmasse dem tendenziellen Fall der Profitrate entgegenwirken (vgl. Kap. 14, Bd. 3 Kapital), was produktive Investitionen für das Kapital wieder reizvoller macht. Sie bedeutet aber gleichzeitig Senkung des Konsumtionsfonds der Arbeiterklasse und anderer indirekt von den Löhnen abhängiger Schich-

ten des Kleinbürgertums wie Einzelhändlern, Handwerkern u. a. Für den in Aussicht gestellten Konjunkturaufschwung mit Senkung der Arbeitslosigkeit und besseren Zeiten gilt aber auch: „Allein der Wille und die technischen Vorbedingungen der Akkumulation genügen in einer kapitalistischen Warenwirtschaft nicht. Damit tatsächlich akkumuliert, d. h. die Produktion erweitert wird, dazu ist noch eine andere Bedingung notwendig: eine Erweiterung der zahlungsfähigen Nachfrage nach Waren.“ (Luxemburg, Die Akkumulation des Kapitals, Kap. 7, S. 102)

Diese Erweiterung der kaufkräftigen Nachfrage existiert nicht. Die kaufkräftige Nachfrage wird vielmehr auch durch Sozialabbau reduziert. Dies mag eine Zeitlang durch Konsumentenkredite wie in großem Umfang in Mittelschichten



Grafik 4

der USA oder durch die Schaffung fiktiven Kapitals wie in der „New economy“-Blase überdeckt werden, doch dies führt nur zu einem durch Anhäufung von Schulden um so tieferen Fall der Konjunktur.

Standort und Konkurrenz

Die zweite Argumentation: Konjunktur und die Konkurrenzfähigkeit des Standorts Deutschland hängen von der Entwicklung der Lohnnebenkosten ab. Offenbar traut sich die SPD als derzeitige Agentur des Kapitals nur zögernd an die Forderung nach offener Absenkung der ausbezahlten Löhne heran. Bei den Beamten und generell im öffentlichen Dienst in mehreren Ländern wird aber schon an Weihnachts- und Urlaubsgeld gekürzt. Löhne sollen zwar nur „moderat“ erhöht (real also

leicht gesenkt) werden, doch eine Übernahme der Forderungen der Kapitalverbände (z. B. Hundt: 40-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich) wird noch nicht offen in das Reformpaket übernommen.

Indirekt dienen die Angriffe auf die Tarifautonomie aber genau diesem Ziel. Deshalb gehört auch die Auseinandersetzung um diese zum Thema Sozialabbau. Betriebliche Lohnfestlegung entsprechend der wirtschaftlichen Lage der jeweiligen Unternehmen bei Friedenspflicht der Betriebsräte ist machtlos, sie würde mit Sicherheit das Lohnniveau weiter senken. Ebenso drücken die Scheinselbständigen (Ich-AG), Leih- und andere Billiglohnarbeiter/innen die Lohnquote noch weiter nach unten.

Defizit des Sozialsystems und wirkliche und/oder vorgebliche Standortnachteile bei gleichzeitiger Unantastbarkeit der Unternehmensgewinne erzwingen nach dieser Kapital-Logik weiteren Sozialabbau.

Neben dem TINA (=There is no alternative)-Prinzip wird der Sozialabbau mit dem Versprechen verknüpft, die Konkurrenzfähigkeit des Standorts Deutschland würde verbessert, es erfolgten dadurch mehr zusätzliche Investitionen, die auch mehr Arbeitsplätze und damit eine Senkung der Massenarbeitslosigkeit bewirken würden. Hier

läuft die Propaganda des Kapitals mit der oben genannten für die Sanierung der Sozialversicherungen allein zu Lasten der Arbeiterklasse in eins zusammen. Wenn schon keine auf der Inlandsnachfrage basierenden Aufschwungstendenzen festgestellt werden können (s. o.), dann soll die Verbesserung der Konkurrenzbedingungen auf dem Weltmarkt weiterhelfen.

Diese Versprechen wurden zwar mit dem bisherigen Lohnkostenabbau weder in Deutschland noch in anderen Industrieländern (vor allem den USA) eingelöst; der zugrunde liegende Gedanke hat aber einen wahren Kern: Die Arbeitskraft konkurriert seit je her (wie schon Marx nachwies) einmal mit toter Arbeit, also mit rationellerer, arbeitssparender Maschinerie und zum andern mit billigerem Lohnniveau in anderen Regionen. Die erste Konkurrenz

verschärfte sich in allen industrialisierten Ländern mit der Anwendung der Mikroelektronik in Produktion, Transport und Verwaltung, was v. a. durch die hohen Forschungs- und Entwicklungs-Kosten zu höherem Organisationsgrad des Kapitals und tendenziellem Falle der Profitrate beiträgt; die zweite durch mit dem Sinken der Frachtraten bzw. fast zeitlosen Übertragungsmöglichkeiten für Daten besser mögliche Verlagerungen von Produktion und Verwaltungen aller Art. Auslagerung von Produktion in Billiglohnländer ist häufig und wird immer als Druckmittel der Unternehmer eingesetzt. Ein Beispiel für viele: „Die Siemens-Konzernleitung ... beschloß, wachsende Teile der Software-Entwicklung nach Osteuropa, Indien oder China zu verlagern. ... Ein Software-Entwickler in China, oder eine Ingenieurin in Rumänien verdienen gerade mal 10 bis 20 Prozent des Gehalts eines bundesdeutschen Spezialisten.“ (metall 10/2003, S. 33)

Mit betrieblichen (häufig tarifwidrigen) Lohnkürzungen, Arbeitszeitverlängerungen, mit Härtefallklauseln soll dem entgegengewirkt, soll Arbeitsplatzabbau durch Verlagerung in Billiglohnländer verhindert werden. Oft genug kassiert der Unternehmer erst den Lohnverzicht und verlagert dann doch.

Natürlich ist nicht alles was als Standortnachteil verkauft wird auch real (siehe Vergleichszahlen der Arbeitskosten aus *Arsti* 139, S. 27). Neben den Löhnen und Steuern gibt es eine große Zahl von Faktoren, die das Kapital zur Akkumulation an bestimmten Standorten veranlassen (siehe Grafik 7, S. 28) oder auch nicht (nationale Gesetzgebung – noch, Qualifikation von Arbeitskräften, politische Lage, Subventionen, Verkehrsanbindung usw.). Für Politiker, Gewerkschaften, Betriebsräte und erst recht für die Lohnabhängigen selbst ist es schwer, tatsächliche von vorgetäuschten Gründen als Basis für Drohungen mit Arbeitsplatzabbau zu unterscheiden.

Sicher ist, daß die in allen Industrieländern betriebene Politik des direkten und indirekten Lohnabbaus eine Spirale nach unten in Bewegung setzt, die kein politisches sondern allenfalls ein Ende im physischen Mindestbedarf der Arbeiter-

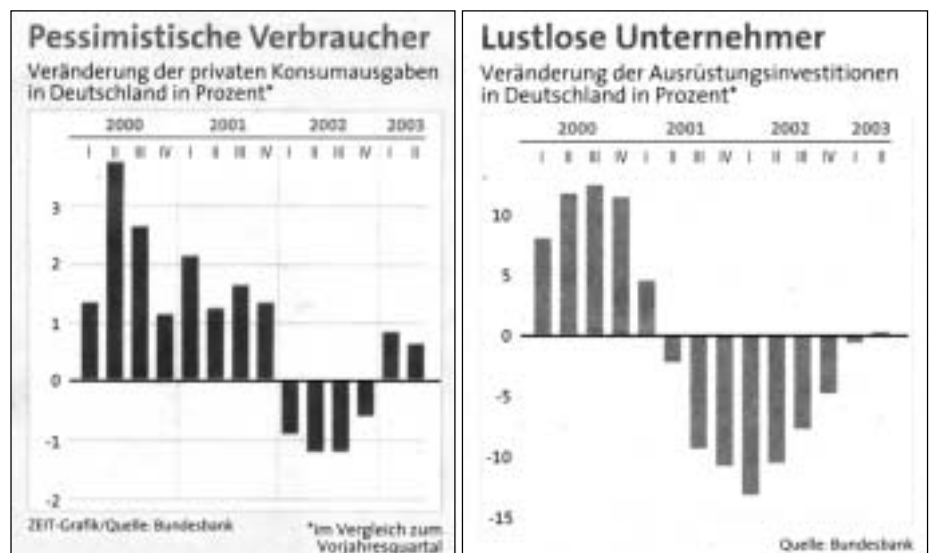
klasse kennt. Die Konkurrenzvorteile der einen gegen die anderen Industrieländer gelten nur zeitweise und werden durch das Nachziehen der „Konkurrenten“ wechselseitig wieder aufgehoben. Hoffnungen auf ein gutes Ende der „Reformpolitik“, d. h. auf ein Ende des Lohn- und Sozialabbaus sind illusionär – außer wenn es durch den Druck der internationalen Arbeiterklasse erzwungen wird.

Internationale Konkurrenz

Die weltweite Überakkumulation, also das Mißverhältnis zwischen Produktionskapazität und Absatzmöglichkeiten hat auch in Deutschland die Auslastung der Produktionsmittel auf knapp über 80 % sinken

nen Arbeitsplatz deutlich hinter wichtigen Industrieländern wie Japan, Frankreich und USA. Derartige Zahlen verbreiten die bürgerlichen Medien natürlich nicht. Zum andern holen auch die sogenannten Billiglohnländer gegen die Hochlohnländer auf, wenn auch ungleichmäßig und langsam. Die Erhöhung der Lohnstückkosten, der wichtigsten Vergleichsgröße für internationale Konkurrenzfähigkeit, weil sie die Produktivitätsentwicklung einbezieht, ist in Deutschland von allen wichtigen Exportnationen mit am geringsten. Auch die wieder steigenden Exporte sprechen gegen eine Verschlechterung der Wettbewerbsbedingungen der deutschen Industrie.

Es fehlt nicht an guten Gründen



Grafik 5 und 6

lassen. Natürlich gibt es von diesem Durchschnitt je nach Branche und Unternehmen beträchtliche Abweichungen nach oben und unten. Brachliegendes Kapital entwertet sich und setzt Arbeitskräfte frei. Einer der Auswege, die das Kapital sucht, ist der Weltmarkt. Auch hier sind die Lohnkosten nur ein Faktor in der globalen Konkurrenz. Die kapitalistischen Medien stellen sie aber als einzigen oder zumindest wichtigsten Konkurrenznachteil dar. Deutschland sei das Land wo am wenigsten gearbeitet wird, wo am meisten Urlaub genommen, am häufigsten krank „gefeiert“ würde u. a. Einige Vergleichszahlen, die dies scheinbar bestätigen, finden sich immer; andere, gegenteilige, werden unterdrückt.

Zum einen liegt Deutschland bei den Durchschnittskosten für ei-

gegen die Politik der Umverteilung von unten nach oben. Es fehlt an Möglichkeiten diese zu verbreiten.

Widerstand

Wie bereits oben angeführt vertreten alle Autoritäten, die eine in ihrem Bewußtsein weitgehend verbürgerlichte Arbeiterklasse anzuerkennen seit Jahrzehnten gewohnt ist, die herrschende Politik. SPD (bis auf wenige „Abweichler“) und CDU/CSU (bis auf wenige Taktierer), Presse und Fernsehen, Teile der Gewerkschaftsführungen wie vor allem der IG BCE stehen voll auf neoliberalen Positionen. Gegenmeinungen in den Medien (außer in der kleinen linken Presselandschaft) wie z. B. Monitor im WDR sind selten. In für die Bourgeoisie auch nur im geringsten kritischen Situationen – wie z. B. dem Streik in Ostdeutschland – steigert sich die

Medienmeinung zu wüster Hetze.

Eine Änderung dieser Propaganda ist m. E. auch in Ansätzen nicht zu erkennen.

Das Bewußtsein in der Arbeiterklasse ist widersprüchlich. Die Mehrheit wird von der Vielfältigkeit der „Reformen“ schlicht überrollt: Wer soll in dieser Fülle der sich überstürzenden Kürzungsvorschläge, teilweisen bzw. scheinbaren Rücknahmen und dann wieder neu formulierten Maßnahmen noch durchblicken?

Hartz-, Rürup- und Herzog-Kommissionen – scheinbar wissenschaftliche, überparteiliche Gremien – geben Regierung wie Opposition Steilvorlagen für ihre massenfeindliche Politik, erlauben es ihnen, ihre Politik als unabwendbar zu verkaufen, einige Krokodilstränen darüber zu vergießen und dem Kapital weiterhin Wohltaten auf Kosten der Lohnabhängigen, Rentner, Kranken und zunehmend auch der Jugendlichen zuzuschieben.

Politische Organisationen der Linken sind bei weitem zu schwach, um als Alternative zur herrschenden Politik und Meinungsmache aufzutreten und Gegenargumente massenhaft zu verbreiten. Mit dem Abgleiten der PDS nach rechts bleibt links noch weniger übrig.

Trotzdem ist Widerstand weiter notwendig und ohne Alternative, weil es einfach kein objektives Ende der Absenkung des Lebensstandards der Arbeiterklasse gibt. Das Kapital betrachtet jede beschlossene und durchgeführte Kostenentlastung für sich als Ausgangsbasis für die nächsten Forderungen.

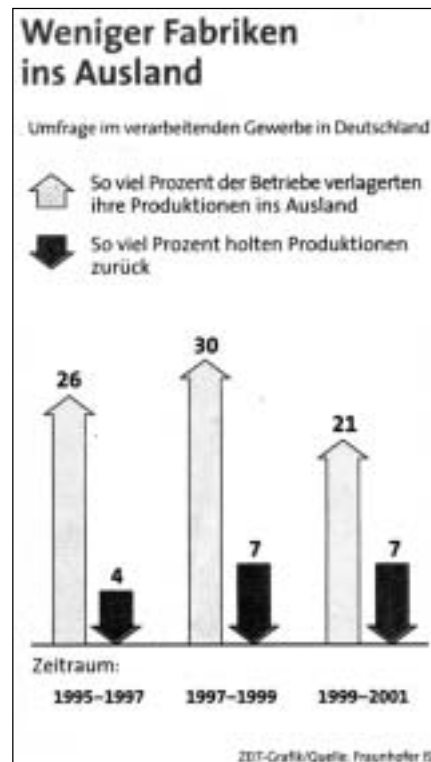
Inhaltlich anknüpfen kann die Linke an die vielen nicht erfüllten Versprechungen, mit denen bisherige „Reformen“ verknüpft wurden. Wo ist der Konjunkturaufschwung, den die Steuerreform zum 1. 1. 2001 bringen sollte? 2 Millionen weniger Arbeitslose versprach die Hartz-Kommission, wenn ihre „Reform“ durchgeführt würde. Trotz Riester-„Reform“ sind die Defizite der Rentenversicherung enorm; die Renten sind alles andere als sicher.

Das ist auch kein Wunder: Krisen im kapitalistischen System werden auf dem Rücken der Arbeiterklasse ausgetragen. „Lösungen“ auf reformistischer Ebene können dies bestenfalls etwas abmildern aber

nicht verhindern.

Heute wagen selbst die neoliberalsten Publizisten nicht mehr von ihrem Geschwätz von gestern zu reden was Abbau der Arbeitslosigkeit anbelangt. Allerdings werden die Versprechungen auch nicht zurückgenommen oder ihre Nichteinhaltung begründet. Man schweigt verschämt und bringt die nächste Kürzung auf, die absolut nötig sei und alles besser machen würde.

Die Enttäuschung über die Po-



Grafik 7

litik der Volksparteien wird durch deutlich geringere Wahlbeteiligung (vor allem zu Lasten der SPD) belegt. Meinungsumfragen ergeben, daß den Parteien immer weniger der Befragten eine Lösung der wirtschaftlichen und sozialen Probleme zutrauen. Doch dies sind passive, sprachlose Haltungen.

Trotz aller Enttäuschungen vor allem in der jüngeren Vergangenheit bleiben die Gewerkschaften die einzige relevante Organisation, um die sich Widerstand organisieren kann. Sie sind dafür schlechter gerüstet denn je. Als ob Perspektivlosigkeit in den eigenen Reihen, weitgehende Abkehr von jedem Klassenbewußtsein, Klassenzusammenarbeit wie im „Bündnis für Arbeit“, Niederlagenpolitik wie im Arbeitskampf in Ostdeutschland unter anderem auch

durch Sabotage von Betriebsräten und dem 1. Vorsitzenden der IG Metall noch nicht genug wären, Skandale wie die Zwickel-, Peters- und Bfw-Affären tun ein übriges.

Trotzdem müssen wir uns um Verbesserung der Gewerkschaftsarbeit auch gegen feige oder kapitalhörige Vorstandspolitik bemühen, denn wir haben nichts besseres.

Um so höher ist zu bewerten, daß in immer mehr Betrieben trotz allem Widerstand geleistet wird. Warnstreiks bei Daimler-Chrysler, Bosch, Ford, Porsche u. a.; die vielen Gruppen aus Betrieben und Verwaltungen bei der Demonstration in Berlin am 1. November geben Anlaß zur Hoffnung.

Eine in jüngster Zeit gewachsene Einsicht in die Notwendigkeit, daß linke Gruppen oder Parteien ihre Grabenkämpfe einstellen und wenigstens in den unstrittigen Punkten zusammenarbeiten sollten, ist erfreulich. Energien die bisher in fruchtlosen Feindseligkeiten vergeudet wurden, können sinnvoller eingesetzt werden. Doch bis dies zu einer nennenswerten Stärkung linker **politischer** Organisation führt, wird nicht nur viel Arbeit nötig sein; es muß zu weit stärkeren Klassenauseinandersetzungen kommen müssen.

Inwieweit es in - sicher begrenztem - Maße möglich ist, aus den immer offener und schärfer werdenden Widersprüchen des kapitalistischen Systems politische und gesellschaftliche Alternativen zu entwickeln und zu begründen und diese offensiver als es bisher möglich schien zu vertreten, bleibt zu versuchen. An schnelle Erfolge in dieser Richtung glaube ich nicht. Zu stark wirkt noch der schmachliche Zusammenbruch des „realen Sozialismus“, noch gibt es für einen großen Teil der Lohnabhängigen Reserven, die absolute Verelendung aufhalten.

Doch je mehr die Widersprüche des Kapitalismus für die Arbeiterklasse fühlbar werden, desto erkennbarer wird objektiv die Notwendigkeit einer Umwälzung, einer Überwindung des Lohnsystems. Den subjektiven Faktor dazu stärken, die Notwendigkeit bewußt zu machen, wird zur immer wichtigeren Aufgabe.

Stand: 30. 11. 03

Bericht aus England

Genossen, in den 80er Jahren hatte die Arbeiterbewegung in Großbritannien eine Anzahl schwerer Niederlagen zu verkraften, beginnend mit dem Wahlsieg von Frau Thatchers Tories 1979, mit ihrer neuen Philosophie. Thatcher begann, die Stahlarbeiter zu bekämpfen, eine Gewerkschaft mit rechter Führung und ohne Kampftradition. Nach dreimonatigem Streik kapitulierte deren Führung („Mehr aus Angst, zu gewinnen als zu verlieren“, wie Bill Sirs, ihr Generalsekretär, später in seinen Memoiren schrieb). Die Druckergewerkschaften wurden nach einem langen und heftigen Streik zerschlagen. Im März 1984 fühlte sich Thatcher stark genug, um sich der Bergarbeitergewerkschaft anzunehmen. Ein Jahr später gingen die verbliebenen Streikenden zurück zu ihrer Arbeit, ohne jeglichen Vertrag. Ab diesem Zeitpunkt gingen die Rechten in der Arbeiterbewegung zur Offensive über.

Die Demoralisierung führte dazu, daß viele linke Führer und Aktivisten in den Betrieben sich nach rechts bewegten. Diejenigen, die an ihren Grundsätzen festhielten, wurden isoliert und als Dinosaurier denunziert. Das selbe Phänomen fand in der Labour-Party statt. Rechte begannen, Schlüsselpositionen zu erobern. Einige linke MP's (Parlamentsabgeordnete) und Aktivisten in der LP (Labour Party) auf lokaler Ebene gingen nach rechts.

Die rechten Gewerkschaftsführer nahmen die Klassenzusammenarbeit und die Begeisterung für die E.C./E.U. (Europäische Union) an. Thatcher hatte nach und nach alle Gewerkschaftsrechte abgeschafft, so daß Großbritannien die I.L.O.-Standards nicht mehr erfüllte. Die Führer der LP begannen, die traditionelle Politik über Bord zu werfen, die sie als sozialistisch ansahen. Sogar Atomwaffen wurden akzeptabel. Nach drei weiteren Wahlniederlagen wählte Labour einen Führer, der keinen Bezug zum Sozialismus oder zur Arbeiterbewegung hat, und der Mrs. Thatcher bewunderte: Tony Blair. Blair begann darufhin, die demokratischen Struktu-

ren in der LP abzuschaffen und alle wirkliche Macht auf sich und seine Clique zu konzentrieren – New Labour erschien („Neu“: ein Ersatzwort für „Nicht“, so sollte es Tory-Wählern und Geschäftsleuten erscheinen).

Blair ging seinen eigenen Weg seit seinem Wahlsieg von 1997. Erst im Laufe des letzten Jahres sah er sich größerem Widerstand gegenüber.

Der Widerstand gegen Blair und seine Politik zeigte sich zuerst in den Gewerkschaften. Seit über einem Jahr gab es bei einer ganzen Reihe von Wahlen für Spitzenposten in den Gewerkschaften, nach harten Kämpfen mit Blair-Anhängern, Siege für erklärte Marxisten, Klassenkämpfer und linke Sozialisten.

Im letzten Jahr waren das unter anderem Mick Rix bei ASLEF (Lokomotivführer), Bob Crow bei RMT (Eisenbahner, Seeleute und Transport), Andy Gilchrist bei FBU (Feuerwehrlaute), Billy Hayes bei CWU (Kommunikation) und Mark Serwotka bei PCS (Gewerkschaft im öffentlichen Dienst).

Seither schlug Derek Simpson (Ex-CP) Sir Ken Jackson bei AMICUS (die Metallarbeiter und andere, die mit ihnen fusionierten). Jackson war Blairs Nr. 1 unter den Gewerkschaftsbossen. Die Linken errangen die meisten Sitze in der PCS-Exekutive. Sie haben jetzt eine Mehrheit in der Exekutive der UNISON (die größte Gewerkschaft im öffentlichen Sektor). Der wichtigste Sieg aber war der von Tony Woodley, der zum Generalsekretär der TGWU (Transportarbeiter) gewählt wurde.

Die Gewerkschaften in Großbritannien erholen sich von den Niederlagen der 80er Jahre. Ihre Mitgliedschaft vergrößert sich, sie gewinnen Kontakte in Bereichen, in denen sie seit den 80er Jahren keine mehr hatten.

Auf dem alljährlichen zentralen Gewerkschaftskongreß hat dies seit etwa einem Jahr widergespiegelt. 2003 hat er „einstimmig den Krieg im Irak verdammt“, forderte den Rückzug der britischen Truppen und daß alle Macht den Irakern übergeben würde. Er beschloß ebenso, sich Blairs Politik entgegenzustellen. Bob Crow

(ein weiterer Ex-CPLer) wurde in den Generalrat der TUC gewählt (2002 war die Rechte noch in der Lage gewesen, dies zu verhindern).

Die Kommunalwahlen im Mai 2003, wie auch die Wahlen zum Schottischen Parlament und zur Walisischen Versammlung, ergaben eine große Anzahl von Wahlenthaltungen von Labour-Wählern wegen des Irakkriegs und viele Proteststimmen für die Liberaldemokraten, die sich gegen den Krieg gewandt hatten. Die Anzahl der Parlamentsmitglieder der Scottish Socialist Party stieg von einem auf sechs, es gab Siege für andere Protestkandidaten: ein Pensionist und ein Arzt, der sich gegen die Kürzungen im Krankenhausbereich wandte; ebenso stieg die Zahl der Grünen-Abgeordneten im Schottischen Parlament auf sieben an.

In England war die Socialist Alliance, unter einem nicht-proportionalem Wahlsystem, in einigen Städten in der Lage, mehr als 25% der Stimmen zu gewinnen, indem sie sich Labour entgegenstellte. Aber nur in Preston schaffte sie es, Labour einen Sitz abzunehmen. Hier erhielt ein Führer der Antikriegsbewegung auch die Unterstützung der örtlichen muslimischen Gemeinschaft und er wurde auch von den Imamen unterstützt, obwohl Labour einen Moslem als Kandidaten aufgestellt hatte. In den Teilen des Landes mit einem hohen Anteil an Muslimen wandten sich diese gegen Labour. Dies gilt auch für Schottland.

Die Antikriegsbewegung war die größte, die es jemals gegeben hat. Auch, nachdem der Krieg schon begonnen hatte, demonstrierten 500.000 in London. Die Schüler ragten unter den Kriegsgegnern heraus: Sie verließen die Schulen, um zu protestieren, trotz einiger Lehrer und der Polizei, die versuchten, sie davon abzuhalten. Jeder hatte vermutet, daß die heutige Jugend unpolitisch sei. In der Tat neigt sie dazu, sich über die großen Parteien zynisch zu äußern – zurecht. Die Einheit zwischen Muslims und anderen war sehr beeindruckend. Speziell die moslemische Jugend steht nicht unter dem Einfluß der Imame, und nicht alle Imame sind konservativ. Die Antikriegsbewegung unterstützte auch das Recht des palästinensischen Volkes auf Unabhängigkeit. Die Scheinheiligkeit der

imperialistischen Mächte bezüglich Israel und Irak ist offensichtlich; es hat den Anschein, daß die Verbindungen, die über das Thema Irak entstanden sind zwischen der Linken und Muslimen, in zukünftigen Wahl- und anderen Kämpfen genutzt werden werden.

Die jährliche Konferenz der Labour Party im Oktober endete mit einer Niederlage der Führung im Bezug auf die Renten (Die Beschäftigten sollten 10% zu den Pensionsfonds beitragen.) und bezüglich Blairs neuem Plan, den Krankenhäusern finanzielle Unabhängigkeit vom staatlichen Gesundheitsdienst zu geben. Die Führung ließ keine separate Abstimmung zum Irak zu. Die geringe Unterstützung für Labour zeigte sich in dramatischer Weise eine Woche zuvor beim Verlust des Wahlkreises Brent East an die Liberaldemokraten, der der kriegsfeindlichen Stimmung der Wähler zu verdanken war, einer Nachwahl, die wegen des Todes des Parlamentsabgeordneten notwendig geworden war. (Brent East war der Wahlkreis von Ken Livingstone gewesen, bevor er Bürgermeister von London wurde; und er wurde geholt, um Labour zu helfen, trotz seines Ausschlusses vor einigen Jahren, während Blair angehalten wurde, dem Wahlkreis fernzubleiben.) Meinungsumfragen zeigten, daß die Menschen glaubten, Blair lügt bezüglich des Irak, er ist unglaubwürdig und sollte zurücktreten. So hatte die Labour-

Konferenz, von der Blair-Maschine und seinen Getreuen dominiert, den Charakter eines „Rettet-Blair-Rennens“, komplettiert von „I love Tony“-Buttons.

Gordon Brown, Blairs Finanzminister und Rivale um die Führerschaft in der Partei, ermutigt von der öffentlichen Feindseligkeit gegenüber Blair, der Unzufriedenheit in der LP über ihn in der Behandlung der Irak-Frage und seine Nähe zu Bush (25% der Parlamentsabgeordneten von Labour waren der Auffassung, er solle zurücktreten.), hielt am Montag eine Rede, in der er seine Unterstützung für viele Werte von „Old Labour“ ausdrückte und seinen Unwillen über Blairs Pläne, den Markt in den öffentlichen Sektor einzuführen. Die Rede wurde mit großer Begeisterung aufgenommen. Offensichtlich sah er Blair schon auf dem Weg ins Abseits. Blairs Clique antwortete mit scharfer Kritik an Brown und am Mittwoch schlug Blair zurück, indem er behauptete, er hätte „keinen Rückwärtsgang“.

Der Vorsitzende der TGWU, Tony Woodley, hat eine Gruppe der „Großen Vier“ Gewerkschaften organisiert: TGWU, GMB, AMICUS und UNISON, um den Blairismus in der Labour Party zu bekämpfen. Die kleineren linken Gewerkschaften wollen sich dieser Gruppierung anschließen. Tony Woodley und linke Parlamentsabgeordnete haben das LRC reformiert (Labour Representation Committee - eine Organisation die vor

über 100 Jahren von den Gewerkschaften als Vorläufer der Labour Party gegründet worden war). Ihr Ziel ist es, darum zu kämpfen, die LP vom Blairismus zu reinigen.

Ich fasse zusammen: die nächste Zeit wird eine weitere Entwicklung der Erholung der Arbeiterbewegung bringen. Es wird für die Blair-Anhänger schwierig sein, sich diesem Trend entgegenzustellen, der auch die Labour Party beeinflusst. Jedenfalls wird Blair von Millionen von Labour-Anhängern und den Menschen im allgemeinen als Lügner angesehen, als unglaubwürdig und als unkritischer Alliiertes eines extrem rechten US-Regimes. Man kann sich schlecht vorstellen, daß er das früher vorhandene Vertrauen in seine Politik wiedergewinnt. Der Irak-Krieg hat die Unzufriedenheit mit Blair und Labour herauskristallisiert, es muß sich also etwas ändern. Und die Gewerkschaften, die beiseite geschoben und von Blair mit Verachtung behandelt wurden, werden eine mächtige Kraft für diese Änderung sein. Das ganze „Dritter-Weg“-Gerede hat sich als leer herausgestellt, so kann die alte Klassenpolitik wieder in den Vordergrund treten. Die nächsten paar Jahre werden für diejenigen unter uns sehr interessant werden, die noch die alte sozialistische Weltansicht bewahrt haben.

Meine besten Wünsche für die Jahreskonferenz der Arsti. Mögen Eure Diskussionen fruchtbar sein.

Die PDS und ihr Programmparteitag in Chemnitz

Rechter Sieg mit kleinen Macken

Nach Putsch und Sonderparteitag trieb die neue PDS-Führung ihre Politik des „Weiter sol!“, vor der in Gera Gabriele Zimmer gewarnt hatte, verstärkt voran. Einerseits wurden beim Thüringer Landesparteitag im August 2003 und beim Brandenburger Kommunalwahlkampf Reden wider den Sozialstaatabbau gehalten, stellte die PDS Schröders Agenda 2010 eine „Agenda sozial“ entgegen. Andererseits billigte der Berliner Lan-

desparteitag am 21. 9. grundsätzlich die Fortsetzung sogenannter Sparpolitik zu Lasten der kleinen Leute. Landes- und Fraktionschef Stefan Liebich machte sich Lothar Biskys These zu eigen, Regierungsbeteiligungen hätten „das Profil der PDS als sozialistische Partei geschärft“. Sie sollen auf weitere Bundesländer ausgedehnt werden. Der Parteitag stimmte dagegen, die Steigerung von Kita-Gebühren in geplanter Höhe abzulehnen.

Anschließend rügte Liebich den sozialdemokratischen Koalitionspartner, weil das Nein zweier SPD-Kreisparteitage hierzu die Gebührenerhöhung kurzzeitig in Gefahr brachte.

Außenpolitisch tat sich die erneut zur Spitzenequipe zählende Gabi Zimmer durch den Artikel „Castro, Mauer auf!“ in der Berliner „taz“ vom 27. 9. hervor. Sie nahm darin Kubas Einreiseverbot für die rechte Grünen-Politikerin und BRD-Menschenrechtsbeauftragte Claudia Roth wegen deren Protest gegen die Hinrichtung dreier Bootsentrücker zum Anlass, prinzipielle Änderungen in der kubanischen Politik zu fordern.

An „die letzte Zeit des DDR-Staatssozialismus“ erinnernd konstatierte sie: „Mit Altersstarrsinn und Macht-
 posen, mit einer Verweigerungshaltung gegenüber dem eigenen Volk, mit Trotz, der die Realität ausblendet, hat noch kein Staat überleben können.“ Zimmer verlangte, Kuba möge „sich öffnen“, was Öffnung vor allem gegenüber den USA bedeuten würde, welche die „Befreiung“ des Landes propagieren. Zugleich dürfe es „sich nicht die falschen Freunde suchen. Hugo Chávez, der venezolanische Präsident und Politikhasardeur, ist dazu ebenso wenig geeignet wie Ronald Schill, der in Hamburg untergegangene Exsenator.“ Zimmers Attacke wurde vom Regisseur Manfred Wekwerth und bei einer Veranstaltung des Marxistischen Forums verurteilt.

Nach Unterzeichnung des EU-Verfassungsentwurfs durch Sylvia-Yvonne Kaufmann im Juli trugen die PDS-Vertreter am 24. 9. nochmals zur Schwächung der Linken bürgerlich-sozialdemokratischen Mehrheiten gegenüber im Europaparlament bei. Sie übten, statt mit Nein zu votieren, beim Entscheid über den Entwurf Stimmenthaltung. Das geschah, obwohl der Entwurf neoliberalen Grundsätzen folgt, zu erhöhter europäischer Rüstung verpflichtet und Kriegsabenteuer mit gemeinsamer Streitmacht ermöglichen soll. MdEP Hans Modrow übte später öffentlich an dem Fehlverhalten Kritik. Mit Blick auf die Aussichten bei der Europawahl im nächsten Jahr sah sich der PDS-Vorstand am 8. 11. veranlasst, die EU-Verfassung in ihrer jetzigen Form abzulehnen.

Streit um den überarbeiteten Programm-entwurf

Wichtigstes Prestigeobjekt der PDS-Spitze, speziell des Vorsitzenden Lothar Bisky, war nach dem Sonderparteitag das neue, als modern gepriesene Parteiprogramm, welches das linkssozialistische von 1993 ablösen sollte. Als Objekt nunmehriger Auseinandersetzung fungierte das Papier „Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus – Über-

arbeiteter Entwurf“. Es wurde am 8. 8. 2003, nach Abweisung von Anträgen Ellen Brombachers, Uwe-Jens Heuers und Winfried Wolfs, durch die Programmkommission angenommen. Am 25. 8. stimmte ihm der Vorstand in Abwesenheit Sahra Wagenknechts bei einer Enthaltung zu.

Vorläufer des Papiers waren insbesondere „Zwölf Thesen für eine Politik des modernen Sozialismus“, die Gregor Gysi im August 1999 unterbreitet hatte, Thesen der Programmkommission vom 23. 11. selben Jahres und das von Dieter Klein und den Brüdern Brie erarbeitete „Programm der PDS – Entwurf“, das Bundesvorsitzende Zimmer am 27. 4. 2001 als parteiamtlich vorstellte, obwohl es an der zuständigen Kommission vorbei entwickelt worden war. Gleich weiteren, Jahre davor in Um-



PDS-Mitglieder auf der Demonstration am 1. November in Berlin

lauf gesetzten belegen diese Dokumente, dass rechte „Reformlinke“ die Kampagne zur Ablösung des 93er Programms frühzeitig begannen. Ihnen nicht genehme Versionen, so das von Monika Balzer, Ekkehard Lieberam, Dorothee Menzner und Winfried Wolf verfasste „Programm der PDS – Entwurf II“ vom Mai 2001, wurden ausgegrenzt. (*Arsti* 133 und 139)

Für die offiziellen Entwürfe von 2001 und 2003 sind neben Listen demokratischer Forderungen, die von Parteiseite schon oft vorgebracht wurden, folgende Spezifika charakteristisch:

- Am Anfang steht keine Analyse der gegenwärtigen Gesellschaft. Vielmehr werden, analog zum Godesberger SPD-Programm von 1959, abstrakte Werte und relativ vage Ziel-

setzungen dargetan, die einem libertären, auf das Individuum bezogenen Sozialismus entsprechen sollen, welcher dem der Anarchisten gegenüber eher bürgerlich anmutet. Dass Sozialismus auch eine von der kapitalistischen unterschiedene Gesellschaftsordnung sei, fiel dem Programm von 1993 gegenüber weg. Er wird stattdessen ganz dem Kampf um Gerechtigkeit und „Freiheitsgüter“ gleichgesetzt.

- Die Entwürfe sind antineoliberal. Doch fehlt das marxistische Postulat, Produktionsmittel in Gemeineigentum zu überführen, soll lediglich die „gesellschaftliche Dominanz von Profit“ zurückgedrängt werden. Der „modernen“ Programmatik geht es einzig um „Verfügung über diese Güter“. Sie soll, auf welchem nichtrevolutionären Wege immer erreicht werden.

- Der meistzitierte Satz der Entwürfe lautet: „Unternehmerisches Handeln und Gewinninteressen sind wichtige Bedingungen für Innovation und betriebswirtschaftliche Effizienz.“ „Reformlinke“ haben das Bekenntnis zu kapitalistischem Wirtschaften dahin ausgedeutet, dass nur an kleine und mittlere Unternehmer, nicht Großkapitalisten, gedacht sei. Doch wurde dies programmatisch nicht festgelegt.

- Der angebliche Staatssozialismus ehemaliger Ostblockländer, so der DDR, und deren Herrschaftssystem werden pauschal verurteilt. Die Bundesrepublik hingegen erscheint durch Auslassen negativer Erscheinungen, historischer wie aktueller, wesentlich als Ursprungs-ort des Grundgesetzes mit seinen Grundrechten, die von der PDS zu verteidigen seien. Dass das GG längst in wesentlichen Teilen seines demokratischen Gehalts beraubt wurde und weiter beraubt wird, wird ignoriert, ebenso die Schlussfolgerung, den Gehalt wiederherstellen und erhöhen zu müssen.

- Tradition und Notwendigkeit des Antifaschismus sind völlig unzureichend behandelt, ebenso das Erfordernis ernstzunehmender Umweltschutzpolitik.

- Zu Militäraktionen in fremden Ländern findet sich die Formel, die

Partei verurteile „Nichtachtung und Missbrauch des internationalen Gewaltmonopols des Sicherheitsrates und die damit verbundene Schwächung der UNO“. Hierdurch wird die imperialistischen Mächten unterworfenen Weltorganisation zur unparteiischen Kraft deklariert und zusätzlich ein Monopol erfunden, das in der UN-Charta nicht vorkommt. Der beantragte Programmtext könnte es ermöglichen, die seit 1995 erst von PDS-MdB um Andrea Lederer, dann von Gysi angestrebte bedingte Zustimmung vornehmlich zu UNO-mandatierten Militär- und Polizeieinsätzen zu billigen. Entgegenstehende Parteitagebeschlüsse, besonders der von Münster, würden hierdurch annulliert.

- Vom Vorrang außerparlamentarischen Kampfes ist keine Rede mehr. Zugleich erklärt sich die Partei bereit, in Regierungen einzutreten. Konkrete Bedingungen dafür sind nicht festgeschrieben. Auch fehlt jeder Anflug von Selbstkritik für den Schaden, den bestehende SPD-PDS-Koalitionen durch Sozialabbau bereits angerichtet haben. Voller Stolz meint die PDS vielmehr, sie habe sowohl in der Opposition, als auch beim Tolerieren oder Mitregieren in Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin „unter schwierigen Bedingungen Politikfähigkeit bewiesen“. (Wortlaut des Überarbeiteten Entwurfs im „Pressedienst PDS“ Nr. 35, 29. 8. 2003)

Bei den Auseinandersetzungen über die Programmentwürfe blieben demokratische Forderungskataloge unerörtert. Ebenso Versprechungen wie Verlässlichkeit gegenüber Wählern, Unterstützung der Gewerkschaften und ihres Kampfes um Beibehaltung der Flächentarife, Ablehnung rigiden Sparens auf Kosten sozial Schwacher und von Studiengebühren, gleichberechtigte Behandlung innerparteilicher Minderheiten usw. – Zusagen, die „Reformlinke“ je nach Bedarf nicht eingehalten haben.

Linke KritikerInnen wie Sahra Wagenknecht lobten am Überarbeiteten Entwurf, dass darin die gesellschaftlichen Verhältnisse „in ihrer Brutalität, Asozialität und Bedrohlichkeit“ realistischer als im Entwurf von 2001 dargestellt sind. Zugleich wandten sie sich erneut gegen der Sache nach überflüssige Abweichun-

gen vom 1993er Programm und machten zudem darauf aufmerksam, dass progressive Beschlüsse der Programmkommission nachträglich vom Vorstand ausgehebelt wurden, so der Hinweis auf eine „ökonomische Diktatur“ der Konzerne und das Nein zu allen imperialistischen Bestrebungen der Bundesrepublik. Kommissionsmitglied Klaus Höpcke konstatierte andererseits, die Absage an „Nichtachtung und Missbrauch des internationalen Gewaltmonopols des Sicherheitsrates“ sei nach der letzten Kommissionssitzung vom Vorstand eingefügt worden, ohne dass dies irgend jemand während der Beratungen verlangt habe.

Vertreter der Parteilinken lehnten den Überarbeiteten Entwurf in seiner nunmehrigen Form ab. In der „jungen Welt“ vom 27. 8. ging Winfried Wolf am weitesten. Er wertete das Papier als „Absage an ein sozialistisches Projekt“ und „offene Revision des PDS-Gründungskongresses von 1989/90 und des geltenden PDS-Programms von 1993“ und stellte fest: „Diejenigen in der PDS, die für diese Politik verantwortlich zeichnen und die diese Politik im Programmentwurf nun auch noch rechtfertigen, haben damit einen selbst zerstörerischen Prozess eingeleitet – einen Prozess, der, wenn er fortgesetzt wird, die PDS in ihrem Charakter als sozialistische Partei und als Partei mit breitem Anhang bei den sozial Schwachen zerstören muss.“

Peinlich für manch „Reformlinken“ war die Kennzeichnung des Überarbeiteten Entwurfs und der PDS durch den ehemaligen sozialdemokratischen Parteivorsitzenden Oskar Lafontaine, welchen Gregor Gysi und André Brie als potentiellen Bündnispartner betrachten. In der „Welt am Sonntag“ vom 14. 9. konstatierte Lafontaine, der Entwurf könnte Grundlage für eine SPD-PDS-Fusion sein. Letztgenannte Partei sei „längst in der westlichen Demokratie, in der Bundesrepublik angekommen“. Man müsse sich nur ansehen, was sie in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin macht. „Sieht man von der kommunistischen Plattform und einigen Altkadern ab, dann ist sie ebenso eine sozialdemokratische Partei wie andere Parteien in Ost- und Westeuropa.“

Vornehmlich Bisky erschien das zu offenherzig und für den eigenen

Einfluss in der Partei gefährlich. Er ließ wissen, keinen Bedarf an Einheitsparteien zu haben und sich an den Grundsatz „Lieber kernrot als schlüpferosa“ zu halten. Gleichzeitig setzte er die Kampagne für unbedingte Annahme des neuen PDS-Programms selbst dann fort, wenn sich deshalb Linke verabschieden sollten. Ein Verzögern des Programm-Jas „wäre Gift für die Partei“. Der Vorsitzende wurde von seinen Stellvertretern Katja Kipping und Wolfgang Methling unterstützt.

Bis kurz vor Toresschluss galt für den Überarbeiteten Entwurf das Axiom, es dürfe nichts, jedenfalls nichts Wesentliches daran geändert werden. Als der Philosoph Wolfgang Fritz Haug beim Workshop der Rosa-Luxemburg-Stiftung am 24. 9. vorschlug, das Anpreisen von „Unternehmertum und Gewinninteresse“ zu relativieren und derart einen Stein des Anstoßes wegzuräumen, entgegnete der Stiftungschef und PDS-Ideologe Michael Brie, diese Anregung sei „sehr bedenkenswert“, doch könne man sie nicht mehr umsetzen.

Anhaltende Kritik veranlasste indes den Bundesvorstand zu teilweisem Nachgeben und einem geschickten taktischen Manöver. Am letzten Wochenende vor Parteitagebeginn in Chemnitz stimmte er nochmaligen Korrekturen in der Programmpräambel und im Unterabschnitt über Frieden und Gewaltfreiheit zu, die wichtig waren, ohne die Grundaussage des Papiers zu ändern. Das Ja zum „Gewinninteresse“ wurde entschärft, das zum „Gewaltmonopol des Sicherheitsrates“ entfiel. Vielen Kritikern nahm das den Wind aus den Segeln.

Um die Programmannahme zu sichern, traf die Parteiführung noch andere Maßnahmen. Dazu gehörten Mahnungen Biskys an die Delegierten und eine Reduktion der mehr als 500 Anträge auf etwa 100. Einesteils fielen alle weg, die sich irgendwie auf die bisherigen Brennpunkte „Gewinninteresse“ und „Gewaltmonopol“ bezogen. Andernteils wurde eine ganze Hundertschaft Anträge als der Sache nicht dienlich abgewiesen.

2. Tagung des 8. PDS-Parteitage in Chemnitz

Den Programmparteitag am 25./26. 10. 2003 in der sächsischen Metropole, dem einstigen „deutschen

Manchester“, sah die PDS-Spitze als von entscheidender Bedeutung an. Er verlief harmonisch – nicht nur der beschriebenen Vorkehrungen wegen, sondern vor allem deshalb, weil das Gros der 481 anwesenden Delegierten, das nominell 72 000 Mitglieder vertrat, weiteren Programmdiskussionen oder gar der Erörterung politischer Fehler abhold war. Es folgte einmal mehr den Führungskräften.

Vor Kongresseröffnung hielt Gregor Gysi, immer noch stärkster Mann der PDS, auf dem Chemnitzer Neumarkt eine Kundgebung ab. Er würdigte die Hoffnungslosigkeit in der Bevölkerung angesichts andauernden neoliberalen Abbaus und trug der eigenen Partei auf, sich um „linke kulturelle Hoheit“ in der Gesellschaft zu bemühen, nachdem die Linke von der deutschen Vereinigung bis zur Agenda 2010 fortlaufend versagt habe.

Ehrevorsitzender Hans Modrow bemühte sich in seiner Eröffnungsrede zur 2. Tagung des 8. Parteitags, die Truppe beieinander zu halten. Er verlangte eine Abfuhr für alle, welche die PDS „in demokratische und dogmatische Sozialisten teilen, die Minderheiten verdrängen wollen“. Bundesvorsitzender Lothar Bisky äußerte zur sozialen Abwärtsspirale im reichsten Land Europas manches Richtige. So widerlegte er die sattsam bekannte These, der Sozialstaat sei überfordert, weil Lohnnebenkosten und Unternehmenssteuern zu hoch wären. Er würzte sein Referat mit Klagen darüber, „immer wieder mit dem Vorwurf konfrontiert zu werden, wir wollten ein sozialdemokratisches Programm verabschieden“ resp. die PDS „für Militäreinsätze öffnen“. Zugleich räumte er ein, dass sich der Begriff „Gewaltmonopol“ in der UNO-Charta nicht finden lässt.

Die Vorsitzende der Programmkommission Zimmer pries den Entwurf zum neuen Parteiprogramm mit den Worten, nun sei endlich „der Zeitpunkt eingetreten, da wir allen, die es hören wollen, sagen können, mit welcher Vision und mit welchen mittelfristigen Zielen wir wie und mit wem gemeinsam Politik machen können“. Sie tat, als habe es zuvor nie eine derartige Orientierung gegeben, und als wäre das umstrittene Papier eine Wunderwaffe. Linken Kontrahenten,

die ein neues Programm lange als überflüssig abgelehnt hatten, warf Zimmer vor, sie hätten die Debatte darum „mit der letzten Schlacht, die um die PDS zu führen sei“, verwechselt. Die von der Führung gewünschte Weiterorientierung auf ein „Mitte-Links-Bündnis“ mit Schröder & Co., die 2002 mit zur schwersten Wahlniederlage der PDS beitrug, rechtfertigte sie mit der Frage, wie ein „auf die demokratische Lösung von Problemen gerichteter Politikwechsel“ sonst zustande kommen könnte.

Die **Generaldebatte über den Programmentwurf** war dessen Abschnitt entsprechend in I. Sozialismus – Ziel, Weg und Werte, II. Die gegenwärtige Welt, III. Reformalternativen: demokratisch, sozial, zivil und IV. Veränderung mit der PDS – Selbstveränderung der PDS gegliedert. Zu Beginn hielten jeweils zwei prominente Vertreter der Partei sogenannte Impulsreferate.

Bei I. standen einander Dieter Klein und Uwe-Jens Heuer (Marxistisches Forum) gegenüber. Klein nannte den Programmentwurf der PDS deshalb sozialistisch, „weil er Eckpunkte ihres Selbstverständnisses nicht in ferner Zukunft ansiedele, sondern auf einen irdischen Nenner bringe“. Den Sozialismus definierte er – unkonkret und sehr verschieden interpretierbar – als „Prozess der Veränderung des Kräfteverhältnisses in dieser Gesellschaft“. Heuer erwiderte, bei Beschränkung auf den Tageskampf und gleichzeitigem – ebenfalls von der Parteirechten betriebem – Kappen der Verbindungen zur Vergangenheit verschwinde das sozialistische Ziel im Nebel, bleibe „Pragmatismus mit visionärer Begleitmusik für Feiertage“ übrig. In der Diskussion rechtfertigte Stefan Liebich seine Parole, Linke müssten die von anderen eingebrachte Suppe auslöffeln: Er verstehe das als „Verpflichtung gegenüber den Bürgern und Herausforderung für die PDS“. Gerald Kemski (AG Betrieb und Gewerkschaft) rügte, Bundesparteitage hätten schon sechsmal Beschlüsse zu Arbeitszeitverkürzungen bei vollem Lohnausgleich gefasst, doch stehe das immer noch nicht im Programmentwurf. Seine Forderung nach Aufnahme wurde berücksichtigt. Gleichzeitig fielen Vorschläge unter den Tisch, das Programm einer Urabstimmung

durch die Mitgliedschaft zu unterziehen und Sozialismus auch als künftige Gesellschaftsordnung ohne Dominanz kapitalistischen Privateigentums zu definieren.

Christa Luft und Sahra Wagenknecht vertraten zu II. keine konträren Standpunkte. Unter starkem Beifall trat Letztgenannte dafür ein, gewerkschaftliche und staatliche Kontrolle über die Wirtschaft zu fordern. Ihr Antrag war bei einer Stimme Mehrheit erfolgreich. Deshalb und auf Grund vorangegangener Korrekturen durch den Vorstand lautet die betreffende Passage nun so: „Unternehmerisches Handeln und Gewinninteressen sind wichtige Voraussetzungen für Innovation und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit. Doch solange sie auf die betriebswirtschaftliche Logik der einzelnen Unternehmen beschränkt bleiben und dem Profitstreben des Einzelkapitals unterworfen sind, verwandeln sie sich in ihr Gegenteil... Ohne Mitbestimmung, gewerkschaftliche Gegenmacht und sozialstaatliche Regulierung führen private Unternehmerinteressen zu volkswirtschaftlich verlustreichen, zu sozialen und umweltzerstörerischen Fehlentwicklungen.“ In der Diskussion stufte Arne Brix (Berlin) die Attraktion der Programmentwürfe als gering ein. Der Jugendträgereirat habe ein halbes Jahr lang nicht feststellen können, dass sich ein junger Menschen dadurch bestärkt fühlt. Die Basis sei nicht so zufrieden mit dem Entwurf, wie führende PDS-Politiker „uns und den Rest der Bevölkerung durch die bürgerliche Presse“ glauben machen wollten. Heidi Knake-Werner (vormals DKP) suchte ihren Kapitulationskurs als Sozialsenatorin durch Behauptungen wie die schönzureden, dass bei Kita-Gebührenerhöhungen die vom Vorziehen der „Steuerreform“ am meisten Begünstigten stärker belastet würden und der Senat nur Sparpolitik, keine Umverteilung treibe.

Impulsreferate zu III. hielten Wolfgang Gehrcke und Winfried Wolf. Ersterwähnter polemisierte gegen die von niemandem erhobene Behauptung, Teile der PDS wären für Bundeswehreinätze, um als regierungsfähig zu gelten. Gehrcke hatte sonst insofern leichtes Spiel, als er auf die vom Vorstand beschlossenen Kor-

rekturen verweisen konnte, nach denen vom angeblichen Gewaltmonopol keine Rede mehr ist. Vielmehr heißt es nun: „Der Weltsicherheitsrat darf das allein ihm durch die Charta übertragene Recht, auch militärische Mittel, wenn alle zivilen ausgeschöpft sind, zur Abwendung der Gefährdung des Weltfriedens einzusetzen, nicht unter dem Druck und im Interesse der Großmächte missbrauchen.“ (Ohne Druck und Interesse gebrauchen darf er es mithin schon!) Wolf kritisierte, dass im Entwurf kein BRD-Austritt als erster Schritt zur Auflösung der NATO verlangt wird und das Bild der EU unbefriedigend ist. Mit ihr und den USA rüsteten „zwei Gangsterbanden sich gegenseitig hoch“. In der Diskussion nannte MdEP Sylvia-Yvonne Kaufmann jene politisch „handlungsunfähig“, die Vereinigte Staaten und EU auf eine Stufe stellen. Die von Wolf beantragte härtere Auseinandersetzung mit dem Missbrauch der UNO als Instrument der mächtigsten Staaten wurde abgewiesen, zugleich aber ein Nürnberger Antrag akzeptiert, der festhält, die PDS lehne „weiterhin eine Beteiligung der Bundeswehr an UN-mandatierten Militärinterventionen unter Berufung auf Kapitel VII der UN-Charta ab, unabhängig von der jeweiligen Haltung der im UN-Sicherheitsrat vertretenen Staaten“. Nach wie vor ist umstritten, ob „Reformlinke“ nicht weiter das Ziel verfolgen, den Parteitagbeschluss von Münster zu torpedieren.

Das Impulsreferat des Schweriner Umweltministers Wolfgang Methling zu IV. galt dem Zweck, durch Hinweise auf Teilerfolge, so die Herabsetzung des Kommunalwahlrechtsalters auf 16 Jahre und Bargeld statt Gutscheine für Asylbewerber, das Mitregieren in seinem Lande schmackhaft zu machen. Birke Bull (Sachsen-Anhalt), die Berliner Abgeordnete Marion Seelig (vormals Vereinigte Linke) und Judith Dellheim (AG Wirtschaftspolitik) plädierten in der Diskussion für den angeblich allein demokratischen Weg der „kleinen Schritte“, fortgesetzte Option auf Kabinette mit der SPD und ein langfristiges „Mitte-Links-Bündnis“. Impulsreferentin Ellen Brombacher (Kommunistische Plattform) stellte fest, der Preis für Regierungsbeteiligungen sei zu hoch, und es müssten

Rahmenbedingungen für sie vereinbart werden. Sie bemängelte, dass im Programmwurf der Transformationsprozess als alleiniger Weg erscheint, den Kapitalismus zu überwinden. Andere Genossen seien weiter von der Unmöglichkeit solchen Prozesses überzeugt, was aber dem 93er Programm entgegen unter den Tisch fiel.

Am 26. 10. wurde das Parteiprogramm mit 333 : 38 Stimmen bei 10 Enthaltungen angenommen. Bisky behauptete, damit habe die PDS gewonnen und niemand in ihr verloren.

Zusätzlich verabschiedete der Parteitag eine vergleichsweise radikale Resolution. Entgegen früheren, von manchem immer noch gehegten Illusionen der Art, dass „Rot-Grün weniger schlimm“, daher für Linke ein echter Partner sei, wird darin mit dem Schröder-Fischer-Kurs abgerechnet und konstatiert: „Noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik wurde in so kurzer Zeit ein so tief greifender Sozialabbau betrieben... Es handelt sich nicht mehr um Leistungskürzungen, es geht um eine grundlegende Korrektur der sozialstaatlichen Prinzipien. Alle neoliberalen Konzepte, die 1998 zur Abwahl der Regierung Kohl geführt haben, sind von der rot-grünen Bundesregierung fortgesetzt und mit noch größerer Konsequenz umgesetzt worden... Wenn nicht jetzt, wann dann braucht dieses Land eine starke sozialistische Opposition?“ (*Disput 11-03/Presse-dienst 44/45, Sonderheft „Chemnitzer Parteitag: Ein Programm für die Menschen“; „junge Welt“, „Neues Deutschland“ und „Berliner Zeitung“, 27. 10. 2003*)

Dass eine derartige Opposition unmöglich mit der PDS kommen kann, erscheint mir inzwischen als gewiss.

Das Chemnitzer Resultat und die Parteilinke

Das die Partei dominierende Korps der Ankommer und Pragmatiker hat den Verfall dieser einst zukunftssträchtigen Organisation herbeigeführt. Beim Chemnitzer Parteitag errang es einen weiteren Sieg über die pauschalisierend als „Nostalgiker“ und „Dogmatiker“ verfemte Linke, welche ihrerseits im Abwehrkampf dagegen versagt hat. Zwar zählt Programmatik in der bourgeo-

sen Wegwerfgesellschaft zu den niederen, wenig wichtigen Politikünsten. Zugleich birgt sie für Großkopfete in der Partei gewisse Gefahren, da ihnen frühere Bekenntnisse und Versprechungen so leichter vorgehalten, Widersprüche zwischen Wort und Tat auch der Öffentlichkeit gegenüber transparent gemacht werden können. Gleich jeder Parteilite hat es die der PDS seit Jahren verstanden, „Realpolitik“ **gegen** Programm und Statut zu treiben. Sie wollte sich aber das raue Tagesgeschäft durch ein Papier erleichtern, das ihren Intentionen eher entspricht als der Kompromiss von 1993. Das gelang im Ergebnis aufreibenden und zähen Ringens, das bereits kurz nach dem Kompromiss begonnen hatte. Am Ende waren schließlich noch verbale Zugeständnisse der Führung vonnöten, um sich durchzusetzen. Der Erfolg der „Reformlinken“ gleicht daher einem Sieg mit kleinen Macken, ihr „modernes“ Programm nach seiner Verabschiedung einem Teppich mit leichten Webfehlern, die noch zu korrigieren sind.

Vertreter des rechten Flügels, so die Fraktionsvorsitzende in Sachsen-Anhalt Petra Sitte, meinen nun endlich für eine dem früheren Parteiprogramm entgegengesetzte Politik den Rücken frei zu haben. Europa-Wahlkampfleiter André Brie hält die ideologischen Kämpfe für abgeschlossen (wobei er sich täuschen kann). Er hofft weiter auf Annäherung an eine SPD-Linke, wer immer dies sein mag, und Lafontaine als künftigen Partner.

Die PDS-Linke ist auch programmatisch geschlagen, was jedoch nicht allen in ihren Reihen vollständig klar ist. Diether Dehm und Sahra Wagenknecht sehen in den Teppich-Webfehlern wichtige Teilerfolge. Ellen Brombacher bleibt skeptisch, will aber gleich ihnen in der Partei bleiben. Die Kommunistische Plattform gab nach ihrer Außerordentlichen Tagung am 2. 11. 2003 eine Erklärung ab, in der sie einerseits Teile des neuen Programms kritisiert und feststellt, demnach sei demokratischer Sozialismus nur noch die „Metapher für einen mittels Reformen ‚humanisierten‘ Kapitalismus“. Eine Loslösung von der Partei lehnt sie mit der Begründung ab, das würde so oder so als Kapitulation ausgelegt werden. Zudem gingen dabei Funktionen,

„ein Stück politisches Hinterland“ und Einfluss auch auf junge Genossen verloren. Die KPF will verstärkt über den Parteikurs wachen, zugleich enger, stabiler und organisierter mit dem Marxistischen Forum, der AG Betrieb und Gewerkschaft, dem Geraer Dialog, Cuba si, der Ökologischen Plattform, weiteren Gliederungen und Einzelpersonlichkeiten der PDS zusammenwirken.

Ein Treffen von Vertretern der Linken und der Mitte am 9. 11., zu dem ursprünglich Diether Dehm aufgefordert hatte, ergab Differenzen bei den Schlussfolgerungen aus Chemnitz. Klaus Höpcke verwies auf positive Aspekte im neuen Programm, „beispielsweise eine größere Wirklichkeitsnähe und eine scharfe Anklage des Kapitalismus“. Er wünsche „keine Spielchen nach dem Motto: Wir sind die besseren Linken“. Halina Wawczyniak meinte, eigentlich sei Chemnitz „eine Niederlage der Reformer“ gewesen, könnte sich die Linke deshalb freuen. Uwe-Jens Heuer und Winfried Wolf erblickten dagegen im Programmentscheid vorwiegend einen Misserfolg der Linken.

Sechs Vertreter des Geraer Dialogs (GD), unter ihnen Wolf, Dorothee Menzner und Ekkehard Lieberam, äußerten sich am 27. 10. in einer Erklärung. Darin bezeichnen sie Parteiputsch, Sonderparteitag und Programmparteitag der PDS als Ausdruck einer qualitativen Änderung ihres Charakters, „weg von einer sozialistischen Partei und hin zu einer vagen Linkspartei, die als Ostlobby wirkt und zunehmend neoliberale Positionen transportiert“. (Frage: Ist sie eben wegen dieses „Transportguts“ nicht auch als „Ostlobby“ ungeeignet?) Das neue Programm orientiere nicht auf eine sozialistische Gesellschaftsordnung als Alternative; es rechtfertige durch positiven Bezug auf PDS-Regierungsbeteiligungen einen Kurs, bei dem „der Rotstift das einzig Rote ist“, und halte weiter eine Tür offen, „um die strikt antimilitaristische Position des PDS-Parteitags von Münster zu kippen“. Die Zustimmung von 78 Prozent der gewählten Parteitagsdelegierten habe verdeutlicht, dass die Basis für Anpassungspolitik ist. PDS-Linke als eigenständiger Faktor hätten nur eine einzige kleine Chance: „sich zu einer Koordination zusammenzuschließen, ge-

meinsam zu agieren und nach außen erkennbar aufzutreten“. Dieser Schlussfolgerung hat in einem Brief an die „junge Welt“ vom 4. 11. Klaus Höpcke widersprochen.

Am 16. 11. traten etwa 60 Leute vom GD und Gäste im Berliner Karl-Liebnecht-Haus zusammen. Eine Minderheit aus Hamburg ausgenommen konstatierten sie, dass das neue Programm keinen Kompromiss darstellt, vielmehr habe die Führung fast alle von ihr beabsichtigten Korrekturen durchgesetzt oder andernfalls Positionen fixiert, die eine Interpretation in ihrem Sinne ermöglichen. Ein Antrag, die Partei zu verlassen, wurde mit 35:10 Stimmen abgelehnt. Ebenso drang Winfried Wolf nicht mit seiner Meinung durch, man möge den GD „mit Würde auflösen, statt mit Gewürge weiterzumachen“. Vorbehaltlich endgültigen Entscheids durch eine Mitgliederversammlung Anfang 2004 sprachen sich zwei Drittel der Teilnehmer wie zuvor die KPF dafür aus, weiter in der Partei zu bleiben und eng mit anderen linken Zusammenschlüssen zu kooperieren. Es solle in der PDS vorhandenes Potenzial für Widerstand gegen die neoliberale Politik mobilisiert und an sozialistischen Zielen festgehalten werden. Sinn habe das aber nur bei verstärktem Dialog und gemeinsamem Kampf mit antikapitalistischen Linken außerhalb der PDS. Der GD soll künftig als „Geraer Dialog/Sozialistischer Dialog“ firmieren. Eine festere Organisation mit regelmäßigen Spenden und einer eigenen Publikationsreihe wird angestrebt.

16 Mitglieder des PDS-Landesverbandes Bremen, darunter der ehemalige Vorsitzende, haben unterdes ihren Austritt erklärt. Sie begründeten ihn mit der Überzeugung, dass „der Versuch, aus der PDS eine gesamtdeutsche antikapitalistische Partei zu entwickeln, gescheitert ist“.

Vor dem Chemnitzer Kongress hatte Parteichef Bisky der „SuperIllu“ versichert, man sei noch nicht aus der Krise heraus, habe aber „den Niedergang gestoppt“.

Eine in „unsere zeit“ vom 24. 10. abgedruckte Analyse Dehms scheint realistischer zu sein. Schon im Gefolge des Sonderparteitags kam es demnach „zum Abbruch sehr lebendiger Gespräche mit außerparlamentarischen Linken in den Gewerkschaften,

bei Globalisierungsgegnern und oppositioneller Intelligenz... Auch deshalb besteht jetzt die reale Gefahr, dass die PDS bei den Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 2004 bei den gegenwärtigen 3 bis 4 Prozent bleibt.“ Die Zahl von 72 000 Parteigenossen ist eine Fiktion. „Mitglieder und Sympathisanten wenden sich ab, teils ganz, teils in resignierte Passivität. Bezirks-Organisationen und ganze Kreisverbände zerbröseln. Die Zahl der Neueintritte sinkt... Mühsam auf den Weg gebrachte lebendige Verbindungen zu außerparlamentarischen Bewegungen und Kulturen werden eingeschlafert... Das Abwenden vieler bedeutender Künstler und Intellektueller von der PDS (besonders im Umfeld von Attac, der Memo-Gruppe, der ‚Künstlerinnen und Künstler gegen Krieg‘), nicht nur im Westen, kann fatal werden... Wer sich auf die agilen Wahlwilligen in den Mittelschichten, die das ökonomische und kulturelle Klientel der Medienherrschaft darstellen, beschränkt und – wie alle bürgerlich-demokratischen Parteien – einen Bogen um die Abgehängten, Ausgegrenzten, die sozialen Brennpunkte, die Krisenopfer in Arbeit und Mittelstand macht, überlässt sie der Partei der Nichtwähler.“

Der Vollständigkeit halber sei hinzugefügt: Es könnte auch wieder ein neuer Rechtsextremismus der Erbe sein.

B. M., November 2003

Anzeige

**WERDET MITGLIED IN
DER ROTEN HILFE**



ROTE HILFE e.V.

Bundesgeschäftsstelle
Postfach 3255, 37022 Göttingen
Tel.: 0551 – 770 80 08 (Di. & Do. 15⁰⁰ – 20⁰⁰ Uhr)
Fax: 0551 – 770 80 09
bundesvorstand@rote-hilfe.de
www.rote-hilfe.de

Spendenkonto: Rote Hilfe e.V.
Kontonummer: 19 11 00 – 462
BLZ: 440 100 46
Postbank Dortmund

Die Deutsche Linke und die chilenische Erfahrung

- Eine Sammelrezension -



In der letzten Ausgabe dieser Zeitschrift wurden am Ende des Artikels zum 30. Jahrestag des Militärputsches in Chile einige der Probleme formuliert die sich aus dieser Geschichte für die sozialistische Linke ergeben. Sie wird darauf Antworten finden müssen, wenn der zukünftige Kampf für eine andere Gesellschaftsordnung erfolgreicher verlaufen soll.

Für diese Ausgabe wurde ein Text angekündigt, in dem untersucht werden sollte, ob sich die deutsche Linke diesen Fragen stellt und welche Antworten sie gefunden hat. Dieses Versprechen kann leider nicht eingelöst werden. Es gab anlässlich des Jahrestages viele Beiträge die auch Lehren aus der

Geschichte ziehen wollten. Meist lief es aber darauf hinaus, aufs neue die Positionen zu präsentieren, mit denen die jeweilige Strömung schon das Projekt der Unidad Popular begleitet hat. Einen selbstkritischen Text, der die eigene Position mit dem realen Geschehen vergleicht, hat es bei der organisationsgebundenen Presse nicht gegeben. Im folgenden Text wird auf einige Beiträge hingewiesen, die dem Rezensenten positiv oder negativ aufgefallen sind. Abschließend findet der Leser eine Entgegnung auf eine zentrale Aussage von Winfried Wolf, die sich in seinem Blick auf die bürgerlichen Medien findet.

Die nicht zu überblickende Zahl von Artikeln zum Thema „Chile“ zeigt, daß die Linke in Deutschland noch nicht so tief gesunken ist, wichtige Ereignisse einfach zu vergessen. Aufgrund der Doppelbedeutung die das Datum „11. September“ inzwischen hat, zeigt sich daran ein noch vorhandener Selbstbehauptungswille. Er kann vielleicht dazu beitragen, daß sie eines Tages lernt ihre Schwächen zu überwinden.

Dieses zahlreiche Erinnern hat noch einen weiteren Aspekt, der vielen nicht bewußt sein wird. Die Autoren erkennen damit an, wenn auch auf indirekte Weise, daß Allende ein aufrechter und verdienter sozialistischer Genosse war. Auf diesen Punkt muß extra hingewiesen werden, da in vielen Texten Allendes Integrität in Frage gestellt wird. Es werden einzelne Zitate und Handlungen aufgeführt, mit denen dann bewiesen wird wie naiv Allende gewesen sein soll. Dabei wird in keiner Weise bedacht, ob er in seiner Funktion als Präsident überhaupt anders reden und handeln konnte. Das Problem, mit dem sich jeder sozialistische Betriebsrat herumschlagen muß, machte auch Allende und der Unidad Popular zu schaffen. Das Verbinden des aktuell Machbaren mit dem sozialistischen Ziel der Überwindung des Kapitalismus.

Das wahrscheinlich widerwärtigste Beispiel findet sich in der Nr. 101 der Zeitschrift *Avanti*. Dort wird Allende doch tatsächlich unterstellt, ein Vertreter des kleinen und mittleren Kapitals gewesen zu sein. Damit

diese Aussage dem Rezensenten überhaupt geglaubt wird, hier der Originalwortlaut: „Der größere Teil der chilenischen Kapitaleigner, die kleinen und mittleren ‘UnternehmerInnen’, wollten aber von einer gesteigerten Kaufkraft der ArbeiterInnen profitieren. Für die Schaffung eines eigenen chilenischen Marktes brauchten sie einen starken Bündnispartner – Allende hatte das Vertrauen der ArbeiterInnenklasse und schien daher genau der Richtige für diesen Job.“

Ging es Allende also um den ‘Aufbau des Sozialismus’ oder um die Schaffung eines Unternehmer-freundlichen Klimas in Chile? In seinen Reden konnte er noch gleichzeitig die Träume der UnternehmerInnen und der ArbeiterInnen nähren. Bald zeigte sich aber, auf wessen Seite er wirklich stand.“

Zwei Absätze weiter findet sich dann die Seite auf der er angeblich stand: „In vielen Fällen besetzten ArbeiterInnen ihren Betrieb, um die Verstaatlichung herbeizuführen. Allendes Antwort: Die Fabriken wurden von der Polizei geräumt und an ihre Besitzer zurückgegeben.“

Selbstverständlich wird diese Behauptung in keiner Weise belegt. Es ist wahrscheinlich, daß die Polizei damals besetzte Fabriken geräumt hat. Aber kann man dann Allende die Schuld dafür geben? Chile war ein Rechtsstaat. Der Besitzer wird sich also an ein bürgerliches Gericht gewandt haben. Mit dem so erwirkten Räumungstitel wird ihm die Polizei geholfen haben, wieder die Verfügungsgewalt über seinen Besitz zu erlangen. Also ein ganz normaler Vorgang in dem ein Eingreifen des Prä-

sidenten nicht vorgesehen ist. Man muß so formal argumentieren, um den Schwachsinn der gegen Allende gerichteten Vorwürfe herauszuarbeiten. Ein Präsident kann einen bürgerlichen Staatsapparat nur in dem Maße bewegen, wie die einzelnen Menschen, die diesen Apparat bilden, bereit sind zu folgen. Konservative Richter werden sich nicht auf die Bitte eines sozialistischen Präsidenten auf revolutionäre Positionen begeben. Sie werden, wenn überhaupt, nur entsprechende Gesetze umsetzen. Dieser Sachverhalt sollte auch dem Autor von *Avanti* bekannt sein. Er müßte also erklären, wie Allende zu den passenden Gesetzen hätte kommen können. Doch diese Mühe macht er sich nicht!

Wenden wir uns der *UZ* zu. Welcher Teufel hat eigentlich die Redaktion geritten, daß sie am 5. September einen Text zu den letzten Minuten von Allende veröffentlichte? Dort wird behauptet, daß er in einem Schußwechsel mit einer Militärpatrouille starb. Zu diesem Thema hätte sie besser ihren Interviewpartner Mario Berrios Miranda, laut *UZ* Repräsentant der KP Chiles in Deutschland und nach *antifa* Vertreter der „Chile Freundschaftsgesellschaft „Salvador Allende“ e.V.“, befragt. Berrios neigt zwar zu Übertreibungen, wie man an seinem Text in der August/September Ausgabe der *antifa* (Hg. VVN-BdA) sehen kann, er kennt aber die Grenzen solchen Verhaltens. Er spricht dort ganz allgemein vom Putsch in Chile „der zum

Tod des Präsidenten Salvador Allende ... führte. Mit dieser Formulierung kann einem dann nicht ein Interview-schnipsel mit Luis Corvalan, damals Generalsekretär der chilenischen KP, vorgehalten werden. Dort äußert sich dieser folgendermaßen: „Nicht das ich für Selbstmord bin aber er hat sich das sehr gut überlegt und eine moralische Lektion erteilt. In einem Vers von Ernesto Cardenal heißt es: Sie glauben daß sie ihn getötet haben in Wahrheit haben sie einen Samen in die Erde gelegt.“

Zugunsten der **UZ**-Redaktion ließe sich sagen, daß man von Corvalan gegenwärtig in Deutschland auch die gegenteilige Auffassung lesen kann. Im Buch „Der andere 11. September“, Herausgegeben von Klaus Huhn, findet sich in seinem Vorwort: „... an dem in Santiago de Chile der vom Volk gewählte Präsident Salvador Allende Gossens ermordet worden war.“

Jetzt ist die Frage, redet Corvalan mal so und mal anders oder wurde er falsch Übersetzt?

Die Frage, wie Allende letztendlich gestorben ist, kann von Deutschland aus gegenwärtig nicht abschließend beantwortet werden. Die präsentierten Zeugen widersprechen sich gravierend. Dennoch muß man feststellen, daß die Tendenz in diese Richtung weist. Das braucht für die Linke nicht peinlich zu sein. Jeder sozialistische Kämpfer hat das Recht, sich durch einen Selbstmord einem schmerzhaften Tod zu entziehen. Allende, der aus einer bürgerlichen Familie stammte, wußte wie ihn seine Klasse haßte. Da ist es nur verständlich, wenn er sich der Rache entzogen hat. Einem Tode wie ihn zum Beispiel Victor Jara erleiden mußte.

Ein Beispiel für eine gute Behandlung des Themas Unidad Popular liefert Helma Chrenko im **Freitag** vom 5. September ab. Sie beschreibt aus linker Sicht den in Chile stattgefundenen sozialen Prozeß. Dabei werden alle wichtigen gesellschaftlichen Strömungen benannt und die aufgetretenen Probleme beschrieben. Auch schildert sie recht gut die Widersprüche in denen Allende agieren mußte. Einerseits das Wissen, welche Veränderungen zum Erreichen einer gerechten Gesellschaft notwendig sind, andererseits das Gebunden sein an den vorhandenen Konstitutionellen Rahmen und die Schwäche ihn zu verändern. Daraus zieht sie die

Schlußfolgerung: „Nicht Waffen für das Volk gegen eine professionelle Armee, wie manche später schlussfolgerten, sondern die Vermeidung einer solchen Polarisierung - auch um den Preis eines zeitweilig verlangsamten Wandels-, das wurde möglicherweise zur Schlüsselfrage für Sein oder Nichtsein der Unidad Popular und des demokratischen Sozialismus in Chile.“

Die einzige Schwäche des Textes ist folgendes. Sie schreibt daß die Regierung Allende ihren Stimmenanteil von 1970 bis „1973 von 36,3 auf 43,4 Prozent steigern“ konnte. Das ist so pauschal nicht richtig. Dieser Argumentation wird weiter unten im Zusammenhang mit dem Beitrag von Winfried Wolf widersprochen. Doch hat das keinen Einfluß auf die Berechtigung ihres Resümees sondern untermauert es noch.

In den Tagen rund um den Jahrestag widmeten sich auch die bürgerlichen Medien dem Thema. Ihre Beiträge waren von unterschiedlicher Qualität. Einige hatten das Ziel angebliche Mythen zu zerstören. Dabei war ihr Ziel nur die Diskreditierung Allendes und die Entlastung der imperialistischen Länder von ihrem Teil der Schuld am Militärputsch. Diese Stellungnahmen waren der Auslöser für eine Erwiderung von Winfried Wolf in der **junge Welt** vom 20./21. September. Unter dem Titel „Chile, 11. September - Legenden und Lehren“ legt er seine Sicht der Dinge dar. Der Text hat Substanz, weißt aber trotzdem einige Fehler auf. Zu den Nebensächlichen gehört, daß die „Sozialistische Republik“ von 1932 nur 12 Tage, und nicht 100 wie er meint, gedauert hat. Neben vielem zutreffendem schreibt Wolf: „Eine bis heute aufrecht erhaltene Legende lautet: Die Unidad Popular hatte für ihre Politik keine Mehrheit; Allende sei schließlich nur mit einer relativen Mehrheit gewählt worden.“ Dem setzt er entgegen: „Tatsächlich konnte die Unidad Popular ihre Basis, soweit in Wahlen meßbar, kontinuierlich ausbauen.“

Schauen wir uns also seine Argumente im Einzelnen an. Er führt die bekannten Wahlergebnisse für die UP in der Zeit von 1970 bis 1973 an. Er beginnt also mit 36,3% für Allende bei der Präsidentschaftswahl, führt die Kommunalwahl von 1971 mit 51% an und landet bei der Parlamentswahl von 1973 wo die UP 44% erzielen konnte. Seine Zahlen (In der Fachliteratur kann man leicht differieren-

de Angaben finden, der Rezensent stützt sich bei seinen Angaben auf Nohlen.) zeigen bei einer oberflächlichen Bewertung, daß die UP ihren Einfluß gerade nicht kontinuierlich ausbauen konnte! Das setzt aber voraus, daß man bereit ist, Äpfel mit Birnen zu Vergleichen. Es ist gewagt, Kommunalwahlen mit Parlamentswahlen zu vergleichen, da die Wähler da durchaus unterschiedliches Wahlverhalten an den Tag legen. Ähnlich verhält es sich auch mit dem Vergleich der Präsidentschaftswahl mit der Parlamentswahl.

Nach der Logik von Wolf müßte man bei der für Allende erfolgreichen Wahl von einer Niederlage für die UP sprechen. Sie hatte 1970 im Vergleich zur Parlamentswahl von 1969 über 7% verloren. Da das berechtigter Weise niemand so sieht, kann man nur die Wahlergebnisse der Parlamentswahlen von 1969 und 1973 vergleichen um Veränderungen im Gesellschaftlichen Rückhalt der UP zu erkennen. Die Zahlen lagen für die UP 1969 bei 44% und 1973 bei 43,4%. Man kann also feststellen, daß ihr ihre Anhänger treu geblieben sind. Die Regierung Allende hat, bei allen Schwierigkeiten und unterschiedlichen Ansichten innerhalb der UP, ihre Wähler nicht enttäuscht. Indizien für eine Verbreiterung der gesellschaftlichen Basis bieten diese Zahlen leider nicht.

Die Frage des gesellschaftlichen Rückhalts der UP ist deshalb wichtig, da daran die Rechten die Schuld der Linken an der Katastrophe des Putsches festzumachen suchen. Doch auf die verfahrenere Situation wollte Allende mit einer Volksabstimmung über sein Programm reagieren. Das hätte bei der zu erwartenden Niederlage ermöglicht, auf erklärbar Weise zurückzutreten. In den tendenziellen Worten der **Süddeutschen Zeitung** vom 15. September: „Der Präsident habe den Generälen versprochen, das Referendum am 10. September anzukündigen. Pinochet bat demnach um zwei Tage Aufschub. Zeit, in der er selbst die gewaltsame Regierungsübernahme vorbereiten konnte.“

Man kann also feststellen, daß die Rechte gar kein Interesse an einer demokratischen Beendigung des Projektes von Allende hatte. Sie hat ihm dazu einfach keine Zeit gelassen. Demnach hat sie die gesamte Verantwortung für den Putsch und die ver-

übten Verbrechen zu tragen.

Eine andere Frage ist die Bewertung des damaligen Verhaltens der verschiedenen Linken Strömungen. Da muß natürlich geprüft werden, welche Positionen der Linken geholfen und welche geschadet haben. Hier vertritt Wolf indirekt die Positionen der damaligen Linksradiكالen. Doch meint die Bezeichnung Linksradiكال hier nicht den MIR, er war so realistisch das er sich einem von Allende eingeleiteten Rückzug wohl widerwillig angeschlossen hätte, sondern Teile der Sozialistischen Partei. Für sie steht der Name Carlos Altamirano. Er erklärte noch kurz vor dem Putsch: „Chile wird sich in ein neues heldenhaftes Vietnam verwandeln, wenn die Aufrührerischen sich des Landes bemächtigen wollen. Der Putsch kann nicht mit einem Dialog bekämpft werden. Er muß mit der Kraft des Volkes, mit der Organisation der Arbeiterklasse niedergedrückt werden.“

Diese Position unterstützt Wolf wenn er formuliert: „Es war Allende, der während des Putsch-Versuchs vom 29. Juni 1973 erfolgreich zu Betriebsbesetzungen aufrief; diese erwiesen sich als sinnvolle Gegenmaßnahmen gegen den Aufmarsch der Reaktion. Fatal hingegen waren vor allem das Zurückweichen der UP und deren Maßnahmen gegen Linke wie beispielsweise das Gesetz über Waffenkontrolle vom Juli 1973, mit dem faktisch die radikale Linke (MIR) und Arbeiter in besetzten Betrieben entwaffnet wurden.“

Das klingt eingängig und würde Allende und der UP die innerlinke Schuld am Putsch zuweisen. Doch ist an seinem Zitat nicht viel richtig. Dem Rezensent ist kein Aufruf von Allende zu Betriebsbesetzungen bekannt. Abgesehen davon ist der Putschversuch von noch loyalen Truppenteilen niedergeschlagen worden, nicht durch die Aktion der Arbeiterklasse! Und was sollen die Maßnahmen der UP gegen Linke gewesen sein? Das Gesetz über Waffenkontrolle ganz bestimmt nicht! Der Entwurf war von der Nationalpartei dem Parlament vorgelegt worden in dem die Rechte und die Christdemokraten die Mehrheit besaßen. Bei der Abstimmung stimmte dann ein Teil der Parlamentarier der UP und auch Allende dem Gesetz zu. Sie haben damit gute Miene zum bösen Spiel gemacht. Es war von Anfang an klar, daß bei den gegebenen Mehrheitsverhältnissen das Gesetz nicht zu verhin-

dern war. Daraus eine Stoßrichtung von Allende gegen seine eigene Basis ableiten zu wollen geht fehl.

Eher zeigt das Beispiel des Waffenkontrollgesetzes wie Vernünftig die Position der chilenischen KP war. Ihre Parole war: „Das Erreichte sichern!“ Sie wollte eine Verständigung mit den Christdemokraten herbeiführen. Das wäre zwar nicht besonders revolutionär gewesen hätte aber eventuell den Putsch und damit die Zerschlagung der linken Strukturen verhindert. Manuel Cabiese Donoso, er hatte früher eine wichtige Position im MIR inne und ist im heutigen Chile links der Concertación* zu finden, antwortet in einem Interview mit der **junge Welt** vom 30./31. August auf die Frage nach den gemachten Fehlern: „Die Überschätzung der revolutionären Möglichkeiten, die sich in den siebziger Jahren in Chile und Lateinamerika eröffneten. Damit ging die Überbewertung der eigenen Kräfte und eine arrogante Einstellung einher, die weder der Wirklichkeit der MIR noch der Linken im Allgemeinen entsprach.“

An einer anderen Stelle äußert er: „Aber um gerade nicht wieder eine Niederlage zu erleiden, müssen wir eine politisch-soziale Bewegung aufbauen, die ideologisch breite Bevölkerungssektoren inklusive der Streitkräfte vertritt.“

Hinsichtlich der chilenischen Streitkräfte klingt das etwas seltsam.

Diese Aussage ist aber nur im latein-amerikanischen Kontext zu verstehen. Das Scheitern des Putsches gegen Chaves in Venezuela hat gerade viele Chilenen mächtig beeindruckt. Trotzdem ist es nicht verkehrt die venezolanischen Erfahrungen auszuwerten. Hinsichtlich dessen ist es zweifelhaft, ob man dann der UP wirklich pauschal eine falsche Analyse der militärischen Frage vorwerfen sollte wie Wolf es tut. Übrigens hat Chile eine Wehrpflichtigenarmee und keine Berufarmee wie er in diesem Zusammenhang behauptet.

Abschließend ist leider festzuhalten das sich die Linke in ihrer Gesamtheit im Rahmen des Gedenkens an den Putsch nicht mit Ruhm bekleckert hat. Gerade für Organisationen und Autoren die sich dem wissenschaftlichen Sozialismus verpflichtet fühlen muß das peinlich sein. Zeigt es doch wie weit Anspruch und Realität auseinander klaffen.

* Concertación = Die regierende Koalition aus im wesentlichen Sozialistischer und Christdemokratischer Partei.

Quellen:

Dieter Nohlen „Chile - Das sozialistische Experiment“ Hamburg 1973

D. García u. O. Sola (Hg.) „Salvador Allende Das Ende einer Ära“ Berlin 1998

Wilfried Huismann „Verrat in Santiago - Wer erschoss Salvador Allende?“

Der Generalstreik vor 55 Jahren am 12. November 1948

Die Gewerkschaften durften ihn damals nur „Demonstrationsstreik“ nennen. Heute passt es nicht mehr in die neoliberale Landschaft, daran überhaupt noch zu erinnern. Das Verschweigen in den Medien ist eine Methode, die Reste von Klassen- und Geschichtsbewußtsein in Deutschland zu tilgen. Jörg Rösler durchbrach im „Freitag“ vom 7.11. 2003 das Schweigen und berichtete über den „Generalstreik, der keiner sein durfte“.

In der Bizone (USA und britische Besatzungsmacht) führten die neu zugelassenen Gewerkschaften am 12. 11. 1948 einen 24stündigen Generalstreik durch. Daran beteiligten sich neun Millionen Arbeiter und Angestellte, 72 % der in diesem Gebiet Beschäftigten. Nur die Arbeitsniederlegung war erlaubt, es durften keine Kundgebungen und Demonstrationen durchgeführt werden. In der französischen Zone wurde der Streik glatt verboten. Bereits vorher, am 28. Oktober 1948, war es in Stuttgart nach Streiks und Demonstrationen zu schweren „Unruhen“ gekommen. Die Militärpolizei war

mit Panzern, Tränengas und Ausgangssperren dagegen vorgegangen.

Der Grund für diese Empörung der Lohnabhängigen war die Teuerung, die nach der Währungsreform im Juni über das Land gekommen war. So kostete z.B. ein Ei plötzlich 50 Pfennige, und das bei einem Monatslohn, der teilweise bei 190 DM lag. Mit dem Streik wurde gegen die neue „Marktwirtschaft“ des Chefs des Wirtschaftsressorts in der Bizone, Ludwig Erhard, Front gemacht, die weite Teile der Bevölkerung schwer traf. Besonders griff man die Aufhebung der Preiskontrollen scharf an. Viele wollten lieber die alten Bezugsscheine wieder haben.

Dieser „gefesselte“ Streik konnte keinen Erfolg haben. Erhard hat ihn einfach ausgesessen und fabulierte über „Jedermann-Hemden“, die nun billig angeboten werden sollten. Die Besatzungsdiktatur hatte bereits die Weichen in den Kapitalismus gestellt. Die Restauration in Deutschland und die verhängnisvolle Ära Adenauer konnten nicht aufgehalten werden.

Eine Legende wird 80

Der „deutsche Oktober“ 1923^[1]

Zur Geschichte der Arbeiterbewegung gehört auch ihr kollektives Gedächtnis. Seit 1989 und noch verstärkt durch die „Geschichtslosigkeit“ des neoliberalen Zeitgeistes hat sich Erinnerungsschwäche ausgebreitet. Dem kann neben einer Erneuerung von Kapitalismusanalyse und -kritik innerhalb der Gewerkschaften und politischen Linken durch gesellschaftspolitische und historische Bildungsanstrengungen entgegengewirkt werden. Arbeit am sozialen Gedächtnis der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung schließt aber auch die selbstkritische Destruktion politischer Mythen ein. Die These von der „Endkrise“ des Kapitalismus und der Möglichkeit seines revolutionären Umsturzes zu Beginn der Weimarer Republik war einer dieser politischen Mythen in den Anfangsjahren der KPD. Harald Jentsch analysiert ihn am Beispiel der zeitgeschichtlichen Umstände des „Hamburger Aufstandes“ und des „deutschen Oktober“ 1923.

Am Morgen des 23. Oktobers 1923 kam es zu bewaffneten Kämpfen in Hamburg. Um 2.00 Uhr begannen kommunistische Stoßtrupps mit der Blockierung wichtiger Hauptverkehrsstraßen und um 5.00 Uhr griffen sie 26 Polizeiwachen an, von denen sie um 7.00 Uhr etwa die Hälfte erobert hatten. Der sog. Hamburger Aufstand hatte begonnen, dessen Kämpfe jedoch insgesamt auf voneinander unabhängige Operationen in den nördlichen und östlichen Stadtteilen Barmbek, Eimsbüttel und Schiffbek beschränkt blieben. Zu keinem Zeitpunkt gelang es den Aufständischen, die Hamburger Arbeiterschaft in die Kämpfe einzubeziehen, obwohl ein am 20. Oktober begonnener Werftarbeiterstreik bereits auf viele Betriebe übergreifen und auch zu Arbeitslosendemonstrationen geführt hatte. Zwar sympathisierten viele Arbeiter und Kleinbürger mit den Kämpfenden, doch standen sie – wie es der KPD-Vorsitzende Heinrich Brandler formulierte – „mit den Händen in den Taschen un-

tätig dabei“.[2] Der KPD gelang es nicht einmal, ihre eigenen Mitglieder für den Aufstand zu mobilisieren. Von den ca. 18.000 Hamburger Kommunisten nahmen nur etwa 150 aktiv an den zwei Tage währenden Barrikadenkämpfen teil. Diese verfügten über 35 Gewehre und einige Revolver und wurden von ca. 1.000 „Helfern“ unterstützt, die sich am Barrikadenbau beteiligten sowie Lebensmittel und Munition herbeischafften. Bereits unmittelbar nach den Hamburger Kämpfen charakterisierte der Militärische Leiter (M-Leiter) der KPD den Aufstandsversuch, der in der Nacht vom 24. zum 25. Oktober gegen 1.00 Uhr abgebrochen wurde, wegen der ausgebliebenen Massenbeteiligung als einen „Putsch“.[3]

Insbesondere mit dem Hamburger Aufstand, der sich jetzt zum achtzigsten Mal jährt, verbindet sich bis heute weitgehend die Vorstellungen von einem „deutschen Oktober“ 1923, der das Startsignal für die deutsche Revolution sein sollte. Zur gleichen Zeit existierten in Sachsen und Thüringen kurzzeitig zwei aus linken Sozialdemokraten und Kommunisten gebildete Landesregierungen und am 21. Oktober fand in Chemnitz eine Arbeiterkonferenz statt, auf der – so die Sichtweise vieler bis heute – durch die Feigheit und den Verrat der linken Sozialdemokraten und der rechten Kommunisten um den damaligen KPD-Vorsitzenden Heinrich Brandler die Ausrufung eines allgemeinen Aufstandes verhindert und damit eine günstige Möglichkeit zur Revolution in Deutschland verpasst worden sei. Das alles ist das Resultat einer schnell, nämlich bereits Ende 1923 beginnenden Legendenbildung, die eine wichtige Grundlage für die spätere Stalinisierung der KPD wurde: Personifiziert in Brandler, der den Aufstand verhinderte, wurden die Gefahren der „Rechtsabweichler“ stigmatisiert. Für Ernst Thälmann, der zumindest einen Großteil der politischen Verantwortung für die Vorgänge in Hamburg trug, bildete sie ein wichtiges Fundament für sei-

nen Aufstieg zum Vorsitzenden der KPD. Indem es gelang, auf ihn die unkritische Bewunderung für die Hamburger Aufständischen zu fokussieren, denen – trotz des „Verrats der KPD-Führung“ – ein geordneter Rückzug aus aussichtsloser Situation gelungen war, wurde er zum Helden glorifiziert und schließlich zum „Führer seiner Klasse“ erhoben.

In diesem Beitrag soll kurz umrissen werden, was im Zusammenhang mit dem „deutschen Oktober“ wirklich geschah und worin dessen Bedeutung bis heute besteht. Deshalb sollen Fragen beantwortet werden, wie: Gab es Planungen für einen bewaffneten kommunistischen Aufstand in Deutschland? Von wem wurden diese Planungen durchgeführt? Hatte ein solcher Aufstand eine reale Chance?

(Fehl)einschätzung des Kapitalismus

Ab dem Frühsommer 1923 antizipierten die Funktionäre der Kommunistischen Internationale (KI), der Kommunistischen Partei Russlands (RKP[B]) und der KPD einen möglichen Umschlag der vorrevolutionären Situation in eine akut revolutionäre. Unter starker Einflussnahme des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale (EKKI) und der RKP(B) forcierte die KPD-Führung deshalb ihre konkreten Aufstandsplanungen, wobei sie den russischen Oktoberaufstand von 1917 zum Vorbild nahm. Ebenso wie die russischen Bolschewiki um Wladimir I. Lenin und Lew D. Trotzki sahen auch die deutschen Kommunisten in der russischen Revolution vom Oktober/November 1917 lediglich den Auftakt zur proletarischen Weltrevolution. Die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft in Russland allein, dem „schwächsten Kettenglied“ der kapitalistischen Welt, in dem es zwar leichter war, die Revolution zu beginnen, aber um so schwieriger, sie fortzuführen, hielten sie für unmöglich. Sie setzten all ihre Hoffnung auf eine Ausweitung der Revolution in Europa, wobei sich ihre Erwartungen vor allem auf das hoch industrialisierte Deutschland mit seiner traditionsreichen, starken Arbeiterbewegung richteten. Doch alle bisherigen Revolutionsversuche in Folge des Ersten Weltkriegs waren gescheitert. Ausge-

löst durch die strengen Auflagen des Versailler Vertrags und beschleunigt durch die Besetzung des Ruhrgebietes durch französische und belgische Truppen am 11. Januar 1923 befand sich Deutschland in einer tiefen sozioökonomischen Krise. Da sich weder Politik noch Wirtschaft als fähig erwiesen, deren Auswirkungen (Hyperinflation, Pauperisierung und Bankrott der Staatsfinanzen) in den Griff zu bekommen, kam es sowohl zu einem Erstarken nationalistischer Bewegungen bis hin zu Separationsbestrebungen im Rheinland und in Bayern als auch zu vereinzelt und zum Teil umfangreichen Streikaktionen der Arbeiterschaft, die die Kommunisten in erhebliche Erregung versetzten und ihren Optimismus erhöhte, die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse bald grundsätzlich ändern zu können. Dank ihrer Vereinigung mit dem linken Flügel der USPD Anfang Dezember 1920 und einer ab Ende 1921 verfolgten Einheitsfronttaktik gegenüber der SPD war es den deutschen Kommunisten gelungen, eine breite Massenbasis in der Arbeiterschaft zu erlangen. Da es ihnen im Frühjahr 1923 erstmals gelang, in einzelnen Streikaktionen die politische Führung zu übernehmen, hofften sie, die sozialdemokratischen Arbeiter auch gegen den Widerstand ihrer Führer für ihre Aktivitäten gewinnen und so die für die Revolution notwendige Mehrheit der Arbeiterschaft sammeln zu können.

Im Sommer 1923 begann die KPD mit den konkreten Planungen für den bewaffneten Aufstand. Zur eigenen Vorbereitung hielt sie eine Zeit von mindestens sechs Monaten für nötig, sie wollte also bis frühestens Anfang 1924 für einen Aufstand bereit sein. Die deutschen Kommunisten sahen auch keine Notwendigkeit, von sich aus die Aufstandsvorbereitungen zu forcieren, hielten sie es doch für unmöglich, dass die sozioökonomischen Probleme Deutschlands – die sie in Luxemburgischer Tradition als „Endkrise“ des Kapitalismus wahrnahmen – anders als revolutionär zu lösen seien. Einziger Grund für eine Beschleunigung der Vorbereitungen wäre eine weitere katastrophale Verschlechterung der sozialen Situation der deutschen Arbeiterschaft oder ein Loschlagen faschistischer Verbände ge-

wesen. Beide Möglichkeiten wären den kommunistischen Aufstandsvorbereitungen letztlich entgegengeronnen, hätte doch sowohl eine Verschlechterung der Lage als auch ein faschistischer Putschversuch sehr wahrscheinlich die Massenbasis der Kommunisten verbreitert und möglicherweise zu spontanen Aktionen der notleidenden Bevölkerung geführt, die dann zu unterstützen und gegebenenfalls zu kanalisieren bzw. zu steuern gewesen wären.

Von der Komintern gesteuert?

Zur Straffung der Aufstandsvorbereitungen beschloss das Polbüro der KPD am 28. August 1923 die Schaffung eines „mit diktatorischen Vollmachten ausgestatteten“ zentralen Revolutionskomitees (REVKOM). Damit nahm es den Ausbau des bereits im Februar beschlossenen, aber bisher eher nur formal existierenden illegalen Apparats in Angriff. An der Spitze des REVKOM stand der Revolutionäre Kriegsrat, dem Brandler und August Kleine-Guralski – die die politische Führung des illegalen Apparats durch das Polbüro garantierten – sowie der militärische Leiter (M-Leiter) bei der Zentrale der KPD angehörten. Dieser M-Leiter war wahrscheinlich der sowjetische Generalmajor Pjotr (Alexis) Skoblewski. Neben dem Revolutionären Kriegsrat gehörten dem REVKOM (mit größter Wahrscheinlichkeit) noch folgende Mitglieder der Zentrale der KPD an: Iwan Katz, Fritz Heckert, der Anfang Oktober durch Erich Melcher ersetzt wurde, Felix Wolff, Wilhelm Pieck, Hugo Eberlein und Walter Ulbricht.

Ebenfalls im August 1923 beschloss das Politbüro der RKP(B) die Bereitstellung erheblicher finanzieller und militärischer Mittel für die Durchführung der Revolution in Deutschland und benannte zur Ausarbeitung der damit im Zusammenhang stehenden Fragen eine Kommission, der mit Grigorij J. Sinowjew (Leiter), Feliks E. Dzierzynski, Lew B. Kamenew, Grigorij L. Pjatakow, Karl B. Radek, Grigorij J. Sokolnikow, Josif W. Stalin, Lew D. Trotzki und Georgij W. Tschitscherin die namhaftesten sowjetrussischen Partei- und Staatsführer angehörten.[4] Auf einer gemeinsamen Beratung mit Vertre-

tern der Zentrale der KPD in Moskau legte das EKKI schließlich Anfang Oktober – auf Vorschlag von Trotzki – fest, alle Aufstandsplanungen auf den 9. November 1923 (den symbolträchtigen 5. Jahrestag der Ausrufung der ersten sozialistischen deutschen Republik) auszurichten. Damit wurde der Aufstandstermin – wenn auch lediglich zur Orientierung – gegenüber den Planungen der KPD-Führung um mindestens zwei Monate vorverlegt, womit Anfang Oktober von den ursprünglich vorgesehenen drei Monaten Vorbereitungszeit noch ganze vier bis fünf Wochen übrig blieben. Hier ist jedoch – im Gegensatz beispielsweise zu Otto Wenzel, der nachzuweisen versucht, die Vorbereitungen auf den „deutschen Oktober“ hätten in den Händen der sowjetischen Führer gelegen und die KPD-Führer wären deren bloße Befehlsempfänger gewesen[5] – zu betonen, dass alle Maßnahmen zur Vorbereitung des Aufstands von den deutschen Kommunisten selbst getroffen wurden. Deren Einheitsfrontpolitik ermöglichte überhaupt erst ein ernsthaftes Nachdenken über Revolutionsvorbereitungen. Dass sich die KPD-Führung in den konkreten militärischen Planungen am politischen Urteil und an den Erfahrungen der russischen Parteiführer orientierte und die Unterstützung durch russische Militärexperten gern in Anspruch nahm, ja, einforderte, liegt auf der Hand. Die im August und September von russischer Seite erfolgten Interventionen waren lediglich der Angst geschuldet, die deutschen Kommunisten könnten mit ihrem Beharren auf ihrer langfristigen Planung eine günstige Situation verpassen. Dementsprechend schlugen sie in Verken- nung der Situation, die auch die deutschen Parteiführer als günstig für einen Aufstand deuteten, letztlich nicht realisierbare Sofortmaßnahmen vor.

Die Aufstandsvorbereitungen wurden nunmehr forciert. Aber noch Ende Oktober 1923 musste der militärische Leiter in einem Bericht an die Zentrale der KPD feststellen: Zwar seien alle vom Revolutionären Kriegsrat gestellten Aufgaben erfüllt – „außer dem wichtigsten – der Bewaffnung“. „Es fehlen noch Waffen für den Anfangskampf“. Mit 11.075 Gewehren, 141 MG, 130 MP, 1.811 Revolvern und 1.131 Handgranaten

verfügte die KPD am 21. Oktober 1923 nicht annähernd über den geplanten Bestand an Waffen, der aus militärischer Sicht 3/4 des Erfolges gesichert hätte.[6]

Reichsexekution gegen die SPD/KPD-Landesregierung in Sachsen

Sämtliche Terminplanungen wurden jedoch über den Haufen geworfen, als im Morgengrauen des 20. Oktober 1923 die Reichswehr mit mehr als 60.000 Soldaten begann, Sachsen zu besetzen. Diese größte Aktion der deutschen Streitkräfte nach Ende des Krieges kam zumindest für die überwiegende Mehrheit der deutschen Bevölkerung völlig überraschend. Durchaus nicht überraschend kam sie jedoch für die politischen Kreise der Weimarer Republik. War bereits die von Dr. Erich Zeigner im Frühjahr 1923 aus linken Sozialdemokraten gebildete und von den Kommunisten tolerierte Minderheitsregierung in Sachsen der Reichsregierung und insbesondere der Reichswehrführung ein Dorn im Auge, so legten diese ihre Zurückhaltung vollends ab, als Zeigner am 12. Oktober nach langwierigen Verhandlungen mit der KPD drei führende Kommunisten in sein Landeskabinett berief: Den Politischen Leiter der KPD Westsachsens und Vorsitzenden der kommunistischen Landtagsfraktion Paul Böttcher als Finanzminister, den Gewerkschaftspolitiker Fritz Heckert als Wirtschaftsminister sowie den Vorsitzenden der KPD Heinrich Brandler als Leiter der Staatskanzlei. Auch in Thüringen berief der sozialdemokratische Ministerpräsident August Frölich am 16. Oktober drei Kommunisten in die sozialdemokratische Regierung – den Jenaer Professor Karl Korsch als Justizminister, den Weimarer Kreisschulrat Albin Tenner als Wirtschaftsminister sowie den Weimarer Studienrat Dr. Theodor Neubauer als Staatsrat.

Die Kommunisten wollten ihre Regierungsbeteiligung dazu nutzen, die bereits zuvor geschaffenen Einheitsfrontorgane (Betriebsräte, Kontrollausschüsse, Proletarische Hundertschaften und Aktionsausschüsse) zu außerparlamentarischen Machtfaktoren auszubauen. Die sozialdemokratisch-kommunistischen Koalitionsregierungen sollten auf diesem

Wege zu wirklichen Arbeiterregierungen weiterentwickelt werden, die sich nicht mehr nur auf eine parlamentarische Mehrheit, sondern auch auf eine außerparlamentarische Massenbewegung gestützt hätten. Insbesondere sollten die proletarischen Kampfverbände – die Proletarischen Hundertschaften – aus den Beständen der Landespolizei bewaffnet und mit Hilfspolizeifunktionen ausgestattet werden. Die Ausrufung eines Generalstreiks in Sachsen und Thüringen sollte die Massen weiter mobilisieren und, über reichsweit durchgeführte regionale und Landeskongresse vorbereitet, sollte schließlich ein Reichsbetriebsrätekongress den bewaffneten Aufstand proklamieren. Der bewaffnete Kampf sollte dann von Sachsen und Thüringen aus auf alle anderen Teile Deutschlands, insbesondere auf die wirtschaftlichen und politischen Zentren, übergreifen und schließlich in Berlin entschieden werden. Den Nordbezirken kam dabei die Aufgabe zu, Kämpfe mit dem Ziel zu beginnen, Teile der Reichswehr zu binden. Hamburg kam in der Gesamtplanung also lediglich eine Nebenrolle zu: Ein dortiger Aufstand war lediglich ein Ablenkungsmanöver, keinesfalls sollte er das Signal für den allgemeinen Aufstand sein.

Doch die gegnerischen Kräfte handelten schneller und die Reichswehrführung übernahm nur zu gerne die Aufgabe, für die Reichsregierung die Reichsexekution gegen die widerspenstigen Landesregierungen durchzuführen. Bereits am Tag des Regierungseintritts der Kommunisten in Sachsen verbot der Befehlshaber der Reichswehrtruppen in Sachsen, Generalleutnant Alfred Müller, die Proletarischen Hundertschaften und alle ähnlichen Verbände und vier Tage später teilte er der Landesregierung mit, er habe mit sofortiger Wirkung die sächsische Landespolizei direkt der Reichswehr unterstellt. Am Tage der Reichswehrbesetzung ließ er Zeigner wissen, er sei von der Reichsregierung beauftragt, in Sachsen mit den ihm „zur Verfügung stehenden und zur Verstärkung der zur Verfügung gestellten Machtmitteln verfassungsmäßige und geordnete Verhältnisse wieder herzustellen und aufrechtzuerhalten“.[7]

Chemnitzer Arbeiterkonferenz und Generalstreikforderung

Am 20. Oktober beschloss die Zentrale der KPD auf einer eiligst einberufenen Sitzung, dass die nächstmögliche Gelegenheit für die Proklamation des Widerstandes gegen die Reichswehrbesetzung genutzt werden müsse. Der unter den gegebenen Umständen glücklich zu nennende Zufall wollte es, dass am folgenden Tag in Chemnitz eine schon seit mehreren Tagen von der Landesregierung einberufene Arbeiterkonferenz stattfand, auf der die Minister Georg Graupe (SPD), Fritz Heckert und Paul Böttcher (beide KPD) mit den Delegierten verschiedener Arbeiterorganisationen die wirtschaftliche und soziale Situation in Sachsen beraten wollten. Die Zentrale beschloss, die Stimmung auf der Konferenz zu sondieren und im Falle eines günstigen Ergebnisses die Ausrufung eines Generalstreiks gegen die Reichswehrbesetzung zu beantragen, der das Signal für den Beginn des Aufstandes sein sollte. Die KPD hatte nun plötzlich nur noch knapp 24 Stunden Zeit zur Vorbereitung eines Aufstands.

Als in den Referaten der drei Minister folgenden Aussprache über die politische Situation in Sachsen nach Reichsexekutive und Reichswehreinmarsch auch einige Redner die Ausrufung des Generalstreiks forderten, schien Brandler die Stimmung günstig. Er verlangte eine sofortige Abstimmung über diese Forderung, wobei er den Generalstreik als „Gebot der Selbstverteidigung“ bezeichnete. Brandler setzte damit den tags zuvor gefassten Beschluss nur halbherzig um. Zwar forderte er den Generalstreik, doch wäre es ihm mit der Unterstreichung des defensiven Charakters des Generalstreiks schwer gefallen, auch zum bewaffneten Aufstand aufzurufen. Das anschließende eisige Schweigen wurde durch die kurze und bündige Antwort Graupes, die sozialdemokratischen Teilnehmer würden die Konferenz sofort verlassen, wenn die KPD auf ihrem Antrag beharre, beendet. Die anwesenden Kommunisten fügten sich nach einiger Diskussion dieser Entscheidung. Dieses von Thalheimer als „Begräbnis dritter Klasse“ [8] bezeichnete Ergebnis zeigt

einerseits, dass sich insbesondere die sozialdemokratischen und Gewerkschaftsdelegierten nicht ohne vorherige gründliche Prüfung der Umstände in ein kommunistisches Abenteuer hineinziehen lassen wollten, andererseits aber auch, dass Brandlers KPD-Führung zu einem Kampf ohne die SPD nicht bereit war.

In Sachsen blieb es während der Reichswehrbesetzung weitgehend ruhig, lediglich in einzelnen Städten gab es Widerstandsaktionen, die spontan ausbrachen und vor allem durch das brutale Vorgehen einzelner Reichswehreinheiten oder auch nur einzelner Reichswehrangehöriger provoziert wurden. Am 30. Oktober legte Zeigner, dessen Regierung jeglichen Einfluss auf das Geschehen und sämtliche exekutive Gewalt an die Reichswehr verloren hatte, schließlich auf massiven Druck von Reichskanzler Gustav Stresemann hin sein Amt nieder.

Legendenbildung und ihre Folgen

Vom Scheitern eines vorbereiteten Aufstands im Oktober 1923 kann also keine Rede sein. Es gab keinen Aufstand, es existierten noch nicht einmal wirkliche Vorbereitungen dazu. Die KPD scheiterte – abgesehen von der Frage, ob ein bewaffneter Aufstand 1923 in Deutschland überhaupt durchführbar war – konkret auch an der Unmöglichkeit, den Aufstand willkürlich zu beschleunigen. Das resultierte jedoch nur bedingt aus der eigenen Schwäche, sondern offenbarte lediglich die Fehlinterpretation der Gesamtsituation. Der Kapitalismus war nicht in die von den Kommunisten angenommene „Endkrise“ eingetreten. Letztlich zerbrach die Aufstandsplanung der KPD daran, dass die Mehrheit der Arbeiterschaft nicht bereit war, für eine vage Hoffnung auf ein besseres Morgen das Heute – und sei es noch so unvollkommen – aufs Spiel zu setzen. Die Massen mochten mit den Auffassungen und der Politik der KPD sympathisieren, und dass sie es in dieser Zeit verstärkt taten, beweisen die Wahlergebnisse und die zahlreichen Arbeitskämpfe. Das reichte aber noch lange nicht aus, um ihre angestammte Passivität in Aktivität zu verwandeln und sie zum Wagnis eines bewaffneten Aufstands zu motivieren.

Es gab keine Aktion, die den Namen „deutscher Oktober“ auch nur annähernd verdient. Was ihn zum – wenn auch nicht stattgefundenen – Ereignis macht, sind seine Vorbereitung und die in ihn gesetzten Hoffnungen eines Teils der deutschen und internationalen Arbeiterschaft, insbesondere aber die Nachhaltigkeit seiner Nachbereitung, in der sich die Auffassung manifestiert, alle Bedingungen seien im Herbst 1923 reif für die Revolution gewesen, und nur die mangelnden Fähigkeiten der Parteiführung um Brandler und der Verrat der Sozialdemokraten habe sie verhindert.

Da mit dem Ausbleiben der deutschen Revolution die Hoffnungen auf einen schnellen Fortgang der Weltrevolution zerstoßen waren, standen auch die russischen Kommunisten vor der Frage der Neuorientierung ihrer Politik. Diese internationale Dimension der Ereignisse trat nach dem Ableben Lenins in den Kämpfen um seine Nachfolge dramatisch zu Tage. Neben anderen Faktoren verhalf vor allem das Ausbleiben der Weltrevolution Stalin dazu, sich – zunächst gemeinsam mit Kamenew, Sinowjew und Nikolai Bucharin – gegen Trotzki durchzusetzen. Sein Konzept des „Aufbaus des Sozialismus in einem Lande“ setzte sich gegen das der „permanenten Revolution“ von Trotzki durch. Die KI, und mit ihr die KPD, mutierte in der Folge vom Organisator der nicht stattfindenden Weltrevolution zum Werkzeug sowjetischer Außenpolitik. Und so urteilte der Trotzki- und Stalin-Biograph Isaac Deutscher: „Der Zusammenbruch des deutschen Kommunismus im Jahr 1923 war der entscheidende Wendepunkt. Jetzt kristallisierten sich die Ideen, die wir als Stalinismus verstehen müssen.“ [9]

Harald Jentsch, aus „Sozialismus“

Literatur

Angress, Werner T.: *Die Kampfzeit der KPD. 1921-1923*, Düsseldorf 1973. Becker, Jens: *Heinrich Brandler. Eine politische Biographie*, Hamburg 2001. Kinner, Klaus: *Der deutsche Kommunismus. Selbstverständnis und Realität, Bd.1 Die Weimarer Zeit*, Berlin 1999. Rudolph, Karsten: *Die sächsische Sozialdemokratie vom Kaiserreich zur Republik*, Weimar/Köln/Wien 1995. Schumann, Dirk: *Politische Gewalt in der Weimarer Republik 1918-1933. Kampf um die Straße und Furcht vor dem Bürgerkrieg*, Essen 2001. Winkler, Heinrich August: *Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewe-*

gung in der Weimarer Republik 1918 bis 1924, Bonn 1983. Harald Jentsch (Karben) promoviert zur Zeit mit einer Arbeit zum Thema „Die KPD und der 'deutsche Oktober' 1923 – Ein Beitrag zur politischen Soziologie“ an der TU Darmstadt.

Anmerkungen: [1] Neben der umfangreichen Literatur zum Thema basiert dieser Artikel insbesondere auf intensiven Materialstudien in folgenden Archiven: Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, Berlin, Zentrales Parteiarchiv der SED, Historisches Archiv der KPD (SAPMO/BArch); Sächsisches Hauptstaatsarchiv, Dresden (SäHStA); Russisches Zentrum zur Aufbewahrung und zum Studium der Dokumente der neuesten Geschichte, Moskau (RCChIDNI). [2] H. Brandler, Berlin, an C. Zetkin u. E. Hoernle, Moskau, 27.10.1923, in: SAPMO/BArch, I 2/3/203. [3] *Der militärische Leiter bei der Zentrale der KPD*, Berlin, 26. Oktober 1923, in: SAPMO/BArch, I 6/10/78. [4] Beschluss des Politbüros des ZK der RKP(B) „Über die internationale Lage“ vom 22. August 1923. Abschrift aus dem Protokoll Nr. 27 der Sitzung des Politbüros des ZK vom 22.VIII.1923 „Über die internationale Lage“, in: „Die Revolution in Deutschland wird auf den 9. November festgelegt.“, *Istocnik*, Moskau, Nr. 5/1995, Dok. Nr. 4. [5] Otto Wenzel, *Der geplante „Deutsche Oktober“ im Herbst 1923. Die Niederlage der kommunistischen Weltrevolution in Deutschland – Vorgeschichte und Verlauf des von der Komintern geplanten Aufstandes*, in: *Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat*, Berlin, Nr. 10/2001, S. 3-36. [6] Vgl. *Der militärische Leiter bei der Z[entrale] der KPD*, Bericht Nr. 3 über die militärorganisatorische Arbeit in Deutschland vom 28. Juli bis 27. Oktober 1923, Berlin, den 27. Oktober 1923, in: SAPMO/BArch, I 6/10/78. [7] A. Müller, Generalleutnant, an E. Zeigner, Ministerpräsident, 20. Oktober 1923, in: *Walter Fabian, Klassenkampf um Sachsen. Ein Stück Geschichte 1918-1930, [Löbau 1930]* Berlin 1972 (Nachdruck), S. 172. [8] *August Thalheimer, 1923: Eine verpaßte Revolution? Die deutsche Oktoberlegende und die wirkliche Geschichte von 1923*, Berlin 1931, S. 26. [9] *Isaac Deutscher, Stalin. Eine politische Biographie*, Berlin 1990 [1967], S. 504.

Sozialismus

Die Zeitschrift Sozialismus erscheint 11 x jährlich
Einzelheft kostet € 6,20; Jahresabo € 62,- (Auslandsabo € 72,50 + Porto, ermäßigt € 44,-)
Förderabo: € 130,-/250,-

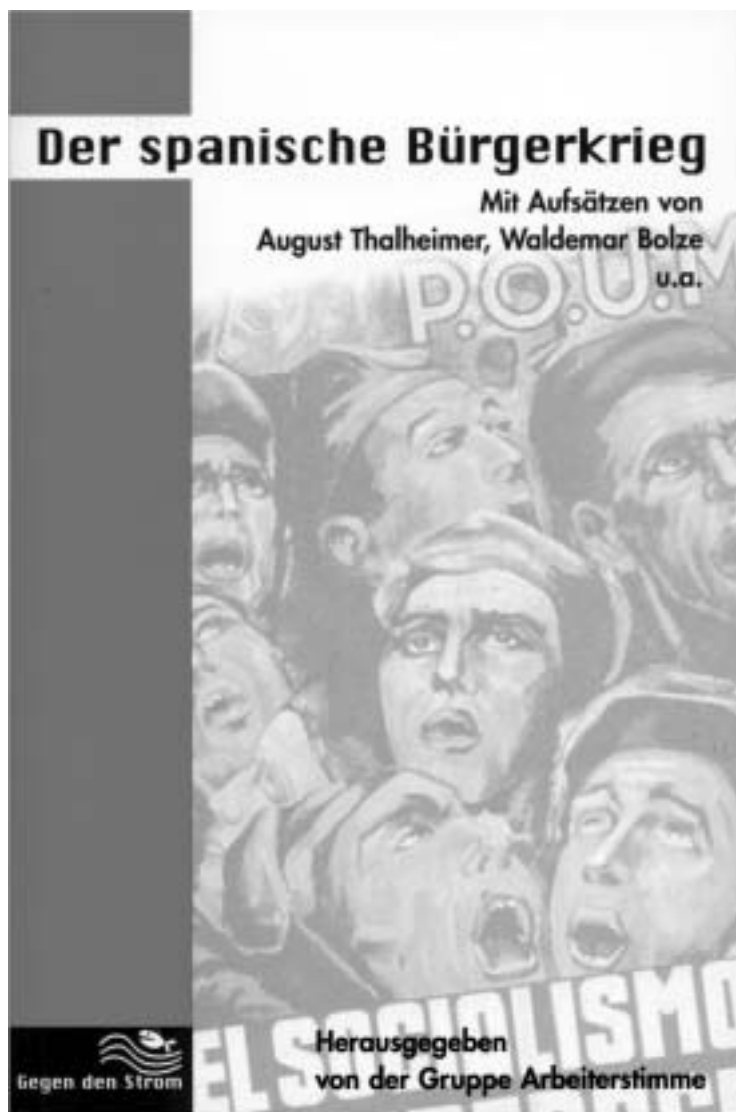
Redaktion: Postfach 10 61 27
20042 Hamburg
Tel.: 040 / 28 05 05 66
Fax: 040 / 28 05 05 68
e-mail: redaktion@sozialismus.de
www.sozialismus.de

Literaturliste

- Sonderheft China:** Langer Marsch in den Kapitalismus? u. a. Die politische Kehrtwende, Das „Rennen auf Leben und Tod“, Deng Xiao-pings zu großer Sprung nach rechts, Revisionismus - oder schöpferische Anwendung des Marxismus? 1985, 50 Seiten A4, 3,00 €
- Vorwort von Paul Frölich zum Werk **von Rosa Luxemburg:** Gegen den Reformismus 42 Seiten, 1,00 €
- Register der „Arbeiterstimme“** 1971 - 1975, 1976 - 1981, 1981 - 1989 je 1,00 €
- Isaac Abusch: Erinnerungen und Gedanken eines oppositionellen Kommunisten** (Hrsg. Achim Kowalczyk) **Sonderpreis** 192 Seiten, 5,00 €
- Immer noch Kommunist?** Erinnerungen von Paul Elflein 146 Seiten, 5,00 €
- Theodor Bergmann: **Gegen den Strom**, Die Geschichte der KPD-Opposition (KPO) (Neuaufgabe) 624 Seiten, 25,00 €
- August Thalheimer: Programmatische Fragen**, Kritik des Programmentwurfs der kommunistischen Internationale (VI. Weltkongreß) 112 Seiten, 9,00 €
- Die politische Theorie August Thalhaimers 1919 - 1923** (Harald Jentsch) 1993, 120 Seiten, 11,00 €
- Herausgegeben von der Gruppe Arbeiterpolitik: **Einführung in den dialektischen Materialismus** Vorträge an der Sun-Yat-Sen-Universität Moskau (August Thalheimer) 1927, 191 Seiten, 1993, 10,00 €
- Zurück in die Eierschalen des Marxismus?** Zum Existentialismus als bürgerliche Philosophie (August Thalheimer) 30 Seiten, 1,50 €
- 1923, eine verpaßte Revolution?** Die deutsche Oktoberlegende und die wirkliche Geschichte von 1923 (August Thalheimer) 1931, 32 Seiten, 1,50 €
- Um was geht es? Zur Krise der KPD** (August Thalheimer) 1929, 32 Seiten, 1,50 €
- Plattform der Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition)** 1931, 75 Seiten, 5,00 €
- Wie schafft die Arbeiterklasse die Einheitsfront gegen den Faschismus?** Eine kritische Untersuchung der Fragen: 1. Warum sind reformistische Methoden untauglich zum Kampf gegen den Faschismus? 2. Warum hat die bisherige kommunistische Taktik im Kampf gegen den Faschismus versagt, und wie muß sie geändert werden? (August Thalheimer) 1932, 34 Seiten, 1,50 €
- Der Zusammenbruch der Weimarer Republik - und was weiter?** 1932, 27 Seiten, 1,50 €
- Volksfrontpolitik**, ihre Ursachen und Folgen am Beispiel Frankreichs und Spaniens. Artikel aus dem „Internationalen Klassenkampf“ von 1935 - 1939. Eingeleitet von der Gruppe Arbeiterpolitik 1974, 95 Seiten, 3,00 €
- Die Potsdamer Beschlüsse**, Eine marxistische Untersuchung der Deutschlandpolitik der Großmächte nach dem 2. Weltkrieg (August Thalheimer) 1945, 32 Seiten, 1,50 €
- Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem 2. Weltkrieg** (August Thalheimer) 1946, 27 Seiten, 1,50 €
- Weißer Flecken**, Über die Geschichte der Sowjetunion, u. a. Neue Ökonomische Politik, Industrialisierung, Kollektivierung, Opposition und Prozesse, Massensäuberungen, Belagerte Festung 1991, 72 Seiten, A4, 4,00 €
- Grundlagen der Einschätzung der Sowjetunion** (August Thalheimer) 1952, 43 Seiten, 1,50 €
- Die Sowjetunion und die sozialistische Revolution** (Heinrich Brandler) 1950, 140 Seiten, 8,00 €
- Revolutionäre oder konterrevolutionäre Kritik an der Sowjetunion**, Auseinandersetzung mit der Kritik Kravchenkos und Solschenizyns an der SU 1974, 68 Seiten, 1,50 €
- Über die sogenannte Wirtschaftsdemokratie** (August Thalheimer) 1928, 54 Seiten, 2,00 €
- Der Weg der Gewerkschaften**, Um eine richtige kommunistische Politik nach dem 2. Weltkrieg (Waldemar Bolze) 1948, 181 Seiten, 5,00 €
- Ostblock - Westblock**, Internationale monatliche Übersichten 1945 - 48 (August Thalheimer) 15,00 €

Das Porto wird entsprechend der neuen Postgebühren berechnet

Bestellungen an: Thomas Gradl, Postfach 91 03 07, D-90261 Nürnberg



Die Niederlage der spanischen Republik 1939 war eine Niederlage für die spanische und internationale Arbeiterbewegung und ist bis heute Thema ungezählter Bücher.

Die Aufsätze in dem vorliegenden Buch sind erstmalig in der **Arbeiterstimme** in den Ausgaben September 1986 bis Oktober 1987 veröffentlicht und später in einer Broschüre zusammengefasst worden.

Uns war es wichtig diese längst vergriffene Broschüre mit einigen Ergänzungen neu aufzulegen.

Denn es handelt sich um eine der seltenen Darstellungen der Ereignisse in Spanien aus der Sicht der KPO (Kommunistische Partei – Opposition), bzw. der sich in diese Tradition stellenden Gruppe. Die Position dieses Teils der Arbeiterbewegung wird in der bis heute andauernden Diskussion kaum zur Kenntnis genommen. Im Anhang werden einige Diskussionsbeiträge aus unserer Zeit dokumentiert. Die Kämpfe in Barce-

lona im Mai 1937, und die Kontroverse um den „Fall Maurin“ werden unter Verwendung erst jetzt zugänglicher Materialien dargestellt.

Wir sehen dieses Buch auch als einen Beitrag zur Diskussion über eine der Ursachen, die zur weltweiten Niederlage der Arbeiterbewegung und der Ansätze zum Sozialismus geführt haben.

240 Seiten, Paperback,
€ 12,-
ISBN 3-00-010296-5

Bestelladresse:
Gegen den Strom
Schwanthalerstraße 139
80339 München

oder:
T. Gradl
Postfach 910307
90261 Nürnberg



510 Seiten,
Paperback,
€ 15,-
ISBN 3-87975-767-4



624 Seiten,
Paperback,
€ 15,-
ISBN 3-87975-836-0

Bestelladresse:
T. Gradl
Postfach 910307
90261 Nürnberg